Nr. 118. 19. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1902 unter Nr. 7878. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonnabend, den 24. Mai 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Zwischen zwei Ministerien.

Paris, 22. Mai. (Eig. Ber.)

Seit dem Schluß der Wahlen stand hier auf der politischen Tagesordnung die Vezierfrage: Geht sie oder geht sie nicht? — Die Regierung nämlich. Man konnte in der That die Frage mit gleich gutem Grunde bejahen und verneinen, letzteres wenigstens insofern, als der Zeitpunkt des Rücktritts in Betracht kommt.

Das Wahlergebnis würde jedes andre Ministerium unbedingt zum hoffnungsfrohen Verbleiben veranlassen, nachdem die ministerielle Mehrheit aus den Wahlen erheblich verstärkt hervorgegangen war. Aber auch im gegebenen Falle galt nur als abgemacht (und zwar schon vor den Wahlen), daß das „ausnahmsweise" Ministerium erst nach dem Zusammentritt der neuen Legislatur, nach der üblichen Inauguraldebatte über die „allgemeine Politik" demissionieren würde, ungeachtet des unbedingt sicheren Vertrauensvotums. Und richtig wurde sofort nach den Wahlen von ministerfreundlicher Seite für eine „allgemein-politische" Interpellation gesorgt. Gérault-Richard, Chefredacteur der „Petite République", neugewählter Abgeordneter der Antilleninsel Guadeloupe, brachte eine Interpellation ein über „die parlamentarischen Konsequenzen der Wahlen". Andrerseits schrieb Jaurès vor einigen Tagen in der „Petite République": „Die Debatte, in welcher die republikanische Mehrheit ihren Willen kundgeben wird, kann nicht vermieden werden. Es ist das Ministerium Waldeck-Rousseau, das die allerletzte Interpellation beantworten wird, und es ist unmöglich, daß dasselbe sich den Schein giebt, ihr ausweichen zu wollen, indem es vor dem Zusammentritt der Kammern demissioniert. Da die Regierung zurücktreten will und muß, so hat sie ihre Absichten der Kammer bekannt zu geben. Würde sie vorher zurücktreten, so hieße es ein Votum befürchten zu scheinen, das sie thatsächlich gar nicht befürchtet und das für sie ein eklatanter Sieg sein wird. Es hieße der republikanischen Mehrheit die Gelegenheit nehmen, sofort ihre Kraft kundzuthun. Es hieße den Nationalisten in die Hände spielen, die diese verfrühte Demission als ein Eingeständnis der Niederlage interpretieren würden, wobei kein Kammervotum den wahren Sinn der Demission feststellen würde . . ."

Waldeck-Rousseau hat nun dem Vezierspiel ein Ende gemacht. Eine halbamtliche Meldung des „Temps" verkündet seinen festen Entschluß, vor dem Beginn der Legislatur zu demissionieren. Was Jaurès für „unmöglich" erklärte, wird zur Thatsache. Damit müssen aber auch alle von Jaurès richtig abgeleiteten Konsequenzen einer verfrühten Demission eintreffen. Nun ist es zwar ausgeschlossen, daß Waldeck-Rousseau „den Nationalisten in die Hände spielen" wollte. Hingegen muß man annehmen, daß er auf die klare Manifestation des „Willens der republikanischen Mehrheit" allerdings vertrauensvoll wenig hält. Die im „Temps" gegebene Begründung — Vollendung des Werkes der „republikanischen Verteidigung" und schlechter Gesundheitszustand — vermag die Demission zu erklären, nicht aber die „verfrühte" Demission, die in der Parlamentsgeschichte Frankreichs einzig dasteht. Der wahre Grund kann nur darin liegen, daß Waldeck-Rousseau gerade einen klaren Willensausdruck der neuen Kammer verhindern will, um desto sicherer aus dem Dunkel die berüchtigte „republikanische Einigung" der Radikalen und Bourgeois-republikaner hervorgehen zu lassen. An kein Kammervotum gebunden, ist Präsident Loubet in der glücklichen Lage, einer jener „Konzentrations"-Kabinette zu bilden, in denen die Radikalen stets um einige Portefeuilles ihr bißchen Programm verschachern und wo der „einigende Punkt" das gesinnungslose Fortwursteln, das Herumtrampeln auf einem Fleck ist, während die auszuschaltenden teuflischen „trennenden Punkte" die Reformversprechungen der Radikalen sind.

In der That. Es sind einzig die Radikalen, die innerhalb der regierungsfähigen Parteien erhebliche Wahlerfolge erzielt haben. Ihre Zahl ist auf etwa 230 gestiegen, um über 80 Mandate. Dagegen sind die Bourgeois-Republikaner, die sogenannten „Progressisten" — lucus a non lucendo — erstens in zwei Lager gespalten: „ministerielle", anti-nationalistische Republikaner, die das Kabinett Waldeck-Rousseau unterstützen, und halbnationalistische Melinisten; und zweitens hat ihr melinistischer Flügel die schwersten Mandatsverluste erlitten. Folglich müßten die Radikalen noch ausgesprochener als in der alten Kammer die Achse der Regierungsmehrheit bilden, während die Bourgeois-Republikaner der Regierungsgewalt noch ferner als bisher bleiben müßten. Ein klares Kammervotum würde darüber keinen Zweifel lassen. Was würde aber dann aus der „republikanischen Einigung" werden, die Waldeck-Rousseau und Loubet und — den geschlagenen Bourgeoisrepublikanern so sehr am Herzen liegt? Daher der ausnahmsweise Theaterstreich der verfrühten Demission. Und daher auch die Billigung, die sie nicht nur im nationalistischen „Temps", sondern auch im Melinistischen „Journal des Débats" gefunden hat. Im Dunkeln läßt sich gut munkeln — dies der Sinn des Kommentars der „Débats", die bereits schmunzelnd eine neue Ministerkombination — freilich nicht „auf den ersten Wurf" — ahnen, welche der Form halber gegen die Umstürzer der Republik und dem Wesen nach gegen die Umstürzer der Gesellschaft, d. h. gegen den Socialismus gerichtet wäre.

Und die Radikalen? Haben sie denn nicht in der Hand, die Politik des „konzentrierten" Forstwurstelns zu hintertreiben? Gewiß, aber den meisten von ihnen fehlt es an der nötigen Einsicht und auch am rechten Willen. Schon in der Wahlcampagne haben sie ihr Programm auf ein farblos, durchschnittlich-republikanisches Minimum reduciert. Ihre Forderungen der Verkürzung der militärischen Dienstzeit auf 2 Jahre und der Altersversicherung kehrten sogar in den Wahlprogrammen fast aller Parteien und Gruppen wieder. Dagegen haben sie die „trennenden Punkte": progressive Einkommensteuer und Trennung von Kirche und Staat, hübsch im Schatten gelassen. Die vom „Temps" seit längerer Zeit geführte „Konzentrations"-Campagne durfte sich mit Recht auf die opportunistische Wahlagitation der Radikalen berufen.

Sodann ist es bezeichnend, daß sich um die reformerische Ausnutzung des radikalen Wahlsieges am meisten Jaurès und am wenigsten die Radikalen selbst kümmern. Sofort nach den Stichwahlen hat Jaurès ein antiklerikales und socialreformerisches Aktionsprogramm für die neue Legislatur aufgestellt: Abschaffung des klerikalen Schulunterrichts, „Demokratisierung der Armee" und Verkürzung der militärischen Dienstzeit, progressive Einkommensteuer, Altersversicherung für Arbeiter von Stadt und Land. Zugleich mahnte er eindringlich die Radikalen, die „entscheidende Gelegenheit" ja nicht zu verpassen und in der Person ihrer „wahren Führer" sich an die Spitze der Regierung zu stellen: „Das neue Ministerium würde dann als die kräftige Fortsetzung, als die entscheidende Form des Ministeriums erscheinen, welches drei Jahre lang den Feind zurückdrängte." Die Radikalen aber zeigen sich sehr reserviert gegenüber den Jaurès'schen Ratschlägen und Mahnungen. Ganz begreiflich. Denn ihre „wahren Chefs" haben in demselben Wahlaufruf, in dem sie die radikal-opportunistische Konzentration vorbereiteten, fürsorglich den sie von den Socialisten trennenden Punkt des Privateigentums nachdrücklich hervorgehoben. Mit andren Worten, sie ziehen es entschieden vor, mit dem linken Flügel der Bourgeois-republikaner sich in die Regierungsgewalt zu teilen, als auf die parlamentarische Bundesgenossenschaft der Socialisten, und sei es auch nur deren rechten Flügels, angewiesen zu sein. Die „Gefahr" dieser Bundesgenossenschaft, mit welcher der „Temps" die Radikalen gruselig zu machen sucht, muß nach aller bisherigen Erfahrung auf sie mehr Eindruck machen, als die ihnen von Jaurès vorgehaltene Gefahr eines neuen Bankrotts ihrer Partei.

Es ist kein Zufall, daß die den Linksrepublikanern günstige Wahlcampagne, in der der Klassengegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie durch den Gegensatz zwischen Republikanern und Nationalisten oder — was im Grunde dasselbe ist — durch den Gegensatz zwischen bürgerlicher Demokratie und demagogisch maskierter großbürgerlicher und adliger Reaktion vertuscht wurde, daß diese Wahlcampagne zur Verstärkung der radikalen Mittelpartei geführt hat. Dieser Ursprung des radikalen Sieges schließt schon an sich eine — in jedem Sinne des Wortes — radikale Ausnutzung desselben aus. Er wurde ja nicht unter der eignen Parteifahne und aus eigner Kraft errungen. Es ist ein Altweibersommer, kein neuer Lenz der Radikalen.

Zu alledem fist ihr führendes Personal gründlich abgenutzt. Der Bourgeois-Republikaner Waldeck-Rousseau war drei Jahre lang verantwortlicher Firmenträger und Leiter einer radikalen Politik. Und jetzt, da er sich zurückzieht, schreibt ein Kenner des radikalen Personals, Pressensé, — ein Socialist, der die vielen Halbheiten und Fehltritte des abtretenden Ministeriums stets scharf kritisierte, — daß ein zweites unverändertes Ministerium Waldeck-Rousseau (namentlich ohne Millerand!) noch immer das beste bezw. das kleinere Uebel wäre. In der That spricht alles für das Zustandekommen einer verschlechterten Ausgabe des bisherigen Ministeriums, was Waldeck-Rousseaus verfrühte Demission recht wirksam mit vorbereitet hat. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Mai.

Die Wissenschaft ein — todeswürdiges Verbrechen.

Ein römischer Gelehrter der katholischen Theologie hat jüngst mit schönem Mut sich zu der alten klerikalen Lehre bekannt, daß auf die Ketzerei die Todesstrafe stehe.

In der katholischen Presse sind daraufhin ebenso gelehrte wie krause Ausführungen erschienen, die beweisen sollen, daß die Kirche nicht das „Recht des Schwertes" beanspruche, d. h. daß sie die Todesstrafe nicht aussprechen und vollziehen will; auch erhebe sie nicht den Anspruch, daß der Staat das von der Kirche gegen Ketzer gefällte Todesurteil vollstrecke.

Das ist außerordentlich gütig und liebenswürdig. Die katholische Kirche will also die Ketzer nicht mehr foltern, nicht mehr verbrennen, hängen, ersäufen, enthaupten, einkerkern. Aber dieses freundliche Entgegenkommen erklärt sich lediglich daraus, daß die allein seligmachende Kirche nicht mehr die Macht hat, die durch die modernen Staatsgesetze geschützten Bürger der Inquisition auszuliefern. Feig und verlogen zugleich aber ist es, wenn diese Gelehrten nachzuweisen suchen, daß die Kirche niemals Ketzer hingerichtet hat. Die ganze Geschichte der katholischen Weltherrschaft watet im Ketzerblut, und wenn die Kirche formell Urteil und Vollstreckung der ihr unterthänigen Staatsgewalt überlassen hat, so macht diese Rollenverteilung die unsäglichen Greuel der Jahrhunderte langen Pfaffenherrschaft nur noch scheußlicher und widerlicher. Kein Mittel jesuitischer Kasuistik wäscht das Ketzerblut von der katholischen Kirche ab.

Aber der nicht mittelalterliche Mensch erkennt aus diesen Debatten mit einigen Staunen, daß zwar die katholische Kirche praktisch auf die Todesstrafe verzichtet — weil sie eben verzichten muß — daß sie aber theoretisch immer noch die Ketzerei als todeswürdiges Kapitalverbrechen betrachtet. Das Centralorgan der deutschen Centrumspartei, die „Germania", giebt das ganz naiv wie etwas Selbstverständliches zu.

Thomas von Aquino, das größte katholische Kirchenlicht, hat gelehrt, daß die Kirche nicht nur den Bann, sondern auch die Todesstrafe über Ketzer verhängen könne. Die „Germania" erläutert diesen Satz dahin, daß er „nur" bedeute, daß die Ketzerei „in sich als Abfall von der klar erkannten Wahrheit ein **todeswürdiges Verbrechen** ist. **Dabei muß es bleiben.**" Ketzerei aber ist „das wissentliche und hartnäckige Widerstreben des Geistes gegen eine von der Kirche verkündete Wahrheit."

Da aber die ganze moderne Wissenschaft den von der Kirche verkündeten Wahrheiten „wissentlich und hartnäckig" widerstrebt, so ist damit die wissenschaftliche Forschung selbst als „todeswürdiges Verbrechen" auch heute noch von der katholischen Kirche gebrandmarkt.

Das ist nun aberdings äußerst lächerlich und albern, aber es ist doch ganz gut, gelegentlich sich zu erinnern, daß für die stärkste Partei des Deutschen Reiches am Anfang des 20. Jahrhunderts die edelste Bethätigung des menschlichen Geistes, die Bedingung aller Kultur, — ein „todeswürdiges Verbrechen" ist.

Ach, wenn sie noch ketzerisches Menschenfleisch schmoren könnten! —

Geschenkpolitik.

Aus Elsaß-Lothringen wird uns geschrieben: Recht zur Unzeit hat ein lothringisches Kreisblatt, die „Saargemünder Zeitung", seine Auffassung von den Ursachen kundgegeben, denen das Reichsland die verschiedenen Erleichterungen der letzten Jahre, in erster Linie die Aufhebung des Diktaturparagraphen zu verdanken hat. In seinen heißen Bemühungen, aus dem Hohkönigsburg-Erlaß des Kaisers für die Saargemünder Abgeordneten im Reichstag und Landesausschuß, die Herren Baron de Schmid und Jaunez, Kapital zu schlagen, kommt das Blatt zu der folgenden Würdigung der Motive, die das Reichsoberhaupt zur Aufhebung des Diktaturparagraphen bestimmt haben:

„Betrachten wir nur unsren eignen Wahlkreis Saargemünd-Forbach! Statt des ehemaligen Vertreters, dessen Gesinnungen und Auftreten ein Spott auf „Loyalität und Reichstreue" waren, besitzen wir jetzt als Reichstags-Abgeordneten den Baron de Schmid, der mit Energie und Sachkunde unsre heimischen Interessen vertritt, einen loyalen positiven Mitarbeiter an den gesetzgeberischen Arbeiten, von deren Ausfall unser politisches und wirtschaftliches Wohl und Wehe abhängt.

Vergegenwärtigen wir uns aber auch die Thätigkeit unsres Abgeordneten zum Landesausschuß. Als im vorigen Jahre der Abgeordnete Jaunez namens der lothringischen Abgeordneten **für die Bewilligung der für den Wiederaufbau der Hohkönigsburg geforderten Kredite eintrat, da stellte er an die Regierung die dringende Forderung,** einmal die Vorschriften über die Zulassung französischer Offiziere und unsrer ausgewanderten Landsleute zu erleichtern, sodann aber **den Diktaturparagraphen aufzuheben. Was hat er erreicht?** Im vorigen Jahre bereits sind erhebliche Erleichterungen für die Zureise der Emigranten und französischen Offiziere eingetreten. Viele Familien verdankten dem **klugen** und energischen Vorgehen unsres Abgeordneten die Möglichkeit, den lang entbehrten Besuch der jenseits der Grenze lebenden teuren Angehörigen empfangen zu können. **Nunmehr ist auch die zweite Forderung erfüllt: der Diktaturparagraph fällt.** Fürwahr, ein schöner und dankenswerter Erfolg!"

Der Kaiser hat soeben auf Schloß Urville in Lothringen die Beweggründe dargelegt, die ihn bei der Beseitigung der Diktatur geleitet haben. Unter den also Angeredeten der Deputation des Landesausschusses befand sich auch Herr Jaunez, der Fahnenkönig von Saargemünd. Was mag er alles gedacht haben, als er die kaiserlichen Worte mit den Auslassungen „seines" Kreisblattes verglich? —

Neue Verhandlungen in Budapest.

—st— Wien, 22. Mai. Nachdem man in Oestreich vierzehn Tage zu Tode betrübt war, ist man nun wieder himmelhochjauchzend; während es bis vor kurzem schien, als ob das Ende der Götter herandämmere, wird jetzt wieder versichert, die Verhandlungen mit Ungarn seien auf dem besten Wege und nach ein paar Konferenzen werde das Zollbündnis und der Entwurf des Zolltarifs fix und fertig sein. Herr v. Koerber hat sich nämlich entschlossen — obwohl er's hoch und teuer verschworen hatte — nach Budapest zu fahren, und so machen seine Zeitungen die Musik dazu. Die Reise des Ministerpräsidenten, so lautet die östreichische Lesart, deute an, daß Herr v. Szell einzulenken beginne, daß man in Ungarn begriffen habe, es sei unmöglich, über die Interessen Oestreichs, die doch jetzt in ganz andrer Hut seien als unter Badeni und Thun, zur Tagesordnung überzugehen, daß man also bereit sei, die herrische Tonart aufzugeben und sich zu billigen Konzessionen zu bequemen. Um diese Version glaubhaft zu machen, hat sich Herr v. Koerber nebst dem Finanzminister und dem Handelsminister den Sektionschef Stribrol mitgenommen, den führenden Kopf der östreichischen Zollpolitik: es soll so ausschauen, als ob der Widerstand der Ungarn gegen die Fortführung der Verhandlungen besiegt und der Augenblick zu sachlichen Auseinandersetzungen gekommen sei. Große Wahrscheinlichkeit eignet dieser Darstellung nicht. Bekanntlich beschloß der östreichische Ministerrat — nachdem Koerber von Budapest zurückgekommen war — die Verhandlungen mit Szell so lange auszusetzen, als von der ungarischen Regierung nicht eine präzise Antwort auf die östreichischen Forderungen angelangt sei. Das war eine Art Ultimatum, aber von allen Seiten, selbst von den Koerberschen offiziösen Blättern wird zugegeben, daß die verlangte Antwort nicht erteilt worden ist. Viel natürlicher erklärt sich diese Reise nach Budapest, die nach der Sachlage einen kleinen Canossagang darstellt, daß die Fortsetzung der Unterhandlungen vom Kaiser angeordnet worden ist. Wenn man erzählt, der Kaiser hätte sich geäußert, ein Kompromiß müsse zu stande kommen, die Herren müßten sich finden, so ist das sehr glaubhaft; Franz Joseph wird zu der wirtschaftlichen Trennung, die doch auch die staatliche Einheit der Monarchie bedroht, seine Einwilligung niemals geben. Herr v. Kroeber mag versucht haben,

wider den Stachel zu löken, aber schließlich muß ein Beamtenminister denn doch folgen. Beamtenminister sind eben nicht die Vertrauensmänner des Parlaments gegenüber der Krone, sondern Vertrauensmanner gegenüber dem Parlament. Und daran ändert der Umstand nichts, daß zu einem frischen, fröhlichen Ausgleichskrieg Herr v. Koerber das Vertrauen des ganzen Parlaments an seiner Seite fände.

Was den Zolltarif betrifft, so sind die Differenzen zwischen den beiden Regierungen zweierlei Art: einesteils beziehen sie sich auf die Höhe der Industriezölle, anderenteils auf die Zölle für Rohstoffe und Halbfabrikate, die Herr v. Szell proponiert, die Ostreicher aber aus den primitivsten Bedürfnissen ihrer Industrie zurückweisen. —

* * *

Deutsches Reich.

Zur Polenvorlage schreibt die Korrespondenz für Centrumsblätter:

Was bedeutet der in der Begründung angekündigte feste Plan? Man will den bisherigen deutschen Besitzern ihren Besitz zu anständigem Preise abkaufen, dann will man ihn ihnen wieder billig verpachten oder als Rentengut überlassen. Da wäre es doch einfacher, den Besitzern „im Interesse des Deutschtums" offen und direkt einen Betrag aus der Staatskasse zu zahlen und ihnen das Gut zu lassen. Denn auf eine solche „Aktion" kommt doch die Neuerung thatsächlich hinaus. Es sei vor einiger Zeit angefragt worden, wo denn eigentlich die deutschen Besitzer blieben, deren Güter die Ansiedlungskommission gekauft habe; ob sie etwa das Geld nähmen und dann dem Osten samt dem Deutschtum den Rücken kehrten. Jetzt haben wir die Antwort. Sie pflegen von dannen zu ziehen, und um sie zu halten, will man ihnen jetzt unter verlockenden Bedingungen ihre ehemaligen Besitzungen wieder verpachten oder als Rentengut überlassen. Auch das Centrum wird die Vorlage ablehnen, schon weil es eine Verfassungswidrigkeit darin erblicken muß, daß aus dem allgemeinen Steuersäckel Gelder bewilligt werden, um einem Volksteil auf Kosten und zum gewollten Nachteil eines andern, der zu diesen Geldern gleichfalls hat beitragen müssen, Vorteile zuzuwenden.

Die Polen, denen ja die Vorlage nichts schaden wird, benutzen natürlich die Vorlage zu kräftiger Agitation. So schreibt „Dziennik Poznanski", daß die Vorlage eine für ewige Zeiten unüberwindliche Mauer des Hasses zwischen den Bedrängern und den Bedrängten bilden werde. Durch diese Vorlage würden abermals die obersten Grundsätze der preußischen Verfassung durchbrochen.

Wird sich übrigens die Regierung mit der mehr als dürftigen „Begründung" der Viertel-Milliarde-Vorlage, die keinerlei Beweismaterial enthält, begnügen? Giebt es keine „Denkschrift?" —

Centrums-Zollfurcht. Die „Korrespondenz des Handelsvertragsvereins" macht interessante Mitteilungen über die „geistigen Waffen", deren sich das Centrum im Zollkampfe befleißigt. Von Köln bis Düsseldorf, so schreibt sie, bemüht sich das Centrum, jeden Widerstand gegen die Zollerhöhungen im Keime zu ersticken. Saalabtreibungen dünken ihm das geeignetste Mittel dazu. Uns liegen eine Fülle von Berichten aus den letzten Wochen vor, aus denen hervorgeht, daß das Centrum sehr viel häufiger durch Vereitelung von Versammlungen als durch Diskussion seinen hochschutzzöllnerischen Standpunkt wahrzunehmen versucht. Es werden sodann eine ganze Reihe von Orten aufgeführt, in denen Polizei und Geistlichkeit dafür gesorgt hat, daß die Wirte ihre bereits dem Handelsvertragsverein zugesagten Säle schließlich wieder versagt haben. —

Der Evangelisch-sociale Kongreß, der seit Mittwoch in Dortmund seine diesjährige Tagung abhält, hat in seinen bisherigen Verhandlungen kaum irgend etwas Bemerkenswertes gebracht. Die Zeiten, wo der Kongreß die öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen vermochte, scheinen vorbei; vorbei ist die Aera Stöcker, in der man versuchte, die Socialdemokratie durch sociales Gerede in evangelischer Färbung auf- und abzulösen, vorbei auch die Aera der „Jungen", in der Naumann ein kraftvolleres Eintreten für die Förderung der Arbeiterlage verkündete. Die Referate, die in diesem Jahre gehalten wurden, sind unwesentlich, die Diskussionen farblos. Professor Harnack hielt eine Rede über die „sittlich-sociale Bedeutung des heutigen Bildungsstrebens", in der er einige Selbstverständlichkeiten, wie daß Bildung gut, Halbbildung bedauerlich sei, mit Rückständigkeiten gegen eine angebliche „Gleichmacherei in der Bildung" und gegen eine „zu weit gehende" Frauenbewegung mischte. Einen frischen Ton in die sich daran schließende Debatte brachte lediglich Herr v. Gerlach, indem er auf die Knechtung der Landarbeiterschaft hinwies, die überhaupt nicht im stande sei, sich eine geistige Bildung anzueignen. Weiter behandelte der Kongreß den „Einfluß der Künste auf das Volksleben"; auch hier kamen die Referenten nicht über gute Wünsche hinaus; wie das Volk, so lange es kaum die Lebensnotdurft zu fristen hat, sich zur Kunst erheben soll, das geht die evangelisch-socialen Hexenmeister nichts an. —

Die Verbote ausländischer Blätter mehren sich. Neuestens ist die polnische Zeitschrift „Teka", die in Krakau erscheint, für zwei Jahre im Deutschen Reiche verboten worden.

Das starke Deutsche Reich fürchtet sich vor einem polnischen Blatt. —

Ein deutscher Held. Die schweizerische Regierung hat, wie nach Glogau gemeldet wird, die beantragte Auslieferung des steckbrieflich verfolgten Grafen Pückler abgelehnt. Graf Pückler wird nunmehr dauernden Aufenthalt im Ausland nehmen.

Was fängt nun die „Staatsbürger-Ztg." an und all die deutschen Mannen, die dem blütenreichen Befreier Deutschlands zujubelten?

Der Vertragsbruch der Khakimächte, der die widerrechtliche Anmaßung der Verwaltung Tientsins darstellt, findet nur in der „Magdeburger Zeitung" einen Verteidiger, während die übrige Khakipresse diesen Gewaltakt nach Kräften totzuschweigen sucht. Die „Magdeburger Zeitung" hat zudem auch kein andres Beschönigungsmoment auftreiben können, als die völlig aus der Luft gegriffene Behauptung, daß in dem Friedensvertrag den Mächten das Recht vorbehalten worden sei, so lange die gouvernementalen Rechte in Tientsin auszuüben, bis in Petschili wieder „geordnete Zustände" eingetreten seien. Die jüngsten Boxerunruhen hätten aber zur Evidenz bewiesen, daß solche Zustände noch keineswegs herrschten. Wie gesagt, die „Magdeburger Zeitung" hat sich diese angebliche Vertragsbestimmung einfach aus den Fingern gesogen. Der Friedensvertrag gestand den Mächten lediglich das Recht zu, in einer Anzahl von Orten Militärstationen zu errichten, von Verwaltungsrechten in Tientsin war mit keiner Silbe die Rede. Es bleibt also bei dem nackten Vertragsbruch. Daß Deutschland speciell sich auch sonst verteufelt wenig um die vertragsmäßigen Stipulationen in China kümmert, beweist auch, was wir schon einmal hervorgehoben haben, sein Vorgehen in der sog. Interessenzone um die „Pachtung" Kiautschou. Während vertragsmäßig Deutschland lediglich das Recht eingeräumt ist, innerhalb dieser Zone seine Truppen hindurchziehen zu lassen, hat es daselbst ständige Militärstationen errichtet. Was soll freilich China gegen derartige Vertragsverletzungen beginnen? Etwa beim Haager Possentribunal Beschwerde erheben?

Das Magdeburger Blatt zetert ferner darüber, daß wir zu der Nachricht über das Niedermetzeln Verwundeter und Gefangener durch die Truppen Juanschikais die Anmerkung gemacht hatten, das sei wohl „nach berühmten Mustern" geschehen. Als ob nicht kürzlich erst der amerikanische Major Lyalker sich vor dem Kriegsgericht wegen der Philippinenschlächterei damit verteidigt hätte, daß das Niedermetzeln Wehrloser in China bei allen Mächten Brauch gewesen sei! Wenn das Blatt schließlich mit nationalliberaler Dreistigkeit wieder einmal von „Schwindel-Hunnenbriefen" zu sprechen wagt, so unterschlägt es nach bekannter Schwindelmanier nur die kleine Thatsache, daß die Gerichte es ja abgelehnt haben, den angebotenen Wahrheitsbeweis über die Hunnenbriefe führen zu lassen. —

Die schwarzen Pocken in Pommern. Vor ca. 8 Tagen berichtete unser Stettiner Parteiorgan, daß auf dem Gute Gresow auf Rügen unter den russischen Gutsarbeitern die schwarzen Pocken ausgebrochen seien. Die erkrankten Personen wurden auf Verfügung des Landratsamtes zu Bergen in das dortige Kreiskrankenhaus überführt und sämtliche andren Gutsleute durch einen aus Stralsund beorderten Arzt geimpft. Jetzt stellt sich weiter heraus, daß die schwarzen Pocken auch in andren Bezirken der Provinz Pommern durch die billigen und willigen russischen Landarbeiter verbreitet wurden. In der Nacht zum 19. Mai wurden in die Greifswalder Universitätsklinik 11 als Saisonarbeiter in der Umgegend beschäftigte Russen eingeliefert, 5 davon vom Rittergut Buggenhagen und 6 vom Rittergut Jamitzow. Dabei erfährt man auch, daß schon vor einiger Zeit russische Pockenkranke in die Universitätsklinik eingeliefert wurden, von welchen eine Frau und zwei Kinder „schon vor einiger Zeit gestorben sind". In Groß-Kiesow wurden 23 russisch-polnische Schnitter und Schnitterinnen, die auf dem dortigen Rittergute beschäftigt werden, im Schulhause geimpft. Weßwegen diese Impfung der pockenverdächtigen Russen gerade im Schulhause vorgenommen wurde? Ob der Gutsbesitzer keinen andren Raum dafür zur Verfügung hatte? Ferner ist die Frage an die Behörden zu stellen, wie die Ministerial-Verfügung betreffend die Beschäftigung und ärztliche Untersuchung ausländischer Arbeiter als Russen, Galizier von den in Betracht kommenden Gutsbesitzern beachtet wurde. Die Beschäftigung dieser Landarbeiter ist nach dieser Ministerial-Verfügung bekanntlich nur dann gestattet, wenn die Gutsbesitzer auf ihre eignen Kosten diese Leute ärztlich auf Granulose und Pocken untersuchen und event. impfen lassen. Des weiteren sind die Arbeitgeber verpflichtet, das Ergebnis der Untersuchung unter Beifügung der Bescheinigung des Arztes der Ortspolizeibehörde einzureichen. Angesichts der Zunahme der Pockenerkrankungen in Pommern wäre es wirklich interessant zu erfahren, ob die Arbeitgeber, die in vielen Fällen die Ortspolizeibehörde selber darstellen, sich bei der Einstellung der russischen Landarbeiter nach dieser Ministerialverfügung gerichtet haben. —

Nur ein Ulk. Vor dem Kriegsgericht der 3. Division in Landau (Pfalz) standen kürzlich acht Infanteristen der 4. Compagnie des 23. bayrischen Infanterie-Regiments unter der Anklage der Körperverletzung. Die 8 Mann bilden die erste Serie einer größeren Abteilung derselben Garnison, die demnächst unter der gleichen Anklage sich zu verantworten haben werden. Den Angeklagten liegt zur Last, daß sie nächtlicher Weile in Rekrutenstuben eingedrungen und Rekruten, die sich ihr Mißfallen zugezogen, die Decke über den Kopf gezogen und sie mit Rohrstöcken durchgehauen zu haben. Die Fälle, die diesmal zur Aburteilung standen, waren verhältnismäßig leichter Art, und sie wären auch nicht dem Kriegsgericht überwiesen worden, wenn nicht unser pfälzisches Partei-Organ, die „Pfälz. Post", detaillierte Schilderungen der nächtlichen Quälereien der Rekruten durch alte Mannschaften ans Licht der Oeffentlichkeit gezogen hätte.

Die Ursache der nächtlichen Ueberfälle erklärten die Angeklagten dahin, daß die Rekruten „frech gewesen" und daß man ihnen „Respekt beibringen" wollte. Die Frechheit der „Jungen", die man also erzog, dokumentierte sich darin, daß diese sich nicht jede Anrempelung der „Alten" gefallen ließen und sich gegen sie auflehnten. Ein Wort genügte oft schon, um sie für die Heimsuchung reif zu machen. Eine Meldung über die Prügeleien zu erstatten, getraute sich niemand, weil, wie ein Zeuge auf Befragen angab, sie befürchten mußten, dann nochmals Hiebe zu bekommen. Der Offizialverteidiger, ein Oberlieutenant, versuchte es, die Geschichte von der ulkigen Seite aufzufassen. Er meinte, daß die Angeklagten „Opfer der Verhältnisse" wären; denn es sei ja nicht einer dienstlichen Meldung zu danken, daß sie vor dem Gericht stehen, sondern nur „auf Grund eines tendenziös aufgebauschten Zeitungsartikels" sei Anklage erhoben worden. Hätte sich die Presse nicht eingemischt, so wären die Angeklagten mit leichten Disciplinarstrafen davongekommen. Er glaube auch nicht, daß die Schläge eine Strafe für die Rekruten sein sollten, sondern daß das Ganze nur als ein Ulk aufzufassen sei. Wenn die Leute geschlagen würden, so wären die Schläge nur die Begleiterscheinung des Ulkes gewesen. Das Gericht schloß sich dieser überzeugenden Verteidigung nicht an. Es verurteilte bei aller Milde der Auffassung, wie sie bei der thatsächlichen Geringfügigkeit der unter Anklage gestellten Fälle gegeben war, die vorgekommenen Ueberfälle auf das allerentschiedenste und verhängte über die Angeklagten Gefängnisstrafen von 8 bis zu 15 Tagen. —

Wenn der Herr Oberlieutenant die Hiebe bekommen hätte, so wäre ihm die Geschichte wohl etwas weniger ulkig vorgekommen. —

Milde Strafe für eine rohe Soldatenmißhandlung. Der Gefreite und Korporalschaftsführer G. vom 185. Infanterie-Regiment in Rendsburg, der früher die Unteroffizierschule besuchte, von dieser aber wegen unmoralischen Lebenswandels entlassen wurde und als Ersatzrekrut bei obigem Regiment eintrat und kapitulierte, hat eines Tages einem seiner Untergebenen, der etwas verspätet zum Dienst antrat, zwei Faustschläge ins Gesicht gegeben und ihm außerdem einen Stoß vor die Brust versetzt, daß er gegen eine Wand stürzte. Der Mißhandelte hat lange Zeit an heftigem Ohrensausen gelitten. G. ist dafür zu 10 Tagen Mittelarrest verurteilt. Das Ober-Kriegsgericht bestätigte dies Urteil. Das Reichs-Militärgericht hob es aus formellen Gründen auf und wies die Sache nochmals an das Ober-Kriegsgericht, das sein früheres Urteil jedoch wieder bestätigte. —

Das bayrische Schulbedarfsgesetz.

München, 22. Mai. (Eig. Ber.) Der Ausschuß der Reichsratskammer hat sich in der vorigen Woche über die Beschlüsse der Abgeordnetenkammer beraten. Das Ergebnis dieser Beratungen wurde geheim gehalten bis zum Erscheinen der gedruckten Protokolle, die nunmehr vorliegen. Aus ihnen ist zu entnehmen, daß der Referent der hohen Herren, Reichsrat v. Auer, in der Generaldebatte zunächst dem Kultusminister v. Landmann wegen seines Mangels an Initiative den Kopf gewaschen hat. Er ist der Meinung, die Beamtendisciplin müsse Schaden leiden, wenn sich die Regierung erst von den politischen Parteien mit der Nase darauf stoßen lasse, daß, wie bei den Lehrern, die socialen Verhältnisse dieser oder jener Kategorie verbesserungsbedürftig seien. Dieser Zustand bringe es mit sich, daß die politischen Parteien solche Angelegenheiten nach wahltaktischen Rücksichten behandeln. Ein andrer Redner warf der Regierung vor, sie trage durch ihr Verhalten dazu bei, daß eine allmähliche Verschiebung der Regierungsgewalt und der Uebergang zu einer parlamentarischen Regierung angebahnt werde. Dem Minister war es nicht möglich, sich gegen diese Vorwürfe zu verteidigen.

Was nun die Beschlüsse des Ausschusses selbst betrifft, so wurde zunächst der gegen die Simultanschulen gerichtete Artikel mit 7 gegen 5 Stimmen gestrichen. Von vielen Seiten wird angenommen, dies sei eine Zufallsmehrheit und es werde im Plenum wenigstens ein bereits vorliegender Kompromißantrag angenommen werden. Gegen die Streichung sprach der Thronfolger, Prinz Ludwig, der in gänzlicher Verkennung der Thatsachen den Artikel für geeignet hält, die religiöse Freiheit zu wahren. Für die Vermehrung der Simultanschulen trat der Schwiegersohn des Herzogs Karl Theodor, Graf Törring-Jettenbach, mit Entschiedenheit ein, der sich eines großen Anhanges in der Reichsratskammer erfreut. Er betonte, nach seiner Ansicht seien die Konfessionsschulen nur geeignet, die konfessionellen Gegensätze zu verschärfen.

Unter den sonstigen Korrekturen ist noch zu erwähnen die Streichung des sogenannten Katechetenparagraphen, der die Städte zwingen sollte, unter gewissen Voraussetzungen für den Religionsunterricht Katecheten anzustellen, d. h. zu besolden. Hier geschah die Streichung einstimmig und das Centrum in der unteren Kammer wird sich damit wohl auch zufrieden geben. Der die Städte schädigende Pauschalierungs-Paragraph wurde angenommen, ebenso die von der Abgeordnetenkammer vorgeschlagene Verwendung der reservierten drei Millionen. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung wurden von der Strafkammer I des Hamburger Landgerichts ein 26jähriger Comptoirbote Baß und ein 19jähriger Arbeiter Krätzel zu je fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Die beiden Leute, die arbeitslos die Straßen der Stadt durchwanderten, haben vor dem Schaufenster einer Kunsthandlung, wo ein Bild Wilhelms II. ausgestellt war, einige Aeußerungen über den Kaiser gemacht. Vier sogenannte „Halbstarke" — halbwüchsige Burschen —, die dabei standen, entrüsteten sich sittlich und holten einen Schutzmann, der die beiden Uebelthäter festnahm. Der Staatsanwalt hatte gegen B. 5, gegen K. nur 2 Monate Gefängnis beantragt. —

Der Reichstags-Abgeordnete v. Massow auf Parnehnen in Ostpreußen fordert uns auf Grund des Preßgesetzes zu einer „Berichtigung" der Wiedergabe seiner Reichstagsrede vom 25. Januar auf. Er schreibt:

„Ich habe nicht gesagt:

„Wie vortrefflich sind unsre Arbeiter untergebracht im Gegensatz zu dem furchtbaren Wohnungselend in den großen Städten. Ich gebe meinen Leuten jährlich 80 Centner Getreide."

Vielmehr habe ich folgende Ausführungen gemacht:

„Bei uns bekommt der Mann freie Wohnung, eine Stube mit zwei oder mit einem Fenster, eine Kammer, eine Vorküche, einen Keller, Bodenraum, Räucherkammer und ein kleines Vorgärtchen. Wir berechnen das alles mit 40 M. Ich bin hier in eine Arbeiterfamilie in der Turmstraße gegangen, die sich auch hat verleiten lassen nach der Großstadt zu ziehen, vier Treppen hoch im Seitengebäude. Die Wohnung kostet 276 M. Vergleichen Sie das mit unsren Verhältnissen, so hat der Mann bei uns 14 Tage zu arbeiten, um sich den Wert der Wohnung zu erarbeiten — bei Ihnen aber 100 Tage, sodaß er fast ein Drittel seiner Arbeitszeit bloß für die Wohnung aufzuwenden hat.

Ich möchte aber noch etwas sagen, damit endlich diese Angriffe aufhören. Er hat ferner 40 Quadratruten Rüben, 60 Quadratruten Leinacker und Frühkartoffeln, er hat 1—1¼ Morgen Kartoffelland, freies Holz das ganze Jahr, auch für die Küche, er hat ferner für 1—2 Kühe freies Futter und Stallung, ebenso für 2 Schafe mit Nachzucht, freien Hirten; jede Familie schlachtet mindestens ein fettes Schwein im Jahre und verkauft noch etwas von der Nachzucht. Das alles hat der Arbeiter außer dem baren Lohn. Die Abgaben werden für ihn bezahlt. Wenn Sie sagen, daß wir nicht für die Leute kleben, so ist das unrichtig. Bei uns ist keiner, der nicht für die Leute klebt. Unsre Leute haben freien Arzt, freie Schule, die Gratifikation zur Erntezeit, zu Weihnachten und die Hauptsache: das Deputat, wollen Sie das mal berechnen: 18—20 Centner Roggen, 1 und 2 Centner Weizen, 3 Centner Hafer, 3 Centner Gerste und 4 Centner Erbsen. Von der berühmten 5-Köpfe-Familie geht das Kind, wenn es 14 Jahre ist, in die Arbeit, kriegt also täglich 30 Pf. und 3 Pfund Roggen, der Drittgänger 40 Pf. und 3 Pfund Roggen täglich, macht im Jahr 150 resp. 180 M. Die Instfamilien stehen noch besser; denn sie bekommen für circa 120 Tage Drescherzeit von der Maschine den achtzehnten Scheffel, beim Pferdedreschwerk den dreizehnten, beim Handdrusch den zehnten Scheffel. Die Leute haben bei mir also über 80 Centner, sage achtzig Centner, allein Drescherverdienst gehabt, und da wollen Sie noch behaupten, daß unsre Leute kein Interesse haben, ob die Getreidepreise hoch oder niedrig stehen? Bei uns hängen die Leute an uns; denn geht es uns gut, so geht es unsren Leuten auch gut."

*

Diese „Berichtigung", zu deren Abdruck uns das Preßgesetz verpflichtet, ist nicht minder amüsant als die Rede des konservativen Abgeordneten im Reichstage, die ihm die ungestümste Heiterkeit derer eintrug, die er, wetteifernd mit Graf Pückler von Kl.-Tschirne, zu vernichten gedachte. Es ist selbstverständlich, daß in unsrem Berichte über die betreffende Reichstagssitzung auch die Rede des Herrn v. Massow, so hoch deren geistige Bedeutung von ihm selbst angeschlagen werden mag, gleich andren Reden nicht wörtlich wiedergegeben ist; eine stenographische Wiedergabe würde die Raumverhältnisse jedes Blattes weit überschreiten. Thatsächlich aber „berichtigt" Herr v. Massow nichts, denn dem Sinne nach hat er das gesagt, was unser Bericht ihn sagen läßt; nur scheint es der Herr Abgeordnete nicht ertragen zu können, daß die Berichterstattung lediglich die „Perlen" seiner parlamentarischen Glanzleistung wiedergegeben hat. Es erweckt nur unser Erstaunen, daß Herr v. Massow nicht auch seine gesamte übrige Rede als „Berichtigung" abzudrucken fordert!

Wir haben in unsrer Nummer 28 vom 2. Februar eine Kritik der wirklichen Zustände auf der Besitzung des Herrn v. Massow veröffentlicht, in der die selbstbelobenden Angaben seiner Reichstagsrede nachgeprüft und widerlegt worden sind. Diese Widerlegung bleibt natürlich in vollem Umfang bestehen. —

Ausland.

Das Schreckensregiment im Hungergebiet.

Die Mitteilungen verschiedener Genossen aus dem Aufruhrgebiet lassen das folgende Bild über die Bauernbewegung erkennen. Die Bewegung, die ihren Anfang in dem Kreise Konstantinograd des Gouvernements Poltawa genommen hatten, griff mit großer Schnelligkeit auf verschiedene Kreise des Gouvernements Charkow über und dehnte sich bald auf das ganze Gouvernement aus. Die rasche Entwicklung der Unruhen in dem Gouvernement Poltawa hat ihren Grund in dem neuen Verpflegungssystem, das in den Notstandsgebieten eingeführt wurde. Das Gouvernement Poltawa war ohnehin schon wirtschaftlich heruntergekommen, und nun kam dazu noch eine Mißernte. Es wurden von den Behörden Listen der einer Unterstützung mit Saatkorn Bedürftigen festgestellt; doch diese Listen liegen, obgleich die Zeit der Aussaat schon längst vorbei ist, bis heutigen Tages noch in den Schränken des St. Bureaukratius. Die Bewegung ist überall in gleicher Form zum Ausdruck gekommen. Von den Gütern wurden Ackergerätschaften, Saatkorn und Vieh genommen. Nur in seltenen Fällen wurden die Güter auch geplündert und niedergebrannt. Unter den ausgeplünderten Besitztümern befinden sich auch einzelne Zuckerfabriken der russischen Zuckerkönige und Dampfgetreidemühlen. Mit dem Erscheinen des Militärs änderte sich das Bild. Es beginnt eine tierische Niederknüttelung ganzer Massen von Bauern. Man versucht ihnen mit allen möglichen Mitteln beizukommen. Im Dorfe Snamenskoje überlistete man die Bauern in der Weise, daß man ihnen bekannt machte, der Gouverneur wolle ihnen ein Manifest verlesen und dazu hätten sich die Bauern an einem Orte zu versammeln. Die Bauern gingen auch in die Falle und als alle beisammen waren, wurden sie von Kosaken umzingelt, und nun kann man sich vorstellen, wie das Manifest des Gouverneurs aussah. In Wodolatsch, wo sich der Gouverneur von Charkow eine ganze Woche aufhielt und persönlich die Niederwerfung der Bauern leitete, wurden von ihm selbst 15 Bauern aus der Menge herausgeholt und auf seinen Befehl, um ein Exempel zu statuieren, zu Tode geprügelt. Das dauert so bis heutigen Tages fort. Einige der Bauern brachten das geplünderte Getreide zurück und flehten um Gnade, sie wurden aber nicht geschont. Die Bauern führen jetzt heimlich in der Nacht das geplünderte Getreide fort und schütten es in Schluchten aus oder vergraben es. Am schrecklichsten wüteten die Kosaken. Sie raubten den Bauern alles, wessen sie nur habhaft wurden; die Frauen und Kinder der Bauern wurden vergewaltigt. Es half kein Bitten und Flehen.

Seine Durchlaucht der Fürst Obolenski erlaubte sich folgende Roheit: „Da habt Ihr 30 Kunten," sagte er zu den durchpeitschten Bauern, „die erhaltet Ihr für das Plündern, und weitere 30 bekommt Ihr extra von mir." Der Gouverneur von Poltowa soll sich etwas menschlicher benommen haben. Dafür ist er aber auch bereits seines Amtes enthoben worden. —

Vom Arbeitsmann bis zum Premierminister.

London, 20. Mai. (Eig. Ber.)

Man kann die zeitgenössischen Strömungen innerhalb des britischen Weltreiches nicht vollständig verstehen, ohne Neuseeland verstanden zu haben. Und Neuseeland ist durch seinen Premierminister Mr. Richard Seddon repräsentiert, der sich von einem einfachen Lancashirer Arbeiter zu einer der hervorragendsten Persönlichkeiten von Größer-Britannien entwickelt hat.

Auf seiner Reise zur Krönung des Königs machte Mr. Seddon einen Abstecher nach Südafrika. Er traf am 16. d. Mts. in Durban (Natal) ein, wo ihm, wie eine Reuter-Depesche heute mitteilt, ein enthusiastischer Empfang zu teil geworden. Auf die Begrüßungsrede des Bürgermeisters von Durban antwortete Mr. Seddon: „. . . . Neuseeland wünscht den Krieg bis zu Ende geführt zu sehen. Gleichzeitig mit mir kamen aus Neuseeland 600 Soldaten und es werden noch mehr kommen, sollte weiter Hilfe nötig sein." Auf eine Begrüßungsadresse des Australischen Vereins in Südafrika sagte er: „Der Krieg hat das Empire fester zusammengeschlossen. Diese Solidarität wird ewig dauern. Ein großes und edles Werk wurde durch den Krieg geschaffen, das hoffentlich nicht bei seite geschoben werden wird. Darüber herrscht unter uns die vollste Einstimmigkeit, daß der Krieg nur mit der bedingungslosen Unterwerfung der Boeren endigen kann. Und das Reich wird seinen Traditionen treu bleiben, indem es einen tapferen Feind mit Hochherzigkeit behandeln wird."

Mr. Seddon wurde am 22. Juni 1845 in Eccleston Hill, Lancashire, geboren. Sein Vater war Schulmeister. Nach Beendigung der Elementarschule wurde er in eine Maschinenfabrik in die Lehre gegeben, wo er fünf Jahre verblieb. Er wanderte dann nach Victoria aus, wo er in den Goldfeldern arbeitete. Von da ging er im Jahre 1866 nach Neuseeland und nahm bald an den öffentlichen Angelegenheiten seines Wohnortes lebhaften Anteil. Er wurde zuerst in die Lokalverwaltung gewählt und brachte es im Jahre 1878 zum Bürgermeister von Kumara. Ein Jahr darauf wurde er auch ins Parlament geschickt, in dem er sich ununterbrochen bis jetzt behauptete. Im Jahre 1891, nach dem endgültigen Sturz des konservativen Kabinetts, trat Seddon als Arbeitsminister in die Reformregierung ein. Im Jahre 1892 starb ihr Premierminister Mr. Ballance und an seine Stelle trat Mr. Seddon. Unter seiner Premierschaft wurde im Laufe der letzten zehn Jahre die ganze Arbeiterschutz-Gesetzgebung geschaffen, die Neuseeland berühmt gemacht hat: Unfallentschädigung, Versöhnungs- und Schiedsamt; Alterspensionen; Achtstundentag. Außerdem eine neue Boden-Gesetzgebung und Frauenstimmrecht.

Im Jahre 1897 war er als Vertreter seines Landes beim 60jährigen Regierungsjubiläum der Königin Victoria in London anwesend und zeichnete sich durch seinen Eifer für die imperiale Föderation aus. Als Anerkennung seiner Dienste um das Reich wurde er zum Geheimrat (Privy Councillor) eingeschworen, während die Universität Cambridge ihn, als den Gesetzgeber der Musterkolonie, zum Ehrendoctor der Rechte ernannte.

Mr. Seddon ist die Verkörperung jener modernen englischen Strömung, die wir als „socialen Imperialismus" bezeichnen, eine Art Verbindung von Joseph Chamberlain und Sidney Webb. In seinem Lande ist er bemerkenswerterweise als „King Dick" (König Richard) bekannt. —

Oestreich-Ungarn.

Das Abgeordnetenhaus nahm am Freitag in dritter Lesung mit 154 gegen 114 Stimmen den Staatsvoranschlag an und wandte sich dann zur Beratung des Dringlichkeitsantrages Breiter, betr. den Stand der Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn. —

Budapest, 23. Mai. Bei den gestrigen Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Ressortministern wurde in einigen Punkten des Zolltarifs und der Steuerfragen eine Annäherung erzielt. In wesentlichen Punkten bestehen jedoch noch große Differenzen, deren Ausgleich den nächsten Wochen vorbehalten bleibt. —

Schweiz.

Der Rücktritt Wullschlegers als Nationalrat. Zürich, 21. Mai. (Eig. Ber.) Genosse Wullschleger hat, nachdem er als Mitglied der Regierung des Kantons Basel-Stadt gewählt worden, seinen Rücktritt als Nationalrat erklärt, wie er dies vor seiner Wahl schon in Aussicht gestellt hatte. Er hat den Schritt darum gethan, weil auch zwei andere Mitglieder der Regierung, ein Freisinniger und ein Konservativer, dem Nationalrat angehören und diese beiden seit Jahren schon in der Regierung sind, so daß es sich für sie jüngst nur um eine Wiederwahl handelte, und weil die Geschäftsordnung des Regierungsrates bestimmt, daß nur zwei seiner Mitglieder in den eidgenössischen Räten sein dürfen. Gesetzliche Kraft besitzt diese Geschäftsordnung nicht, aber unser Genosse glaubte loyal handeln und keine Schwierigkeiten machen zu sollen und trat darum zurück. Dadurch ist aber der Gewinn, den unsere Partei in Basel mit der Eroberung eines Sitzes in der Regierung erzielte, mehr als aufgewogen, ja wir hätten, vor die Alternative gestellt, dem Nationalrats-Mandat den Vorzug vor dem Ministersessel gegeben. Es ist nämlich fraglich, ob unsere Partei in der Stichwahl den Sitz wird behaupten können, da voraussichtlich die Konservativen wie die Freisinnigen versuchen werden, das freigewordene Mandat für sich zu erobern. Nun hat unsere Partei nur 4 Vertreter im Nationalrat, verliert sie das Baseler Mandat, so schrumpft diese Vertretung auf drei zusammen; dazu kommt aber noch, daß Wullschläger wohl der tüchtigste von unsern Vertretern war und auch darum sein Verlust sehr empfindlich für uns ist. So stellt sich der Gewinn des Ministersessels als ein Danaergeschenk heraus, das eine Mahnung für die Zukunft sein sollte. —

Frankreich.

Der Niedergang des Antisemitismus. Nachdem der streitbare Bürgermeister von Algier, Max Regis, die antisemitische Fahne verlassen hat, ist auch ein Konflikt zwischen Drumont und Jules Guerin ausgebrochen. In ihren Leiborganen „Libre Parole" und „Antijuif" polemisieren sie gegen einander, das heißt, sie beschimpfen und zeihen sich gegenseitig der Betrügereien. So teilt z. B. das letztere mit, daß die Aktionäre der „Libre Parole" eine Million an Aktien eingezahlt hätten; dieses Geld sei zum Teil verloren; Abrechnung werde nicht gelegt usw. —

Belgien.

Die gerichtliche Untersuchung über die Unruhen in Löwen ist abgeschlossen. Gegen 11 Personen soll Anklage erhoben werden; 3 davon bleiben in Haft. Die Sache kommt am 16., 17. und 18. Juni zur Verhandlung. —

Die Spielhöllen. Bekanntlich hat die Kammer sowohl als der Senat die Aufhebung der Spielhöllen beschlossen. Das betr. Gesetz soll aber, wie es heißt, auf Veranlassung des Königs in diesem Jahre noch nicht veröffentlicht werden, damit in diesem Sommer in Ostende und Spa nochmals gespielt werden kann. —

Italien.

Die Wahlen zum Provinzialrat in Neapel, welche demnächst stattfinden, werden einen heftigen Kampf zwischen den Anhängern der alten Camorra und den demokratischen Parteien, vor allem der socialistischen Partei zeitigen. Die letzteren haben beschlossen, sich an der Wahl zu beteiligen, und sie werden alles aufbieten, um frisches Blut in die alte verrottete Körperschaft zu bringen. —

Spanien.

Die Demission des Ackerbauministers Canalejas wird von diesem aufrecht erhalten, da es ihm nicht gelungen ist, seine Kollegen davon zu überzeugen, daß eine radikale Aenderung der allgemeinen Politik des Landes einzutreten habe. Seine Kollegen wollen von dem Radikalismus Canalejas in religiösen und socialen Fragen nichts wissen, sondern sich in den Grenzen des Programms halten, welches bei der Kabinettsbildung die Basis gewesen ist. Unter diesen Umständen hat Canalejas erklärt, seine Demission aufrecht erhalten zu müssen. Sagasta hofft allerdings noch immer, eine Verständigung im Ministerrat herbeizuführen.

In Tarrasa und in Manresa sind größere Streiks in den dortigen Webereien ausgebrochen; die Zahl der Streikenden beträgt über 5000. —

Rußland.

In den Gefängnissen in Moskau ist eine Epidemie ausgebrochen, weshalb ein großer Teil der Verhafteten in die Provinzgefängnisse übergeführt worden ist.

Es erweist sich, daß durch das Centralgefängnis in Moskau in diesem Jahr nach Sibirien nicht weniger als 300 verbannte Studierende gegangen sind. Eine Lüge war es, die die Regierung auftischte, daß nur 95 verschickt werden sollten.

Von den im Februar verhafteten sind 2 irrsinnig geworden, 13 befinden sich in dem Gefängnislazarett.

Wegen der Propaganda im Heere sind zur Zeit im Taganka-Gefängnis in Moskau unter anderm auch die folgenden eingekerkert, deren Namen man erfahren hat: Der Militärfeldscher Anosow, der Unteroffizier des Kotharinischen Regiments Wolf Goldblatt, der Schreiber der Regimentskanzlei Alipinski.

Eugenie Allart, die das Attentat auf den Chef der Moskauer Geheimpolizei Trepow verübte, befand sich in dem Taganka-Gefängnis bis zum 26. April, ist dann aber verschwunden. Man weiß nicht, was mit ihr geschehen ist.

Der Boeren-Krieg.

Frieden?

Wie die Morgenblätter vom Freitag melden, steht der Frieden in Südafrika vor der Thür. Sämtliche Telegraphen-Agenturen berichten, daß den Boeren ein Ultimatum gestellt worden ist und daß dieselben aller Voraussicht nach die englischen Bedingungen annehmen werden. Der Ministerrat, welcher für heute einberufen ist, werde die Veröffentlichung einer diesbezüglichen Erklärung beschließen. Auch die „Daily Mail", welche bisher immer von großem Pessimismus beseelt war, hält heute die Lage für günstig. Ein optimistischer Wind weht auch in amtlichen Kreisen und man glaubt, daß kein ernstliches Hindernis den Abschluß des Friedens stören werde. —

Sir Charles Dilke sprach gestern in Gloucester und erklärte, daß die jetzigen Verhandlungen den Frieden in Südafrika herbeiführen würden. —

„Daily Chronicle" erfährt aus guter Quelle, die Besprechung zwischen den Boerenführern, Lord Kitchener und Lord Milner habe den Erfolg gehabt, daß der Friede thatsächlich gesichert ist und die Feindseligkeiten alsbald eingestellt werden, und zwar sei dieser Erfolg dem Umstande zuzuschreiben, daß die Boeren die Bedingungen der Engländer angenommen haben.

Der „St. James Gazette" ist die Mitteilung zugegangen, daß die Depesche Kitcheners, welche zu der Zusammenberufung des Kabinetts Veranlassung gab, strittiger Natur ist und daß deshalb eine **unmittelbare Entscheidung nicht zu erwarten ist.**

Partei-Nachrichten.

Mit dem bayrischen Gemeinde-Wahlprogramm befaßte sich eine Parteiversammlung in Nürnberg. Genosse Segitz als Referent verteidigte den Programmentwurf des Landesvorstandes in allen wesentlichen Punkten. Die Versammlung beschloß nach einer sehr lebhaften Diskussion, den Landesvorstand zu ersuchen, einen Kommentar zum Gemeindeprogramm herauszugeben. Außerdem wird gefordert, daß die Grundsätze der Partei an die Spitze des Programms zu setzen seien. Die Mandatsdauer der Gemeindevertreter solle vier Jahre betragen, mit Ausscheidung der Hälfte der Mitglieder von zwei zu zwei Jahren. Der einjährige Aufenthalt in der Gemeinde soll zur Erlangung des gebührenfreien Heimats- und damit des Gemeinde-Wahlrechts genügen. Die Abschaffung der gemeindlichen Steuern auf notwendige Lebensmittel soll an die Spitze des betreffenden Absatzes gestellt werden. Den Gemeindevertretern soll die Beteiligung an städtischen Arbeiten und Lieferungen untersagt werden. Für die Gemeinde-Arbeiter wird gefordert der Achtstundentag, Festsetzung eines Minimallohnes und Ueberwachung der Betriebe durch einen dem staatlichen Gewerbe-Inspektor unterstellten Lokal-Gewerbe-Aufsichtsbeamten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Für die Sünden seiner Vorgänger** wollte der Staatsanwalt Wagner den Redacteur Genossen Roske von der „Königsberger Volks-Zeitung" büßen lassen, der am Donnerstag, angeklagt der Beleidigung des Polizeipräsidenten von Königsberg, vor der dortigen Strafkammer stand. Am Totensonntag, den 24. November v. J. sollte in Königsberg eine öffentliche Versammlung stattfinden. Der Polizeipräsident v. Kannewurf verbot die Abhaltung der Versammlung auf Grund des § 10 einer Polizeiverordnung vom 7. Dezember 1896. In seinem Schreiben betonte der Polizeipräsident, das Kammergericht habe Zeitungsnachrichten zufolge zwar die Polizeiverordnung für ungültig erklärt. **Amtlich** sei diese Entscheidung bisher nicht zu seiner Kenntnis gekommen. Diese letzten Sätze hatte Roske in der „Volks-Zeitung" kritisiert.

In der Verhandlung vor der Strafkammer sagte der Polizeipräsident als Zeuge aus, er habe zwar von der Entscheidung des Kammergerichts gewußt, aber seine Maßnahmen auf Grund der Polizeiverordnung weiter getroffen, weil ihm von seiner vorgesetzten Behörde nicht mitgeteilt worden sei, daß die Verordnung aufgehoben werde. Der Staatsanwalt führte aus, es sei ganz unverständlich, wie der Angeklagte fordern konnte, der Polizeipräsident solle sofort der Entscheidung des Kammergerichts entsprechend verfahren. Da das Kammergericht **„unglaublich oft"** in seinen Entscheidungen schwanke, würden meist mehrere Entscheidungen oder eine Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts herbeigeführt. Die ganze Fassung der Notiz lasse erkennen, daß der Polizeipräsident verhöhnt und verspottet werden sollte. Der Angeklagte sei zwar nur wenig vorbestraft. Das könne aber nicht strafmildernd sein. Der Verteidiger werde es zwar als „horrend" bezeichnen, er stehe aber doch nicht an zu fordern, daß **alle Vorstrafen,** welche gegen Redacteure des Königsberger socialdemokratischen Blattes verhängt seien, **dem Angeklagten angerechnet würden.** Die ganze Tendenz des Blattes, die Haltung und der Ton gegenüber Maßnahmen der Behörden seien jetzt nicht anders wie früher. Die früher verhängten Strafen hätten den Angeklagten davor warnen müssen, nicht in die Fußstapfen seiner Vorgänger zu treten. Er beantrage eine Gefängnisstrafe von einem Monat.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Haase, kritisierte auf das schärfste die Forderung, daß an dem Angeklagten nicht etwa die Sünden seiner Väter, sondern die ganz fremder Menschen heimgesucht werden sollten. In langen Ausführungen wies der Verteidiger nach, daß die an dem Verhalten des Polizeipräsidenten geübte Kritik durchaus in den Grenzen des Zulässigen gehalten sei und daß es ein ganz unhaltbarer Zustand sei, daß, trotzdem das oberste preußische Gericht fortgesetzt entschieden habe, die in Frage kommende Bestimmung der Polizeiverordnung sei verfassungswidrig, von den Polizei-Organen diese für ungültig erklärte Verordnung weiter angewandt werde.

Das Gericht verurteilte den Angklagten zu **300 M.** Geldstrafe wegen formaler Beleidigung. Der ganze Ton der Notiz lasse die Absicht erkennen, eine Behörde zu verhöhnen und zu verspotten. Von einer Gefängnisstrafe sei Abstand genommen, weil Roske der Schutz des Paragraphen 193 zuzubilligen war, da er selbst die Einberufung der Versammlung veranlaßt hatte, auch eine gewisse Erregung wurde ihm zu gute gehalten, da er selbst in der verbotenen Versammlung sprechen sollte, weiter sei es günstig beurteilt worden, daß der Angeklagte seit Jahren eine exponierte Stellung in seiner Partei einnehme und trotzdem nur mit zwei geringen Geldstrafen vorbestraft sei.

Dreihundert Mark ist also eine billige Strafe.

— **Wegen Beleidigung** wurde der verantwortliche Redakteur der „Thüringer Tribüne", Genosse Thienst in Erfurt, zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Er hatte auf Grund der Angabe eines Arbeiters dem Stadtbaumeister von Langensalza Aeußerungen in den Mund gelegt, die von wenig nobler Gesinnung zeugten, die dieser aber nicht gethan hatte.

Aus Industrie und Handel.

Statuten-Abänderung der Hamburg-Amerika-Linie. Aus dem Antrag des Vorstandes und Aufsichtsrates der „Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft" auf Abänderung der Statuten, welcher der am 28. Mai stattfindenden Generalversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll, sind folgende wichtige Abänderungen zu erwähnen: Es sollen künftig lauten:

§ 11: Die Mitglieder des Vorstandes müssen deutsche Reichsangehörige sein und ihren Wohnsitz innerhalb des Deutschen Reiches haben.

§ 15 Absatz 1: Der Aufsichtsrat besteht aus 5 bis 7 von der Generalversammlung zu erwählenden Mitgliedern, welche die deutsche Reichsangehörigkeit besitzen und innerhalb des Deutschen Reiches ihren Wohnsitz haben müssen.

§ 19 Absatz 2: Bei Abstimmungen entscheidet absolute, bei Wahlen relative Majorität der abgegebenen Stimmen mit folgenden Ausnahmen: Bei Beschlußfassungen über eine Abänderung des Gegenstandes des Unternehmens oder über die Vereinigung der Gesellschaft mit einer andren inländischen Gesellschaft ist eine Mehrheit von drei Vierteln des bei der Beschlußfassung vertretenen Aktienkapitals erforderlich.

Ferner wird bestimmt, daß bei Verlegung des Sitzes der Gesellschaft nach einem außerdeutschen Ort, bei Abänderungen der obigen §§ 11, 15 und 19, sowie bei Auflösung der Gesellschaft, die betreffenden Beschlüsse, um Gültigkeit zu erlangen, mit einer Mehrheit von mindestens vier Fünfteln des in einer Generalversammlung vertretenen Aktienkapital gefaßt werden müssen, und überdies diese Beschlüsse noch von einer späteren Generalversammlung mit gleicher Majorität zu bestätigen sind.

Auf die „Interessengemeinschaft" mit dem Morganschen Schiffahrts-Trust weist folgender Zusatz zum § 26 hin: Zu den in Abzug zu bringenden Kosten sind auch die Kosten der Begleichung derjenigen Verbindlichkeiten zu rechnen, welche sich aus Gewinnbeteiligungs-Verträgen ergeben, die der Vorstand mit Genehmigung des Aufsichtsrats mit andren Gesellschaften abgeschlossen hat.

Die zur Erläuterung dieses Antrags erforderlichen Mitteilungen über den Inhalt der mit dem amerikanisch-englischen Schifffahrts-Syndikat abgeschlossenen Vereinbarung werden in der Generalversammlung gemacht werden.

Eisenmarktlage in den Vereinigten Staaten von Amerika. Nachdem kürzlich noch der „Ironmonger" die Lage des amerikanischen Eisenmarktes als recht günstig geschildert hatte, heißt es in seinem letzten Bericht, daß die Aussichten des amerikanischen Eisen- und Stahlmarktes unsicher geworden seien. Es erscheine nicht mehr als ausgeschlossen, daß die Aufnahmefähigkeit des Marktes in nächster Zeit nachlasse, wenn auch zur Zeit noch sich auf Knappheit an Eisen geltend mache.

Ostindische Zucker-Ausgleichszölle. Die in Nr. 113 des „Vorwärts" gebrachte Mitteilung, daß die ostindische Regierung eine Erhöhung der Ausgleichszölle auf Zucker beabsichtige, findet dahin ihre Ergänzung, daß es sich lediglich um Zollerhöhungen gegenüber solchen Staaten handelt, die der Brüsseler Konvention nicht beitreten und nach wie vor den aus ihrem Gebiet ausgeführten Zucker in irgend welcher Form Ausfuhrprämien gewähren. Wie Wolffs Telegraphen-Bureau aus Simla meldet, brachte der Finanzsekretär Feinlay im gesetzgebenden Rat eine Vorlage ein gemäß Artikel 4 der Brüsseler Zuckerkonvention. Die Vorlage bestimmt, daß in den Fällen, in welchen in irgend einem Lande oder irgend einer Kolonie die Differenz zwischen dem Zoll- und Steuersatz für daselbst nicht erzeugten Zucker und dem Zoll- und Steuersatz für daselbst erzeugten Zucker sechs Frank per 100 Kilogramm für raffinierten und 5½ Fr. für andren Zucker übersteigt, die Regierung ermächtigt werden soll, allen aus einem solchen Lande oder einer solchen Kolonie direkt oder indirekt eingeführten Zucker mit einem besonderen Zollzuschlag bis zur Hälfte des Betrages der Differenz zu begründen. Zur Begründung wies der Finanzsekretär an der Hand von Ziffern auf die Nachteile hin, welche der indischen Industrie erwachsen würden, falls das Land mit Kartellzucker überschwemmt werde. Die Vorlage tritt wahrscheinlich in 14 Tagen in Kraft.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Müller der Humboldt-Mühle in Tegel bei Berlin haben — wie bereits mitgeteilt — am 20. Mai die Arbeit niedergelegt. — Seit Jahren hoffen die durchweg 15—20 Jahre in demselben Betriebe thätigen Arbeiter, daß die Direktion ihnen Lohnzulage gewähren werde, freilich — trotz verschiedener Versprechungen — bis heute vergeblich. — Der Stundenlohn der ältesten Arbeiter beträgt 35 Pf., der der Neu-Eintretenden 30 Pf. Die Arbeitszeit ist offiziell 12 Stunden, jedoch sind Ueberstunden keine Seltenheit; es kommen tägliche Arbeitsperioden von 15 und mehr Stunden vor. So mußten erst kürzlich durch die Organisation der Firma die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung klar gemacht werden.

Die Mühlenarbeiter sind es seit alters her gewöhnt, für ein Butterbrot geschunden und Citronen gleich ausgepreßt zu werden. Man zahlt recht wenig Lohn und läßt dann recht viele Ueberstunden machen, damit „die Leute" doch auch was verdienen. — Bis vor kurzer Zeit hielten es die Müller nicht für nötig, sich zu organisieren. Seit nahezu zwei Jahren aber ist hierin Wandel geschaffen. Die Müller Berlins wie der näheren Umgegend haben sich zu 85 Proz. ihrer Organisation angeschlossen, an der sie thatkräftigen Rückhalt haben, so daß sie unbedenklich wagen konnten, die Tegeler Mitglieder in eine Lohnbewegung eintreten zu lassen! Verlangt wird die Aufbesserung der Stundenlöhne von 35 auf 37½ Pf. bezw. 40 Pf., derjenigen von 30 auf 32½ bezw. 35 Pf. und möglichste Einschränkung der Ueberstunden event. einen Aufschlag von 50 Proz. Wenn man bedenkt, daß in dem so beliebten Ausflugsorte der Berliner die Lebenshaltung eine ungleich höhere ist wie in Berlin, so wird man diese Forderungen sehr bescheiden finden müssen. — Die Aussichten für die Ausständigen sind sehr günstige. Der Betrieb ruht gänzlich. Streikbrecher haben sich bis jetzt nicht gefunden. Die Bemühungen des Berliner Geschäftsführers zur Anwerbung „Arbeitswilliger" in den hiesigen Herbergen hatten keinen Erfolg. Die Zahlstellen und Mitglieder des Verbandes werden ersucht, den Zuzug fremder Kollegen fernzuhalten.

Der Vorstand des 1. Gaues, Berlin.

Maurerstreik in Rauen. Am 7. April stellten die Maurer in Rauen an die Unternehmer das Ersuchen, den Stundenlohn von 40 Pf. auf 45 Pf. zu erhöhen. Die Arbeitgeber erklärten sich zwar mit der geforderten Lohnerhöhung einverstanden, sie wollten dieselbe aber erst vom 1. Oktober an bewilligen. Die Maurer wollen dagegen von dieser Verzögerung nichts wissen, sie beharrten auf ihrer Forderung, verlangten sofortige Bewilligung derselben und traten am Mittwoch zur Erkämpfung der Lohnerhöhung in den Streik.

Die Potsdamer Maurermeister wenden im Kampf gegen die Streikenden das in Unternehmerkreisen beliebte Mittel an, den abreisenden Ausständigen die Arbeitsgelegenheit abzuschneiden. Die Potsdamer Maurermeister wenden sich an ihre auswärtigen Kollegen mit dem Ersuchen, keinen aus Potsdam und Umgegend kommenden Maurer einzustellen, und, wo solche bereits eingestellt sind, sie wieder zu entlassen. — Hoffentlich ist die Solidarität der Arbeiter stärker als die Solidarität der Unternehmer, so daß die Potsdamer Maurer trotz Unternehmermaßregeln, trotz Bürgermeister und Stadtverordneten-Versammlung ihre Forderungen durchsetzen.

Deutsches Reich.

Arbeiteraussperrung beim Bremer „Vulkan".

Der Vorstand des Werftarbeiter-Verbandes teilt uns telegraphisch mit, daß beim Bremer „Vulkan" 250—300 Nieter und Stemmer ausgesperrt sind. Es wird dringend ersucht, den Zuzug fernzuhalten.

Wie die Stuttgarter Maurermeister Wort halten. Die Lohnbewegung der Maurer ist bekanntlich mit einen Vergleich beendet worden, durch welchen den Maurern ein Mindestlohn von 43 Pf. zugesagt wird. Aber versprechen und halten ist auch bei den Stuttgarter Maurermeistern zweierlei. Als die Maurer den zugesagten Mindestlohn ausgezahlt verlangten, da meinten die „biederen" Meister, so sei das nicht gemeint, von einem Mindestlohn sei in den Einigungsbedingungen keine Rede. Der Gewerberichter, unter dessen Leitung der Vergleich geschlossen worden ist, wurde angerufen. Er bestätigte, daß die Auffassung der Arbeiter die richtige, die der Unternehmer dagegen eine irrige sei. Die Baumeister aber dachten gar nicht daran, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, sie erklärten vielmehr: „Wir wollen die Abmachungen nicht, sie sind null und nichtig." — Damit verließen die Vertreter der Unternehmer das Amtszimmer des Gewerberichters, und die Arbeiter können sich nun einen Vers auf die „Vertragstreue" ihrer Arbeitgeber machen.

Ueber die Lage der Schmiede von Leipzig sind von der dortigen Verbandsleitung statistische Erhebungen veranstaltet worden, an denen sich 226 Berufsgenossen beteiligt haben. Für die Erhebungen kamen 106 Betriebe in Betracht, in denen 1900 809 Arbeiter, 1901 aber nur 711 Arbeiter beschäftigt waren. Das ist ein Rückgang der Beschäftigten um 98 Personen oder 12,11 Proz. Davon entfallen auf die Kleinbetriebe nur 6, auf die Großbetriebe aber 92 Arbeiter. Der durchschnittliche Stundenlohn betrug bei den Lohnarbeitern 1900 38⅓ Pf., 1901 dagegen 36⅓ Pf.; bei den Accordarbeitern 1900 49⅘ Pf., 1901 45⅘ Pf. Allein in 34 Betrieben sind Accordabzüge von 5 bis 40 Proz. vorgenommen worden. Arbeitslos waren im Jahre 1901 71 der Befragten zusammen 3532 Tage oder durchschnittlich 49 Tage. Das Resultat der Erhebungen wird dahin zusammengefaßt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Schmiede in Leipzig die denkbar ungünstigsten sind.

Ausland.

Die Weberaussperrung in Enschede. Am Pfingstmontag fand in Amsterdam eine Konferenz der Vorstände von 68 gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen der verschiedensten Richtungen statt. Dieselbe beschloß einstimmig, daß alle Kräfte eingesetzt werden sollen, um den Ausstand zu einem für die Arbeiter günstigen Abschluß zu bringen. Troelstra gab namens der socialdemokratischen Partei die Erklärung ab, daß die Partei darauf rechnet, dem Streikkomitee wöchentlich den Betrag von 500 Gulden (850 M.) überliefern zu können. Ferner wurde auf Antrag Troelstras ein Komitee gebildet, das die Aufgabe hat, Geldmittel herbeizuschaffen und Propaganda für die Unterstützung der Ausständigen zu machen. In dem Komitee sind alle Richtungen vertreten, die socialdemokratische Partei wird durch Looguit repräsentiert.

Der Vorstand der niederländischen socialdemokratischen Partei hat ein Manifest veröffentlicht, worin zur Unterstützung der Weber in Enschede aufgefordert wird. Die Anzahl der Ausgesperrten und Streikenden wird auf ca. 2400 angegeben: zu unterstützen sind einschließlich der Familienangehörigen ca. 5000 Menschen. Mehr als 110 000 Gulden sind bereits durch das niederländische Volk hierfür aufgebracht worden. Durch die Beschlüsse des Kongresses hat sich nun die gesamte Arbeiterschaft der Niederlande verpflichtet, den Enscheder Webern zum Siege zu verhelfen.

Socialles.

Die amerikanische Seidenindustrie hat sich aus kleinen Anfängen zu einer gewaltigen Großindustrie entwickelt. Während es 1850 in den Vereinigten Staaten nur 67 Etablissements der Industrie mit nur 1723 Arbeitern und ½ Millionen Dollar Kapital gab, wurden nach dem Census von 1900 gezählt 483 Etablissements mit 65 416 durchschnittlich beschäftigten Arbeitern und einem Kapital von 81 Millionen Dollar. Es arbeitete also im Jahre 1900 durchschnittlich jedes Etablissement mit rund 170 000 Dollar und 135 Arbeitern. Der Hauptaufschwung datiert seit 1880, wo in 382 Betrieben mit 19 Millionen Dollar Kapital 31 337 Arbeiter beschäftigt waren. In diesen 20 Jahren geschah ein Riesenschritt zum Großbetriebe. Kommen doch 1880 im Durchschnitt auf einen Betrieb nur knapp 50 000 Dollar Kapital und 82 Arbeiter. Es zeigt sich aber auch an diesen Zahlen, daß offenbar die Maschinenverwendung bedeutend zugenommen hat, denn während sich die durchschnittliche Arbeiterzahl nur um etwas über 60 Proz. steigerte, wurde das durchschnittlich in einem Unternehmen steckende Kapital mehr als verdreifacht. Daher stieg auch in dieser Zeit die Menge der verarbeiteten Rohseide um mehr als das 3½fache, nämlich von 2,69 Millionen Pfund auf 9,76 Millionen Pfund.

Der durchschnittliche Jahresverdienst eines Arbeiters stieg von 1880 zu 1900 von 291 auf 320 Dollar. Die Seidenarbeiter stehen demnach nicht unerheblich unter dem Durchschnitt der amerikanischen Arbeiter. Die Steigerung dürfte übrigens weniger ihren Grund in der Erhöhung der Individuallöhne als in dem Umstande haben, daß die Frauenarbeit relativ etwas zurückgedrängt wurde. Im Jahre 1880 wurden 9375 Männer und 16 396 Frauen, 1900 aber 24 206 Männer und 34 797 Frauen beschäftigt. Im Jahre 1850 betrug der Durchschnittslohn eines Arbeiters 172 Dollar, das heißt ungefähr soviel, wie heute der Durchschnittslohn in Deutschland.

Soziale Rechtspflege.

Einen Verstoß wider die guten Sitten nach § 123 Ziffer 7 der Gewerbe-Ordnung erblickt das Landgericht II zu Berlin darin, wenn ein Arbeiter seine Mitarbeiter, die auf seine Anregung hin mit ihm gemeinsam gekündigt haben, durch Hinterlegung einer gegenseitigen Haftsumme veranlaßt, an der gegenseitig getroffenen Vereinbarung auch festzuhalten.

Die Gärtner Berlins und der Vororte befanden sich im vorigen Frühjahr (1901) in einer Lohnbewegung. Da es die Arbeitgeber und deren Organisationen aber von vornherein rundweg abgelehnt hatten, sich in irgend welche Unterhandlungen über die aufgestellten Forderungen einzulassen, so gab die Leitung der Bewegung an die Gehilfen die Weisung aus, am 31. März bezw. 1. April ihren Arbeitgebern den von der organisierten Gehilfenschaft nun allein aufgestellten Lohn- und Arbeitstarif in einem gedruckten Exemplar zur Anerkennung vorzulegen.

Dem Tarif war gleich ein gleichfalls gedrucktes Anschreiben beizufügen, in dem die Gehilfen jeder Firma durch gemeinsame Namensunterschrift erklärten, daß sie bei Nichtbewilligung der Forderungen hiermit ordnungsmäßig kündigten und 14 Tage später ihre Stellen aufgeben würden.

In der Kunst- und Handelsgärtnerei von H. in Weißensee gehörten von den acht Gehilfen nur drei der Organisation an. Dennoch äußerten die Nichtorganisierten ihren Kollegen gegenüber ihr Einverständnis mit dem Vorgehen. Um aber eine gegenseitige Gewähr für die Einheit zu haben, schlugen die Organisierten den anderen vor, daß jeder zehn Mark hinterlege, die er bei Nichteinhaltung des gegenseitigen Versprechens (Niederlegung der Arbeit nach Ablauf der Kündigungszeit) an die ihre Stellung Aufgebenden zu verlieren habe. Hiermit waren alle acht einverstanden, und der Gärtnergehilfe P. nahm als Aeltester die Geldbeträge an sich. Nach einigen Tagen erfuhr der Arbeitgeber durch einen der Gehilfen, den er zum Bleiben zu überreden suchte, von dieser Angelegenheit. Und am 5. April erhielt dann der erwähnte P. plötzlich seine Entlassung. P. erblickte hierin eine Entlassung gesetzwidriger Art und klagte gegen die Firma auf Nachzahlung seines Lohnes vom 5. bis 14. April, an welchem Tage die seinerseits ordnungsmäßig erfolgte Kündigungszeit erst ablief. Das Amtsgericht II zu Berlin wies den Gehilfen jedoch mit seinem Anspruch ab. In der Urteilsbegründung wird ausgeführt: „Es fragt sich, ob in dem Verhalten des Klägers gegenüber seinem Dienstherrn, (!) dem Beklagten, ein Verstoß wider die guten Sitten zu erblicken und hieraus ein wichtiger Grund zur kündigungslosen Auflösung des Dienstverhältnisses zu entnehmen ist. Die Frage ist nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme **zweifellos zu bejahen.** Es ist erwiesen, daß Kläger in Gemeinschaft mit zwei andren Angestellten die übrigen Gärtnereigehilfen veranlaßt hat, ihre Stellung bei dem Beklagten zum 15. April zu kündigen und nach dieser Richtung hin dadurch einen Druck auf sie ausübte, daß er die Angestellten weiter veranlaßte, einen Betrag von je 10 M. an ihn abzuführen, welchen die in der Stellung beim Beklagten am 15. April dennoch Verbleibenden zu Gunsten derer, die den Dienst verließen, einbüßen sollten. In diesem Verhalten des Klägers seinem Dienstherrn gegenüber ist ein **grober Verstoß gegen die guten Sitten zu erblicken** (§ 123 Nr. 7 Gewerbe-Ordnung); denn es kann dem Beklagten nicht zugemutet werden, einen Gehilfen, welcher in dieser Weise gegen seine — des Dienstherrn — Interessen handelte, ja sogar gegen ihn agitierte, länger zu behalten." Gegen diese Entscheidung legte der Kläger beim Landgericht Berufung ein. Das Landgericht II zu Berlin wies diese jedoch durch Urteil vom 10. März 1902 zurück: „Den Ausführungen des Vorderrichters war beizutreten. Ohne Zweifel hat der Kläger den Interessen seines Dienstherrn zuwidergehandelt, indem er seine Mitarbeiter gegen ihren Prinzipal aufwiegelte und geradezu eine Belohnung für diejenigen aussetzte, welche seiner Aufwiegelung Folge leisteten. Dieses Vorgehen stellt einen Verstoß gegen die guten Sitten im Sinne des § 123 Absatz 7 Reichs-Gewerbe-Ordnung insofern dar, als es einen schweren Vertrauensmißbrauch enthält und mit Treu und Glauben zwischen Dienstherrn und Angestellten nicht vereinbar ist. Dem Beklagten konnte hiernach eine Fortsetzung des Dienstverhältnisses nicht zugemutet werden."

Es ist bekanntlich noch nicht dagewesen, daß Unternehmer, welche durch gegenseitiges Uebereinkommen Arbeiter ausgesperrt haben, eines Verstoßes gegen die gute Sitte oder sonstwie von bürgerlichen Gerichten schuldig befunden worden sind.

Die Vulkanausbrüche.

Die vulkanische Katastrophe in Amerika hat nun auch zerstörend auf das Festland übergegriffen. Aus Hamburg wird berichtet: Laut Meldung der „Hamb. Börsenhalle" aus Guatemala wurde die Stadt **Quezaltenango** durch ein schreckliches dreiviertel Minuten dauerndes **Erdbeben fast vollständig zerstört.** In der Stadt Guatemala ist weniger Schaden angerichtet worden, jedoch sind zwei Kirchen ziemlich beschädigt. Die Geschäfte stocken vollständig. Viel Kaffee ist verloren gegangen. — Die Stadt Quezaltenango, Hauptstadt des gleichnamigen Departements der mittelamerikanischen Republik Guatemala, zählt 27 000 Einwohner. Sie liegt am Fuße des Vulkans Santa Maria.

Auf der Insel Martinique ist fortgesetzt das schlimmste zu befürchten.

Nach Meldungen aus **Fort de France** unternahmen der Generalrat Clerk und Monseigneur Chaucel am vergangenen Freitag von Basse Pointe aus einen Aufstieg auf den Mont Pelée; sie gelangten ohne Schwierigkeit bis auf eine Höhe von 1233 Meter und stellten fest, daß der Krater einen Durchmesser von etwa 300 Meter habe; die den Krater überragende Bergspitze ist durch vulkanische Ausbrüche vollkommen untergraben und ganz in Flammen gehüllt. Clerk erzählt, daß er und sein Gefährte wiederholt von starken elektrischen Schlägen getroffen und beim Abstieg von Aschenregen überschüttet wurden.

Wie verlautet, hat der Kolonialminister in Befürchtung neuer Ausbrüche bereits Maßnahmen für die teilweise oder völlige Räumung Martiniques getroffen.

Am Dienstag und Mittwochabend war die Stadt **Fort de France** in Dunkelheit gehüllt. Die Ursache war, daß das Elektricitätswerk den Betrieb eingestellt hatte. Die Anordnung dazu war durch den Bürgermeister erfolgt, weil die Bevölkerung, in der Befürchtung, der Blitz würde angezogen werden und die Stadt in Brand setzen, gedroht hatte, andernfalls das Werk zu zerstören. Zahlreiche Personen verlassen weiter die Stadt. 6000 Flüchtlinge sind in öffentlichen Gebäuden untergebracht. Professor Jagger von der Harvard-Universität, ein bekannter amerikanischer Seismologe hat am Mittwoch Saint Pierre besucht. Er bezeichnet den Mont Pelée als den gefährlichsten Vulkan auf der ganzen Insel. Professor Jagger sagt weiter: „Es ist keine Gewißheit dafür vorhanden, daß die Verunglückten durch die Lava ums Leben gekommen sind. Sie wurden wahrscheinlich durch einen vulkanischen Tornado getötet, der eine Welle explosiver Gase mit sich führte. Es wurden keine Lapilli gefunden, wohl aber viel Staub, ähnlich dem von Pompeji." Er bestätigte ferner die Thatsache, daß der Ausbruch am Dienstag bei weitem heftiger war, als am 8. d. M. Der nördliche Teil der Insel ist jetzt vollständig verschüttet.

Ein Telegramm der Londoner „Times" aus St. Lucia berichtet, der dort von Fort de France (Martinique) mit vielen Flüchtlingen an Bord angekommene Dampfer „Helga" berichtet, daß die Einwohner von Fort de France wegen andauernden Hagels von schweren Steinen und andern Stoffen fliehen. Die „Helga" löschte eine Ladung Kohlen in Fort de France, mußte dies aber aufgeben. In Pointe a Pitre kommt eine Menge Leute aus Fort de France an, wo sie nicht bleiben können. — Ein Telegramm aus Dominica vom Dienstag meldet, ein dort angekommener Flüchtling, der für die Bevölkerung von Grande Rivière Hilfe suchte, berichtete, daß der Ausbruch der Montagne Pelée am 19. Mai schrecklich war. Die Masse der Lava war größer als am 8. Mai. Die Grande Rivière trat aus ihren Ufern, und Gebäude und Pflanzungen, die bisher noch unberührt waren, wurden zerstört.

Nach New York wird aus Martinique gemeldet: Die ganze Bevölkerung ist auf dem Wege nach Fort de France, um die Insel zu verlassen. Der französische Gouverneur hat sich auf das Kriegsschiff „Suchet" begeben. Der gestrige Ausbruch der Montagne Pelée ist bedeutend schlimmer als der frühere. Steine, die mehrere Fuß im Durchmesser haben, wurden hoch in die Luft geschleudert und fielen in Rotglühhitze in der Umgegend von St. Pierre, sowie manche kleinere Steine in Fort de France. Das Trinkwasser auf der Insel ist nunmehr ungenießbar, da es heiß ist und schlecht schmeckt.

Aus Paris meldet die „Frankf. Zeitung": Nach Mitteilung des Gouverneurs von Martinique befindet sich die Bevölkerung in wilder Panik. Die Regierungsgebäude und die Häfen sind von der Menge belagert, die Gelegenheit zur Abreise verlangt. Die Leute erklären, auf Lebensmittel und alles verzichten zu wollen, um sich ohne Aufenthalt einzuschiffen.

Aus Kingstown auf **St. Vincent** wird der „Daily Mail" vom Mittwoch telegraphiert: Ich besuchte gestern **Georgetown** (St. Vincent). Die Straßen sind völlig unter Steinen und vulkanischem Staube begraben. Die wenigen noch stehenden Häuser und drei große Zelte sind voll von Verletzten, deren Zustand zu schrecklich ist, als daß man ihn beschreiben kann; 60 Proz. werden sich nicht erholen. Hunderte von Bedürftigen erhalten Lebensmittel. Gräber von Menschen und Reste von Tieren sieht man überall. Das Land außerhalb der Stadt ist so verwüstet, daß es einer Sahara gleicht. Ueberall sind die Flüsse verschüttet. In einem Thale liegt der Staub 60 Fuß tief, die Bäume, die noch stehen, haben keine Blätter; überall liegt der Staub etwa 4 Fuß hoch.

Aus **New York** wird unterm 23. Mai gemeldet: Die Kabelverbindung zwischen Amerika und Martinique hat Donnerstagnachmittag plötzlich zu funktionieren aufgehört. Man hält dies für ein Vorzeichen weiteren Unglücks. Die Meldungen von Martinique wurden von dem Kabeldampfer „Pouzer Quertier" aus abgesandt, der auf der Höhe von Fort de France ankerte. Die Kabelgesellschaft ist der Ansicht, daß Ereignisse eingetreten sind, die das Schiff zwangen, seinen Platz zu verlassen.

* * *

Die weiteren Telegramme, welche den Ernst der Situation erkennen lassen, lauten:

Paris, 23. Mai. (W. T. B.) Der Minister der Kolonien Decrais erhielt ein von gestern datiertes Telegramm aus Martinique. In demselben heißt es, der Geheime Rath der Kolonie habe auf Befragen, ob es zweckmäßig sei, die Insel völlig oder teilweise zu räumen, einstimmig erklärt, eine solche Maßnahme würde gegenwärtig keine Berechtigung haben. Tausend Personen sind heute von Martinique nach Trinidad und Cayenne abgegangen.

Paris, 23. Mai. (W. T. B.) Dem Marineminister wurde durch ein Telegramm aus Fort de France gemeldet, daß der Ausbruch einen stetigen Charakter anzunehmen scheine.

Fort de France, 23. Mai. (W. T. B.) **Ein neuer Krater,** welcher sich oberhalb von Ajoupa Bouillon in der Nähe des Mont Pelée gebildet hat, verursacht lebhafte Beunruhigung. Das Wasser in dem Bach Capote ist plötzlich heiß geworden. Die Kreuzer „Tage" und „D'Assas" sind heute in Fort de France eingetroffen.

New York, 23. Mai. (W. T. B.) Nach einer Meldung des „New York Herald" aus Pointe-à-Pitre von gestern ergießt sich aus einem neuen Krater auf der Nordseite des Mont Pelée Lava in breitem Strome ins Meer. Ein weiterer Verlust an Menschenleben ist zu verzeichnen. Eine große Anzahl von Personen in Grande Rivière, meistens Frauen und Kinder, sind vom Lavastrom umschlossen. Hilfe scheint unmöglich. Man kann sehen, wie sie Rettung erflehen, während sich die Lava allmählich weiter verbreitet.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Internationaler Bergarbeiter-Kongreß.

Düsseldorf, 23. Mai. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung des diesjährigen internationalen Bergarbeiter-Kongresses, die von deutscher Seite vorgeschlagene Schaffung eines internationalen bergmännischen Sekretariats wurde auf Antrag der englischen Delegierten nicht erörtert; es wurde vielmehr beschlossen, da die Angelegenheit noch nicht reif erschien, sie bis zum nächstjährigen Kongreß zu vertagen, um durch das internationale Komitee eine eingehendere Vorlage ausarbeiten zu lassen. Der Reichstags-Abgeordnete Sachse erklärte dazu Namens der deutschen und österreichischen Abordnungen, daß die Verbände dieser beiden Länder sich von den internationalen Kongressen zurückhalten werden, wenn auch im nächsten Jahre kein praktisch greifbares Ergebnis erzielt werde. Als Ort für den nächsten Kongreß wurde Brüssel, für das internationale Komitee Lille gewählt.

Bergmannstod.

Osterfeld i. W., 23. Mai. (B. H.) Durch herabfallendes Gestein wurden hierselbst zwei Bergleute verschüttet. Dieselben erlitten den Erstickungstod. Die Leichen sind geborgen.

Deputiertenkammer.

Rom, 23. Mai. (W. T. B.) Bei der Beratung des Budgets des Auswärtigen führt Guicciardini aus, obwohl der **Dreibund** nicht mehr den Charakter habe, wie zu der Zeit, da er vereinbart wurde, so höre er doch nicht auf, eine Einrichtung öffentlichen Nutzens und eine Gewährleistung des Friedens zu sein; er glaube aber, daß der Dreibund sich den veränderten politischen Verhältnissen anpassen müsse und namentlich dem Uebereinkommen mit Frankreich, welches dem italienischen Empfinden entspreche. Rudini verlangt hierüber Auskunft. Barzilai begründet eine von ihm eingebrachte Tagesordnung gegen die bisher befolgte auswärtige Politik und bekämpft den Dreibund, der vom ersten Augenblick den Zweck verfolgt hätte, eine Annäherung Frankreichs an Italien zu verhindern. Die Stellung Italiens würde sich verstärken, wenn es aus dem Dreibunde ausschiede, ohne andren Bündnissen beizutreten. Wenn Italien den Dreibund erneuere, so bleibe es bezüglich Erneuerung von Handelsverträgen wehrlos.

Nach Barzilai nimmt unter der gespannten Aufmerksamkeit des Hauses Minister Prinetti das Wort. Was den Dreibund betreffe, betont der Minister, daß die jüngsten Ausführungen des Grafen Goluchowski den gegenwärtigen Stand der Dinge klar darlegten. Die drei Regierungen hätten noch nichts unterzeichnet, aber sie hätten gegenseitig den Entschluß kundgegeben, zu geeigneter Zeit an die Erneuerung des Bündnisses zu gehen. Man hat Italien eine Politik der Isolierung angeraten; der Augenblick hierzu scheine durchaus nicht gut gewählt zu sein, denn die allgemeine Tendenz gehe dahin, sich zusammenzuschließen oder alte Zusammenschlüsse noch weiter zu festigen. Nun selbst England habe seine glänzende Isolierung aufgegeben. Die Vielfältigkeit der Interessen, der Zusammenhang zwischen allen die Welt bewegenden Fragen nötigten zu solchen Einvernehmen, ohne welche Ueberraschungen immer zu fürchten wären. Was Italien angeht, so könne man zugeben, daß nach dem Einvernehmen mit Frankreich hinsichtlich des Mittelmeeres die Besorgnis, welche seinen Eintritt in das Bündnis zu bestimmen schien, ziemlich an Wert verloren habe. Man habe gegen den Dreibund die außerordentlich hohen militärischen Ausgaben und die Sorge um die Erhaltung des Friedens geltend gemacht. Was die militärischen Ausgaben anbetrifft, so sei es ganz augenscheinlich, daß, wenn jemals ein Staatsmann Italiens die Verantwortlichkeit für eine Nichterneuerung des Dreibundes übernehmen würde, seine erste Sorge darin bestehen müßte, wenn er seinen König und sein Land nicht verraten wolle, die nationale Sicherheit um den Preis der größten Opfer gegen jeden Wechsel zu schützen. Was die Sorge um den Frieden betrifft, so bilde die doppelte Gruppierung, die sich ohne gegenseitige Reibung in dem kontinentalen Europa bildete, ein Unterpfand mehr für den Frieden in Europa und in der Welt. Graf Bülow, Graf Goluchowski und Redner selbst hätten schon bei früherer Gelegenheit erklärt, daß der Dreibund, der seinem Charakter nach durchaus friedliche Ziele verfolge. Der Dreibund enthalte nichts Agressives gegen Frankreich. Hinsichtlich der Handelsverträge weist der Minister darauf hin, daß eine Verhandlung mit den beiden Verbündeten noch nicht möglich sei, da die neuen Tarife bisher weder in Deutschland noch in Oestreich-Ungarn festgestellt seien. Die drei Kabinette hätten allein principielle Ansichten austauschen können, aber die italienische Regierung lege der Sache alle Wichtigkeit bei und wende ihr alles Interesse zu. Sicher werde ihn Niemand davon überzeugen können, daß der beste Weg zu guten Handelsverträgen mit Deutschland und Oestreich-Ungarn zu gelangen, der wäre, die politischen Verträge mit denselben nicht zu erneuern.

Reform des finnischen Zollwesens.

Aus Petersburg wird der „Frankfurter Zeitung" unterm 23. Mai depeschiert: Nach Meldungen der Blätter werden voraussichtlich die jetzigen finnischen Einfuhrzölle vom 1. Januar 1904 aufgehoben und der Reichs-Zolltarif auch in dem Großfürstentum eingeführt. Eine Reform des finnischen Zollwesens und Abänderung des finnischen Zolltarifs sollen für 1904 vorgenommen werden.

Paris, 23. Mai. (W. T. B.) Etwa 800 Arbeiter der staatlichen Tabakfabrik in Reuilly beschlossen, in den **Ausstand** zu treten.

Verantwortlicher Redacteur: **Carl Leid** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin. Hierzu 2 Beilagen.

Nr. 118. 19. Jahrgang. 1. Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt. Sonnabend, 24. Mai 1902.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 23. Mai 1902.

Stetiges Schwanken zwischen Hoffnungen und Befürchtungen charakterisierte auch in letzter Woche wieder die Börse, angepaßt der draußen herrschenden Witterung mit ihrem schnellen Wechsel zwischen Sonnenschein, Regen und Hagelfall. Mit Bangen richtet sich der Blick bald auf die Londoner Meldungen über die Friedensverhandlungen und den Stimmungswiderhall, den diese am Londoner Minenmarkt wecken, bald nach der New Yorker Wallstreet, von woher man trotz der relativ günstigen Nachrichten in letzter Woche neue, schlimmere Ueberraschungen befürchtet, und je nachdem, ob die Anzeichen für größere Berechtigung der Friedenshoffnungen oder der bösen Ahnungen sprechen, wechselt auch an der Berliner Börse die schwächere mit der festeren Haltung ab. Im ganzen war der Geschäftsverkehr auch in letzter Woche wieder recht still bei durchschnittlich ziemlich fester Grundtendenz, wenn es auch auf den einzelnen Gebieten nicht an mancherlei Schwankungen fehlte. So erhöhten z. B. am Sonnabend Kohlenaktien, vornehmlich der Konsolidation, zumeist ihre Kurse, teils auf günstige Versandmeldungen aus dem Ruhrkohlenrevier hin, teils weil man in einigen Börsenkreisen der Ansicht zuneigte, daß die Aussichten für eine Erneuerung des Kohlensyndikats auf breiterer Grundlage sich gebessert haben. Als dann aber vorgestern der Monatsausweis der Hibernia und der Bericht des Gelsenkirchener Bergwerks bekannt wurde, von denen der erstere im April nur einen Ertrag von 646 348 M. nachweist gegen 801 153 M. im April vorigen Jahres und 923 379 M. in 1900, erlitten die Kohlenaktien größtenteils Abschläge, die sie ungefähr wieder auf den Stand am Freitag voriger Woche zurückbrachten. Und diese Abwärtsbewegung griff auch, unterstützt durch die Nachricht von der Auflösung der westfälischen Schrotteinkaufs-Vereinigung, auf den Eisenaktienmarkt über. Auch der Bahnaktienmarkt zeigte verschiedenerlei Schwankungen. Nachdem am Sonnabend die meisten Bahnaktien, darunter besonders die Aktien der österreichisch-ungarischen Staatsbahn, angezogen und nur Lombarden und Kanada-Pacific-Aktien — letztere in Parität mit New York — Abstriche erlitten hatten, schnellten am Mittwoch im Anschluß an New Yorker Notierung Kanada Pacific-Aktien in raschen Sprüngen um mehr als 5 Proz. empor, während gestern wieder ein fast allgemeiner Abschlag der Bahnaktien eintrat, von der nur auf Londoner Kursmeldungen hin Kanada Pacific-Aktien sich späterhin ziemlich zu erholen vermochten.

Wie die Meldungen über Arbeitsentlassungen und Einlegung neuer Feierschichten im Ruhrkohlen-Revier sowie die schon erwähnten Ausweise der „Hibernia" und der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft beweisen, ist in den rheinisch-westfälischen Bezirken nur wenig von der Besserung des Kohlengeschäfts zu spüren, die von den Zecheninteressenten seit langem verkündet wird. Die Darlegungen der Delegierten in der während der letzten Tage in Essen abgehaltenen Generalversammlung des deutschen Bergarbeiter-Verbandes bestätigen völlig, was die letzten Nummern der „Bergarbeiter-Zeitung" über die dortigen Arbeitsmarkts-Verhältnisse berichteten. Nicht nur haben seit ungefähr acht Wochen die Arbeiterentlassungen zugenommen, auch die Lohnreduktionen mehren sich, und der Dortmunder Delegierte konnte konstatieren, daß während verschiedentlich die Schichtdauer durch vorzeitigen Beginn und Schluß der Einfahrt und Verzögerung der Ausfahrt verlängert wurde, andrerseits die Löhne mehrfach um 1—1,20 M. pro Arbeitstag gefallen sind. Jetzt werden von verschiedenen Zechen des Gelsenkirchener Rayons neue Lohnreduktionen gemeldet, speciell von der Zeche Hibernia, während auf andern Zechen Lohnherabsetzungen für die nächste Zeit angekündigt wurden. Sind diese Maßnahmen der Grubenverwaltungen auch zum Teil nur auf das Bestreben zurückzuführen, den Arbeitern die geringe Verbesserung der Lebenshaltung, die diese während der vergangenen Prosperitätsjahre errungen haben, wieder abzuzwacken, so muß doch andrerseits zugegeben werden, daß, abgesehen von wenigen begünstigten Zechen, die allgemeine Lage des Ruhr-Kohlenbaues noch immer recht viel zu wünschen übrig läßt. Zwar hat sich seit Anfang April der Versand nach Belgien und Holland beträchtlich gehoben, und wie es gestern an der Börse hieß, soll das Kohlensyndikat neuerdings einen weiteren größeren Auftrag auf Fettkohlen aus dem Auslande erhalten haben, dafür aber bleibt der Verbrauch der deutschen Eisenindustrie weit hinter den Erwartungen zurück.

Im Gegensatz zu dieser sich aus den Berichten der Arbeiter-Fachpresse wie der Monatsausweise der größeren Bergwerks-Gesellschaften ergebenden Sachlage, bemüht sich seit einiger Zeit die mit dem Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat liierte Presse eifrigst, die Absatzverhältnisse des Syndikats, besonders der diesem angehörenden Gas- und Gasflammkohlen-Zechen als recht günstige zu schildern, nur betreffs der Magerkohlen-Zechen wird eine mißliche Geschäftslage zugegeben. Entsprächen diese in die Oeffentlichkeit lancierten Angaben den Thatsachen, sie würden um so lauter gegen das Vorgehen der Grubenverwaltungen sprechen; denn wenn der Absatz sich dermaßen gehoben hat, wären Arbeiterentlassungen und Lohndrückereien erst recht nicht angebracht. Thatsächlich aber dürfte es sich bei den rosigen Schilderungen lediglich um Stimmungsmache handeln — einmal zu dem Zwecke, erneuten Kursrückgängen der Kohlenaktien entgegenzuwirken, vor allem wohl aber, um den außerhalb des Syndikats stehenden Zechen den Beitritt zu diesen als vorteilhafter hinzustellen. Wenigstens müssen, um die schönen Schilderungen glaubhaft erscheinen zu lassen, noch ganz andere Belege beigebracht werden, als die Zusammenstellung des Kohlen-, Coaks- und Brikett-Versands in der ersten Hälfte des Mai, welche die Verladungen bei zwölf Arbeitstagen auf 193 417 Doppelwaggons beziffert gegen 210 951 Doppelwaggons bei dreizehn Arbeitstagen in der ersten Hälfte des Mai im vorigen Jahre.

Die Herren Agrarier setzen die Taktik, die sie in der letzten Sitzung des Reichstags vor den Pfingstferien praktizierten, jetzt mit gleicher Ungeniertheit in der ihnen zur Verfügung stehenden Presse fort. Unter den seltsamsten Vorwänden plaidieren sie für eine Hinausschiebung der Beschlußfassung über den Beitritt zur Brüsseler Zuckerkonvention bis zum Herbst, um in der Zuckergesetz-Vorlage ein Pressionsmittel zu erhalten zur Durchsetzung einer Neuregelung der Spiritusbesteuerung, die ihren Wünschen entspricht. Zur Empfehlung dieser Verschleppung wissen sie bald von dieser, bald von jener Gefährdung zu erzählen, die angeblich der deutsche Zuckerabsatz nach dem Auslande durch die Bestimmungen der Brüsseler Konvention erleiden soll. So entdeckte neulich die „Agrarkorrespondenz", und die „Deutsche Tageszeitung" betete es in bekannter Sachverständigkeit getreulich nach, daß Ostindien bei einiger Anstrengung in der Lage sei, allein den englischen Bedarf zu decken und den deutschen Rübenzucker vom englischen Markt zu verdrängen.

Ein recht kurioses Argument. Selbst in diesem relativ günstigen Jahr wird die Gesamtproduktion Ost-Indiens kaum 3 Millionen Tonnen überschreiten; in Bengalen, das ungefähr drei Zehntel der Gesamtausbeute liefert, schätzt man nach den neuesten Berichten für 1902 den Ertrag auf ungefähr 1 714 300 Tonnen gegen 1 622 840 Tonnen im Vorjahre, zu welchem Quantum noch etwas über eine Viertelmillion Tonnen Palmenzucker hinzukommt. Und diese Produktion reicht bei weitem nicht aus, um auch nur allein den Verbrauch der einheimischen indischen Bevölkerung zu decken. Obgleich seit 1894 die britisch-ostindische Regierung wieder einen Einfuhrzoll von 5 Proz. des Wertes erhebt und ferner seit 1899 Ausgleichszölle für Zucker aus solchen Ländern eingeführt hat, die Ausfuhrprämien gewähren, hat die Zuckereinfuhr Ostindiens aus dem indischen Archipel, Mauritius und Europa stetig zugenommen, während die Ausfuhr immer bedeutungsloser geworden ist. Letztere betrug in 1900/01 nur noch 297 000 englische Centner, die Einfuhr hingegen 5 276 000 Centner.

Allerdings rechnet die „Deutsche Agrar-Korrespondenz" auf eine Vergrößerung der Zuckerrohr-Anbaufläche und ferner auf eine Steigerung der Ertragsfähigkeit von 2,4 Tonnen auf 4 Tonnen pro Hektar, indem sie auf Kuba hinweist, wo sogar 8—10 Tonnen pro Hektar gewonnen werden. Aber die Anbau- und Bodenverhältnisse Kubas und Ostindiens sind grundverschiedene. Während auf Kuba das Zuckerrohr auf großen Plantagen gebaut wird, wird es in Ostindien auf kleinen Feldparzellen vom indischen Kleinbauer angebaut, und zweitens fehlt es in den meisten indischen Distrikten an Dünger, an Wasser zur Bewässerung und an der nötigen Luftfeuchtigkeit: ein Umstand, der den indischen Bauer dazu zwingt, zumeist kleines dichtstehendes, weniger ertragreiches Zuckerrohr anzubauen, um das Austrocknen des Bodens durch eindringende heiße Luft möglichst zu verhüten. In seinem Werk über die Zuckerindustrie und den Zuckerhandel der Welt kommt denn auch Professor Paasche, dem man schwerlich Voreingenommenheit gegen die Interessen der deutschen Zuckerproduzenten nachsagen kann, auf Grund seines Studiums der amtlichen indischen Berichte zu dem Schluß: „Diese amtliche Kundgebung, der eine absichtliche Schwarzmalerei ganz gewiß ferngelegen hat, zeigt, daß die oft gehörten schönen Redensarten von der enormen Produktionskraft des tropischen Klimas, speciell in Indien, eine sehr erhebliche Einschränkung für die Zuckerkultur erfordern . . . Darum sind weite zusammenhängende Ländermassen mit kontinentalem Klima, wie Ostindien, nur in beschränkten Distrikten zu lohnendem Anbau des Rohres im stande."

Und wie mit dieser Furcht vor dem ostindischen Zucker steht es mit der von den agrarischen Blättern in letzter Zeit aufgestellten Behauptung, der westindische Rohrzucker werde nach dem Anschluß Deutschlands an die Brüsseler Konvention mit dem deutschen Zucker auf dem englischen Markt in scharfe Konkurrenz treten; denn in den Vereinigten Staaten nehme die Rübenzuckerproduktion ständig zu, damit aber drohe Kuba der Verlust seines Absatzmarktes in der Union, der es zum Export nach Europa zwinge werde. Richtig ist, daß speciell die Rübenzucker-Industrie der Vereinigten Staaten sich schnell vergrößert hat; sie lieferte in 1892 erst 12 000, in 1901 bereits 124 859 Tons Zucker; immerhin betrug die Gesamtproduktion der Union an Rohr- und Rübenzucker im letzten Jahre nur rund 417 000 Tonnen, und selbst wenn man die Einfuhr von den amerikanischen Kolonien (Hawaii, Philippinen, Portorico) hinzurechnet, ergeben sich noch nicht 800000 To., während der Konsum der Union sich auf 2 372 316 Tonnen stellte. Beinahe zwei Drittel ihres Bedarfs mußten also die Vereinigten Staaten von fremden Ländern importieren, und zwar kam über ein Drittel dieses Fehlbetrages von Kuba, dessen gesamte Zuckerausfuhr fast ausschließlich nach der Union ging. Selbst wenn die Produktion der Antillen-Perle in den nächsten Jahren noch bedeutend zunehmen sollte — für das laufende Jahr rechnet man auf eine Ausbeute von ca. 800 000 Tonnen —, findet Kuba vorläufig in den Vereinigten Staaten noch einen Markt, der mit Leichtigkeit seinen ganzen Export aufzunehmen vermag, wenn auch infolge der Konkurrenz andrer zuckerproduzierender Länder und der Herrschaft des Zuckertrustes vielleicht zu Preisen, die oft eben nur die Produktionskosten decken mögen.

Uebrigens wird schließlich trotz des Widerstandes der Rübenzuckerproduzenten die Vereinigte Staaten-Regierung sich doch zu einer größeren Zollermäßigung auf kubanischen Zucker verstehen müssen, als zu der von der sogen. „Kommission für Mittel und Wege" vorgeschlagenen 20prozentigen Reduktion; denn an der Rentabilität der kubanischen Zuckerproduktion hat innerhalb der Union nicht nur allein der Zuckertrust ein Interesse, sondern auch jener nicht kleiner Teil amerikanischer Kapitalisten, der in anderen kubanischen Werten, in industriellen Unternehmungen, in Eisenbahnen, Schiffahrtsbetrieben, Staatsschuldenscheinen 2c. sein Geld angelegt hat.

Unter diesen Verhältnissen ist es recht wenig überzeugend, wenn zur Erhaltung ihrer Liebesgabe die Agrarier von einer zu erwartenden Verdrängung des deutschen Rübenzuckers durch kubanischen Rohrzucker vom englischen Markt sprechen, falls Deutschland sein Prämiensystem fallen lasse. Nach und nach wird zwar voraussichtlich auch der Kolonialzucker auf dem englischen Markt wieder größeren Absatz finden, aber bis dahin wird aller Wahrscheinlichkeit nach der jetzige geringe Zuckerkonsum in Deutschland selbst sich dermaßen gehoben haben, daß der Minderabsatz nach dem Ausland durch den Mehrbedarf des Inlandes reichlich ausgeglichen wird. Dagegen würde unbedingt die von den Agrariern empfohlene Ablehnung der Brüsseler Beschlüsse nur den Erfolg haben, daß England den deutschen Rübenzucker mit Ausgleichszöllen von 6—7 M. pro Centner belegen würde, die den englischen Markt erst recht dem deutschen Zucker verschließen und dem Kolonialzucker die Konkurrenz erleichtern würden.

Seit Jahren hat Deutschland an dem englischen Zuckerimport den größten Anteil, und diese Stellung wird es noch für längere Zeit behaupten. Auch in den eben beendeten vier ersten Monaten des laufenden Jahres ist nach der englischen Statistik die Zuckereinfuhr aus Deutschland wiederum gestiegen. An raffiniertem und Kandiszucker wurden nach Großbritannien in den ersten vier Monaten 1902 insgesamt 9 188 043 engl. Centner gegen 8 976 173 in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres eingeführt. Davon gingen ein aus Deutschland 6 234 868 Centner (1901: 4 655 369), aus Frankreich 1 749 106 Centner (2 908 935), aus den Niederlanden 1 105 814 (1 092 781) und aus Belgien 88 752 Centner (309 437). Der Import aus Deutschland ist demnach gegen das Vorjahr um 1 579 499 Centner oder um fast 34 Proz. gestiegen.

Die Einfuhr von Rohzucker nach Großbritannien erreichte in den Monaten Januar bis April d. Js. eine Menge von 6 502 596 gegen 7 169 553 Centner in denselben Monaten 1901. Daran war Deutschland beteiligt mit 3 184 207 Centner (1901: 2 205 277), Frankreich mit 1 328 816 Centner (2 727 696), Argentinien mit 488 912 Centner (238 371) und Belgien mit 338 701 Centner (917 152). Die Zunahme bei der Einfuhr aus Deutschland beträgt hiernach 978 930 Centner oder 44 Proz.

Tat.

Generalversammlung des Verbandes der Porzellanarbeiter.

Sitzung vom 23. Mai.

Eine kurze Diskussion ruft ein Antrag des Vorstandes hervor, durch den der Vorstand ermächtigt wird, in dringenden Fällen die Erhebung von Extrasteuern auf die Dauer von längstens 13 Wochen anzuordnen. Der Antrag wird angenommen. — Dann wird über die das Schiedsgericht betreffenden Anträge verhandelt und die Frage, wie weit dessen Befugnisse gehen sollen, eingehend diskutiert. Es wird beschlossen, diese Institution in Zukunft als „Beschwerdekommission" zu bezeichnen. Es wird ein Antrag Berlin II nebst einem Zusatzantrag angenommen, durch den die Kompetenz der Beschwerdekommission darauf beschränkt wird, Beschwerden über die Beschlüsse des Vorstandes betreffend Karenzzeit, Unterstützungsberechtigung, Unterstützungshöhe und Unterstützungsdauer zu entscheiden. Ueber Differenzen, Differenzunterstützungen, Sperren, Agitation, taktische und praktische organisatorische und Verwaltungsfragen hat die Beschwerdekommission nicht zu entscheiden. — Des weitern kommen mehrere Anträge zum Unterstützungsreglement zur Verhandlung. Außer einer vom Vorstand beantragten Bestimmung, wonach die Unterstützung davon abhängig gemacht wird, daß die Beiträge für mindestens 52 Wochen entrichtet sind und diese 52 Wochen bei Eintritt der Stellungslosigkeit abgelaufen sind, wurden keine wesentlichen Aenderungen beschlossen. Hinsichtlich des Beihilfefonds werden einige Beschlüsse gefaßt, die statutengemäß der Mitgliederabstimmung unterliegen. Die Anträge auf Herabsetzung und Erhöhung der Altersgrenze für die Aufnahme im Beihilfefonds wurden abgelehnt, so daß diese auf dem 35. Lebensjahre belassen wurde.

In der Nachmittagssitzung wurde bezüglich des Beihilfefonds ferner beschlossen, die Karenzzeit von 13 auf 26 Wochen zu erhöhen und die Bestimmung getroffen, daß die Beihilfe einschließlich der Leistungen aus Krankenkassen den Durchschnittsverdienst der Mitglieder im letzten Jahre nicht übersteigen darf. Sodann kommt der Punkt Agitation zur Verhandlung. Der Referent Hoffmann-Ilmenau führt aus, daß es notwendig sei, mehr als bisher auf diesem Gebiete zu leisten und größere Mittel dafür aufzuwenden. Er begründet eingehend den Antrag, das Verbandsgebiet in Gaue einzuteilen und besoldete Gauleiter anzustellen. Besonders weist der Redner auf die Notwendigkeit der Agitation unter den Arbeiterinnen hin. — Wollmann als Korreferent führt aus, daß die Zersetzungsarbeit innerhalb der Organisation in letzter Zeit die Agitation behindert habe, und daß es vor allem auf die Kleinarbeit, auf die Agitation der Mitglieder selbst ankomme. Die Frauenagitation leide oft darunter, daß zwischen gelernten Arbeitern und den Arbeiterinnen ein Klassenunterschied gemacht werde. Man müsse die Arbeiterinnen als gleichberechtigt behandeln, in den Versammlungen mehr Rücksicht auf sie nehmen. Die Gaueinteilung mit besoldeten Gauleitern einzuführen, hält Redner nicht für vorteilhaft. Die Einteilung in Agitationsbezirke sei beizubehalten. — Nach längerer Diskussion wird die Einteilung in Gaue abgelehnt. — Angenommen wurde ein Antrag, der dem Vorstand das Recht giebt, über eventuelle Aufnahme und Aufnahmebedingungen für Streikbrecher nach Empfehlung seitens der Zahlstellen zu beschließen. — Des weiteren wurde beschlossen, daß Mitglieder, die sich wissentlich unrechtmäßig in den Besitz von Unterstützungen setzen, ausgeschlossen werden, und solchen, die das wissentlich begünstigen, ein Jahr Strafkarenz auferlegt wird. —

Kongreß der Steinarbeiter Deutschlands.

Leipzig, den 22. Mai 1902.

Es wurden die Unterstützungs-Einrichtungen debattiert. Die Redner verlangten Arbeitslosen- und Kranken-Unterstützung, sowie Gewährung von Sterbegeldern. Die Arbeitslosen-Unterstützung wurde abgelehnt und folgende Resolution angenommen:

Der Kongreß erkennt an, daß die Arbeitslosen-Unterstützung am nötigsten und principiell geeignetsten für die Organisation ist. Nur die Ermangelung statistischer Unterlagen, ferner die damit verbundenen finanziellen Schwierigkeiten und die ungünstige wirtschaftliche Konjunktur lassen es zur Zeit nicht ratsam erscheinen, dieselbe einzuführen. Die Centralleitung wird beauftragt, bis zum nächsten Kongreß Maßnahmen zu treffen, die die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung ermöglichen.

Sodann wurde die Einführung der Krankenunterstützung mit 35 gegen 7 Stimmen beschlossen. An Stelle der Kilometergelder wurde beschlossen, für die Reise-Unterstützung Tagegelder einzuführen.

In der Nachmittagssitzung wurde über das Streikregulativ debattiert. Es wurde beschlossen, die Maßregelungs-Unterstützung wie bei Streiks auf die Dauer von vier Wochen zu bezahlen. Alle für den Streik von andren Gewerkschaften aufgebrachten Gelder sind bei der Geschäftsleitung in Anrechnung zu bringen. Die Streikunterstützung ist mit Einschluß der Wochenfeiertage zu zahlen. Die Formulierung der Streikbestimmungen wurde einer Kommission übertragen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Der Wahlverein hält am Dienstag, den 27. Mai, abends 8½ Uhr, in Dräsels großem Festsaal, Neue Friedrichstr. 35, eine öffentliche Versammlung ab, in welcher der Genosse Ed. Bernstein das Referat übernommen hat. Das Thema lautet: „Der politische Massenstreik in Belgien und Schweden und das preußische Landtags-Wahlrecht". Frauen haben Zutritt.

Tegel. Montagabend 8 Uhr findet in den Trappschen Festsälen eine Volksversammlung statt. Genossin Emma Ihrer spricht über den Kampf ums Recht.

Lokales.

Rückgang des Weißbiertrinkens in Berlin. Bekanntlich sind die Zeiten, wo in den Berliner Wirtshäusern fast nur Weißbier zu haben war, vorbei. Verschwunden ist damit auch der größte Teil der einst für Berlin charakteristischen Weißbierlokale, in denen unsre Vorfahren bei der schäumenden und prickelnden „Goldgelben" an weißgescheuerten Tischen „gemütlich beieinander saßen". Das „moderne" Berlin hat auch dieses sowie manches andre typische Bild vergangenen Volkslebens hierselbst mit rauher Hand zerstört. Von den früheren zahlreichen „Weißbierstuben" haben sich vielleicht nur noch drei oder vier in ihrer ursprünglichen Gestalt in das heutige Berlin hinübergerettet. Trotzdem aber haben auch diese ehrwürdigen Lokale dem Zeitgeist sich anpassen müssen, indem dortselbst neben der „Blonden" auch Bayrisch-Bier ausgeschänkt wird. . . Der eigentliche Rückgang des Weißbiertrinkens in Berlin ist erst neueren Datums. Als vor mehreren Jahren die Qualität der Berliner Bayrisch-Biere bedeutend zunahm und viele Gastwirte dazu noch ein ⅓0 Literglas Bier, „direkt vom Faß", für 10 Pf. dem Publikum offerierten, da wurde die „kühle Blonde" wesentlich zurückgedrängt. Selbst der heutige Berliner Budiker, der immer einen kleinen aus Handwerkern und Arbeitern bestehenden Stamm von Weißbiertrinkern bis noch vor wenigen Jahren hatte, schänkt jetzt nicht einmal die Hälfte mehr von dem Quantum aus, das er vor ungefähr 5 Jahren umsetzte. . . . Wenn nun auch eine Verringerung des Konsums an Weißbier im engeren Berlin wirklich eingetreten ist, so bedeutet diese Thatsache doch trotzdem nicht einen wirtschaftlichen Verlust für die betreffenden Brauereien. Hat der Verbrauch an Weißbier in Berlin wohl abgenommen, so sind dafür die Bewohner der aufblühenden hauptstädtischen Vororte desto größere Freunde des Weißbiers geworden. Der Verbrauch daselbst hat sich im verflossenen Jahr im Vergleich zu mehreren vorhergegangenen über das Doppelte gesteigert und somit die Produktivität des Berliner Weißbiers um nichts beeinträchtigt. . . . Immerhin wird die „kühle Blonde" in Berlin niemals aussterben. Sie bildet bekanntlich zumeist jetzt, mit dem Beginn der wärmeren Tage, ein erfrischendes und bekömmliches Getränk, das selbst der eingefleischte Bayrischbier-Trinker häufig nicht verschmäht.

Die Hausportiers werden, wohl dank ihrer ungenügenden Organisation, von den Berliner Hauswirten zum Teil unter Bedingungen eingestellt, die das Menschenmöglichste an Ausnutzung und ungenügender Entlohnung bieten. Vor uns liegt ein Vertrag, den ein Herr M., der Besitzer einer ganzen Anzahl Mietshäuser, einem Schlosser zur Unterschrift vorlegte. Nach diesem Vertrage erhält der Portier gemeinsam mit seiner Frau 20 Mark Wochenlohn, wofür folgende Arbeiten zu leisten sind: Die Frau hat in vier großen, in der Friedrichstraße belegenen Häusern die Hausreinigung zu besorgen; eingeschlossen ist hierin die Reinigung der Höfe und die des Privatcomptoirs. Ausdrücklich ist in dem Vertrag auch das Arbeiten am Sonntag vorgesehen. Der Mann hat sich ferner insbesondere zur Bedienung der Fahrstühle, zu Reparaturen an den Gas- und Wasserleitungen, sowie an den elektrischen Anlagen nicht allein in den genannten vier Häusern, sondern auch noch in vier in der Nürnbergerstraße, Birkenstraße, Fransseckstraße, sowie Akazienallee auf Westend belegenen Häusern zu verpflichten, desgleichen zur Bedienung der Centralheizungen und zu Reparaturen daran, ferner zur Bedienung der Pumpe eines Motors

der Filteranlage, sowie zu deren Instandhaltung. Damit noch nicht genug, hat er Sonntags und Wochentags das Anzünden und Auslöschen des Gases in sämtlichen Häusern zu besorgen. Wie ein einzelner Mann selbst bei Benutzung aller modernen Verkehrsmittel die zu derartigen Arbeiten erforderliche Rundreise durch Groß-Berlin täglich erledigen soll, wird in dem Vertrage nicht gesagt. Damit aber dem Hausbesitzer von der trotz allem etwa noch übrigbleibenden Zeit des Angestellten kein Augenblick verloren gehe, hat der Mann sich weiter zu verpflichten, erstens allen Anordnungen der Hausverwaltung pünktlich Folge zu leisten, zweitens aber über die von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends festgesetzten Dienststunden hinaus auf Verlangen oder „wenn die Umstände es erfordern" ohne besondere Entschädigung auch länger zu arbeiten. Unter solchen Umständen zeugt es von einem gewissen Mitleid, daß im Kontrakt wenigstens tägliche Kündigung vorgesehen ist.

Aus der Magistrats-Sitzung vom Freitag. Zum Sachverständigen für Grundstücks-Abschätzungen bei dem städtischen Pfandbriefamt ist an Stelle des verstorbenen Stadt-Bauinspektors Baurat Schmidt der Stadt-Bauinspektor bei der städtischen Feuer-Societät Baurat Haack vom Magistrat gewählt worden; zum Bauinspektor bei der Feuer-Societät wurde der Stadt-Bauinspektor Weber gewählt.

Merkwürdige Submissionsblüten. Die städtische Deputation für die Rieselfelder hatte kürzlich 16 000 Festmeter Bauholz 2c. zum Verkauf gestellt. Es gingen darauf 10 Gebote ein. Die Berliner Firma F. M. gab das niedrigste Gebot mit rund 46 000 M. und eine andre Berliner Firma F. u. C. das Höchstgebot mit 115 500 M. ab, während die Firma B. in Zerpenschleuse rund 102 000 M. bot. Die Submission verlief ergebnislos. Bei der zweiten Ausschreibung gab das Höchstgebot die Firma B. in Zerpenschleuse mit 131 000 M. ab, ebensoviel bot die Aktiengesellschaft für Holzwarenverwertung. Das niedrigste Gebot von 88 000 M. rührte von der Firma E. S., Charlottenburg her, die auch bei der ersten Ausschreibung nicht mehr geboten hatte.

Postsendungen ohne Adresse. 77 280 Postsendungen ohne jede Aufschrift oder Adresse sind nach amtlicher Mitteilung im letzten Jahre innerhalb des Reichs-Postgebietes aufgeliefert worden. Nahezu zwei Drittel dieser Sendungen oder 50 580 Stück waren Ansichtskarten ohne Adresse. Weil die Adresse mangelhaft oder unvollständig war, konnten weitere 250 600 Stück, d. i. mehr als ¼ Million Postsendungen, nicht an den Empfänger gelangen. Auch hier entfällt wiederum der Löwenanteil auf die Ansichtskarten mit 145 370 Stück. Ein großer Teil der endgiltig unbestellbar gebliebenen Sendungen hat ferner aus dem Grunde den Absendern nicht wieder zugestellt werden können, weil diese unterlassen hatten, ihre Adresse in oder auf den Sendungen anzugeben. Es waren dies nicht weniger als 888 400 Stück, das sind 66,8 Proz. der Gesamtzahl der unbestellbar gebliebenen Sendungen. Die Postverwaltung richtet deshalb an die Briefschreiber in deren eigenem Interesse die Mahnung, die Adresse so deutlich und vollständig als möglich ihren Sendungen beizufügen.

Neues Bauland wird wieder im Osten der Stadt, zwischen Vorhagener, Warschauer, Romintener und Litthauer Straße, erschlossen. Die Verbindungsstraße zwischen Vorhagener und Romintener Straße, die zu diesem Zweck im vorigen Jahre nachträglich in den Bebauungsplan aufgenommen worden war, kommt jetzt zur Ausführung. Das ausgedehnte, bisher noch unbebaute Gelände, über das sie hinweggeführt wird, soll nur mit Häusern für kleine Wohnungen bebaut werden. Die Arbeiten zur Durchlegung der neuen Straße sollen so rasch gefördert werden, daß noch in diesem Sommer mit den Wohnhausbauten begonnen werden kann. Bei dieser Gelegenheit wird auch die Vorhagener Straße reguliert. Sie wird verbreitert, aufgehöht und gepflastert, so daß der alte Weg nach Vorhagen, der an dieser Stelle noch viel von der ehemaligen Landstraße bewahrt hatte, fortan auf der ganzen Strecke bis zur Weichbildgrenze das Aussehen einer Großstadtstraße haben wird.

Das neue Ortsstatut, betreffend die Anstellung der Kommunalbeamten, ist unterm 3. Mai vom Oberpräsidenten von Bethmann-Hollweg bestätigt worden und nunmehr in Kraft getreten. In der neuesten Nummer des „Gemeinde-Blatt" veröffentlicht der Magistrat dieses Ortsstatut.

Ist das Singen in Gastwirtschaften innerhalb der Polizeistunde strafbar? Diese Frage soll jetzt auf richterlichem Wege entschieden und wenn nötig, bis in die höchste Instanz verfolgt werden. Veranlassung hierzu gab ein Vorgang, der sich kürzlich in einem Restaurant in der Pappel-Allee abspielte. Wie in der letzten Versammlung des Vereins Berliner Restaurateure mitgeteilt wurde, kam in jene Wirtschaft abends 9 Uhr eine kleine Gesellschaft, die nach Klavierbegleitung einige Lieder sang. Der diensthabende Polizeibeamte des Bezirkes soll das Singen untersagt und als seiner Weisung nicht Folge gegeben wurde, das Lokal sogar noch vor Eintritt der Polizeistunde geschlossen haben. Der Wirt erhielt ein Strafmandat über 30 Mark, hat aber Berufung eingelegt. Da polizeilicherseits das Klavierspielen und Singen in einer Kneipe vielfach als eine „Aufführung" angesehen und daher untersagt wird, so soll diese Frage nunmehr durch den höchsten zuständigen Gerichtshof geklärt werden. Der oben berührte Fall wird durch den Verein Berliner Restaurateure durchgefochten werden.

Das städtische Arbeitshaus in Rummelsburg hatte in den Monaten Januar bis inkl. März d. J. einen Zugang von 498 männlichen und 64 weiblichen Korrigenden aufzuweisen, welchem ein Abgang von 210 männlichen und 56 weiblichen Korrigenden gegenübersteht. Am 31. März befanden sich in der Anstalt 1405 männliche und 148 weibliche, zusammen 1553 Korrigenden (gegen 1257 männliche, 140 weibliche am 31. Dezember 1901). — Ferner befanden sich am 31. März auf Grund des Fürsorgegesetzes 15 jugendliche Mädchen in einer besonders eingerichteten, von den andren Korrigenden vollständig getrennten Fürsorge-Erziehungsabteilung.

Im Hospital des Arbeitshauses wurden am 31. März 559 Hospitaliten (451 Männer, 108 Frauen) verpflegt, gegen 556 am 31. Dezember 1901.

Während der 3 Monate Januar bis März befanden sich im Arbeitshause durchschnittlich täglich 1384 Korrigenden und 569 Hospitaliten. Es waren mithin im Durchschnitt täglich 1953 Personen außer den auf Grund des Fürsorgegesetzes der Anstalt überwiesenen jugendlichen Mädchen zu verpflegen.

Herr Langerhans im Prozeß Jacobi. Die „Berliner Ztg." schreibt:

„Herr Stadtverordneten-Vorsteher Langerhans sollte am vorigen Freitag in dem Prozeß Jacobi—Bernhard nach dem uns zugegangenen Bericht auf die Frage, ob ihm ein gewisser Artikel der „Berliner Zeitung" bekannt sei, die Antwort gegeben haben: „Nein. In der „Berliner Zeitung", die vielfach schwere Angriffe gegen die Stadtverordneten-Versammlung richtet, steht sehr viel, was nicht wahr ist." Wir haben daraufhin an den Herrn Stadtverordneten-Vorsteher die briefliche Anfrage gerichtet, auf welche Thatsachen er diesen aus dem Munde eines Parteigenossen doppelt kränkenden Vorwurf stütze. Herr Dr. Langerhans erwidert uns darauf, daß sich Frage und Antwort nicht auf die „Berliner Zeitung" bezogen hätten. Er schließt mit den Worten: „Ich bin ganz sicher, da ich noch nie eine tadelnde Kritik über die „Berliner Zeitung" mir erlaubt habe; im Gegenteil, ich lese die „Berliner Zeitung" sehr gern und oft mit großer Befriedigung."

Ein Dummerjungenstreich. Einem argen Unfug, über den wir anfangs dieses Monats berichteten, hat jetzt die Polizei ein Ende gemacht. An den Wasserstandsröhren, die die städtischen Wasserwerke am Müggelsee zur Vorbereitung der Anlage von Tiefbrunnen an einigen hundert Stellen von Friedrichshagen bis nach Erkner hin eingebohrt haben, wurden vielfach die eisernen Verschlußkapseln abgebrochen, die Rohre selbst wurden mit Steinen angefüllt und verunreinigt. Nach längeren erfolglosen Bemühungen gelang es jetzt dem Polizeibeamten Sackwitz aus Wilhelmshagen, die Verüber dieses Unfugs abzufassen. Es sind sieben junge Burschen im Alter von 14 bis 16 Jahren aus Rahnsdorf.

Erschossen hat sich am 21. d. M., früh, in einem Gasthof in Annaberg i. S. ein am Tage zuvor von Chemnitz dort zugereister, wahrscheinlich aus Berlin kommender unbekannter Mann, dessen Persönlichkeit sich nicht feststellen ließ. Der Unbekannte ist etwa 1,75 Meter groß, 50—55 Jahre alt, schlank und von ziemlich kräftigem Körperbau, hat graumeliertes, nach hinten gekämmtes, dünnes Haar, blaue Augen, grauen Schnurrbart und ebensolchen Kinnbart, sogenannten Künstlerbart, schadhafte Zähne und an den Knöcheln der Finger Verdickungen. Er trug schwarzen Kammgarnanzug, kaffeebraunen Sommerüberzieher, schwarzen weichen Filzhut mit grünem Futter aus der Firma Leopold Stacke, Charlottenburg, in den Taschen eine goldene Ankeruhr mit Messingkapsel und ein Portemonnaie mit 55 M. Inhalt. Angehörige können sich bei dem Stadtrat in Annaberg i. S. oder bei der hiesigen Polizei melden.

Wegen Straßenraubes ist der 22 Jahre alte Arbeiter Max Zimmermann aus der Landsberger Allee 36 verhaftet worden. Als Zimmermann sich vorgestern abend auf dem Heimwege befand, traf er in der Landsbergerstraße einen jungen Mann, der in derselben Richtung ging, diesem schloß er sich an, nachdem er ihn nach der Zeit gefragt hatte. In der Landsberger Allee veranlaßte er seinen Begleiter, mit dem er sich scheinbar ganz harmlos unterhalten hatte, noch einmal nach der Uhr zu sehen. Nun griff er rasch zu, entriß ihm Uhr und Kette und gab ihm einen Stoß vor die Brust, daß er taumelte und zu Boden fiel. Der Beraubte raffte sich aber bald wieder auf, verfolgte den Räuber und machte eine Schutzmannspatrouille auf ihn aufmerksam. Diese nahm ihn fest. Die Uhr, die der Verhaftete weggeworfen hatte, fanden die Beamten wieder. Der Festgenommene wurde gestern von der Kriminalpolizei nach Moabit in Untersuchungshaft gebracht.

Vom vergnügten Pastor. Eine Korrespondenz schreibt: Die Untersuchung gegen den Expastor Disselhof in Trebbin ist nunmehr dem Abschluß nahe. Gestern, Freitagnachmittag, fand in Trebbin eine umfangreiche Vernehmung durch den Untersuchungsrichter Dr. Reuter aus Berlin statt, zu der diesmal neben den verschiedenen Amtspersonen auch die Leute vorgeladen waren, die mit Disselhof geschäftlich viel verkehrten. Fast jeder der Freunde Disselhofs war — wie sich nunmehr herausgestellt hat, — ohne daß einer vom andern wußte, von dem betrügerischen Pastor um größere Beträge angepumpt worden. Zu den Hauptleidtragenden gehört der Gastwirt B., bei dem Disselhof viel verkehrte, und der Oberpfarrer. Auch über die eigenartige Lebensführung Disselhofs werden immer mehr Details bekannt. So z. B. hat Pastor Disselhof kürzlich in vorgerückter Nachtstunde in heiterer Laune im Verein mit mehreren Freunden ein Pferd aus dem Gasthofstall herausgeholt, feierlich getauft und mit mehreren Flaschen Wein begossen. Wenn sich Disselhof trotz allem, was vorgefallen, sogar heute noch insbesondere in den unteren Kreisen einer gewissen Beliebtheit erfreut, so ist dies wohl die Folge seines unbestreitbaren Wohlthätigkeitssinnes, den er allerdings auf Kosten andrer bethätigt hat. Arme Leute pflegte er in reichlicher Weise mit Geld und Kleidung zu beschenken, Kranken ließ er Wein und Fleisch zukommen 2c. Was nun die von ihm verübten Unterschlagungen anbelangt, so dürfte sich die Gesamtschadenssumme bedeutend niedriger stellen, als man ursprünglich annahm. Der Vaterländische Frauen-Zweigverein Trebbin ist höchstens um 3000 Mark geschädigt worden, die Oberpfarre hat ebenfalls 3000 Mark verloren, während das Diakonat mit 1600 Mark davongekommen ist. Auch an verschiedenen testamentarischen Stiftungen zur Unterhaltung von Invaliden hat sich — wie jetzt festgestellt — Disselhof vergriffen. In der letzten Versammlung des Gemeindekirchenrats und der Gemeindevertretung von Trebbin wurde eine Regreßpflicht irgend eines Mitgliedes des Kirchenrats abgelehnt, da die Mitglieder bei den Revisionen ihre volle Pflicht gethan haben. Die Versammlung behielt sich jedoch vor, gegen Superintendent Schmidt, respektive gegen die Behörden vorzugehen.

Mit einem Rasiermesser hat sich gestern morgen der 28 Jahre alte Hausdiener Friedrich Adermann den Hals abgeschnitten. Er war in einem Petroleumgeschäft in der Friedenstr. 93 seit 10 Jahren angestellt und hat dort für sich allein eine Stube bewohnt. Der Mann litt seit drei Tagen an der Kopfrose und war in ärztlicher Behandlung. Im Laufe der Nacht war noch ein Wächter bei ihm gewesen. Als sich gestern morgen der Stallmann des Geschäfts nach ihm umsah, war er tot. Wahrscheinlich in einem Anfalle heftiger Schmerzen hatte er sich mit dem Rasiermesser, das neben ihm auf dem Fußboden lag, den Hals durchgeschnitten.

An einem Brückenbalken erhängt hat sich Donnerstagmorgen der 54 Jahre alte August Lemme aus der Raupachstraße 8, der seit 18 Jahren als Brückenwärter angestellt war. Der Mann fühlte sich als Junggeselle sehr vereinsamt und war so nervenleidend, daß er wiederholt ein Krankenhaus aufsuchen mußte, das letzte Mal auf sieben Wochen. Seinen Wirtsleuten klagte er oft, daß er keine Lust am Leben habe, obwohl er sich für die alten Tage einen Spargroschen zurückgelegt hatte. Donnerstagmorgen ging er um 6 Uhr in Dienst. Zwei Stunden später fand ihn ein Aufseher der Strompolizei in der Nähe seines Postens als Leiche auf. Lemme hatte auf einem Apfelsinenkahn einen Strick gefunden und sich damit unter der Inselbrücke an einem Balken erhängt. Der Aufseher schnitt ihn ab und ein Schutzmann stellte Wiederbelebungsversuche an. Diese blieben jedoch ohne Erfolg.

Das Opfer einer Mißhandlung scheint ein 56 Jahre alter wohnungsloser Arbeiter Karl Prüfer geworden zu sein. Prüfer sah am ersten Feiertage, daß gegenüber dem Bahnhof Friedrichstraße mehrere Burschen Droschkenpferde, die dort hielten, schlugen. Als er ihnen den Unfug untersagte, fielen sie über ihn her und mißhandelten ihn so schwer, daß er nach der Charité gebracht werden mußte. Hier ist er gestorben. Ob der Tod mit der Mißhandlung in ursächlichem Zusammenhang steht, muß die Leichenöffnung zeigen. Die Uebelthäter sind entkommen.

Selbstmordversuch eines Kindes. Den Versuch, sich durch einen Straßenbahnwagen überfahren und töten zu lassen, machte gestern abend die zwölfjährige Karoline Bagand, welche bei ihren Eltern in Rixdorf, Berlinerstr. 14, wohnt. Die Kleine hatte eine Aufwartestelle bei einer in derselben Straße wohnenden Familie inne, für welche sie des Abends Gänge zu besorgen pflegte und sonstige leichtere Hausarbeiten verrichtete. Gestern vermißte nun die Herrschaft einen Ring und da die Kleine in erster Reihe in den Verdacht geriet, den Gegenstand entwendet zu haben, so wurde gegen 9 Uhr abends ein Kriminalbeamter geholt, welcher sie vernehmen wollte. Die Bagand befürchtete, daß sie sofort verhaftet werden solle und lief schleunigst fort. Auf der Straße angelangt, warf sie sich unmittelbar vor einen gerade daherkommenden elektrischen Straßenbahnwagen Nr. 1874 der Linie Britz—Nieder-Schönhausen zu Boden und geriet, wiewohl der Wagenführer sofort Gegenstrom gab, unter die Vorderplattform. Die jugendliche Lebensmüde blieb vor der Schutzvorrichtung liegen, wurde eine kurze Strecke mitgeschleift und konnte, ohne welchen Schaden erlitten zu haben, wieder hervorgezogen werden. Die B. wurde nach der Unfallstation in Rixdorf gebracht, wo der anwesende Arzt Dr. Reichstein feststellte, daß sie außer geringen Hautabschürfungen keinerlei Schaden erlitten hatte. Das Mädchen gestand ein, daß es den Selbstmordversuch aus Furcht vor der Polizeiwache begangen habe. Es wird nicht mitgeteilt, ob die schwere Anschuldigung gegen das Mädchen eine Berechtigung hatte.

Straßensperrungen. Die Briesenerstraße von der Christianiastraße bis zur Soldinerstraße (ohne Kreuzdämme) wird wegen Umpflasterung vom 26. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt, ebenso die Königgrätzerstraße zwischen der Lennéstraße und dem Potsdamer Platz von heute ab.

Der Vorkämpfer des gesetzlichen Kinderschutzes, Herr Lehrer Conrad Agahd wird am Montag, den 26. Mai, abends 8¼ Uhr, im Bürgersaal des Rathauses im Auftrage der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur einen Vortrag halten über „Den Kinderschutz in der gewerblichen Gesetzgebung". Die Teilnahme, auch an der Diskussion, steht jedermann frei. Es ist daher zu erwarten, daß auch die Gegner besonders des ländlichen Kinderschutzes ihren Standpunkt vertreten werden.

Auf der Treptow-Sternwarte wiederholt Direktor Archenhold am Sonntag, den 25. Mai, nachmittags um 5 und um 7 Uhr, den mit zahlreichen Lichtbildern ausgestatteten Vortrag „Vulkanausbrüche und ihre Folgeerscheinungen". Nach den neuesten Meldungen scheinen sich die normalen Dämmerungen auch bei den Ausbrüchen auf den Antillen in sonderbaren roten Strahlen bei Sonnenauf- und Untergang bemerkbar zu machen. Die Besucher haben Gelegenheit, mit dem großen Fernrohr am Tage die Venus und später ein Doppelgestirn zu beobachten.

Das Berliner Aquarium ist morgen für 25 Pf. geöffnet.

Das Goldene Rad von Friedenau, welches am Sonntag zur Entscheidung kommt, wird noch eine besondere Anziehungskraft dadurch erhalten, daß in den Flieger-Rennen Willy Arend und Walter Rütt zusammentreffen. Nachdem Rütt am Donnerstag in Hannover das Match gegen Major Taylor und Arend gewann, darf man auf die neue Begegnung umsomehr gespannt sein. Die Konkurrenten um das Goldene Rad sind nunmehr alle in Friedenau eingetroffen, wobei bereits gestern scharfe Arbeit hinter den Führungsmaschinen gethan wurde. An guter Unterstützung wird es diesmal keinem fehlen, da alle Fahrer mit neuen Motor-Tandems ausgerüstet sind, mit Ausnahme von Tom Linton, der von seinen vorzüglich laufenden Kraft-Niederrädern geführt wird, mit Hilfe deren es dem Engländer gelang, den neuen Inhaber des Stunden-Weltrekords, Th. Robl, mehrmals den Sieg zu entreißen.

Feuerbericht. Eine ganze Reihe von Alarmierungen hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden zu verzeichnen. Freitagvormittag gegen 11 Uhr wurde sie nach der Pallisadenstr. 69 gerufen, wo in einer Wohnung der Inhalt eines Kleiderspindes in Flammen stand. Zwei Feuermeldungen, die nachmittags 3 Uhr von der Gubenerstr. 13 und der Fennstr. 3 erfolgten, waren auf niedergedrückten Rauch zurückzuführen. In der Nacht zum Freitag war auf dem Anhalter Güterbahnhofe ein Waggon mit Preßkohlen in Brand geraten, der jedoch bald abgelöscht werden konnte. Infolge mehrmaliger Meldung wurde Donnerstagabend kurz nach 9 Uhr ein größeres Löschaufgebot nach der Alexanderstr. 28a gerufen. Hier war in einem Keller ein Feuer ausgekommen, das in kurzer Zeit allerlei Gerümpel, Verpackungsmaterial 2c. erfaßte. Es gelang jedoch der Wehr, die Flammen schnell zu ersticken. In der Zionskirchstr. 37 mußte ein Brand abgelöscht werden, der den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. Gegen Mittag hatten in der Kaiser Wilhelmstr. 26 Kisten in einem Keller Feuer gefangen. Unfug am öffentlichen Feuermelder lag einer Alarmierung zu Grunde, die gegen 4 Uhr nach der Soldinerstraße erfolgte. Als Thäterin wurde ein 13jähriges Schulmädchen ermittelt und zur Anzeige gebracht. Außerdem liefen im Laufe des Freitags noch Feuermeldungen von der Krautstr. 35a und der Holzmarktstraße 17 ein. In beiden Fällen handelte es sich aber nur um unbedeutende Anlässe.

Aus den Nachbarorten.

Neue Straßenbahn Charlottenburg—Wilmersdorf. Eine Straßenbahnverbindung zwischen den beiden Staatsbahnhöfen Charlottenburg und Wilmersdorf—Friedenau beabsichtigt die Berlin-Charlottenburger Straßenbahn herzustellen. Der Magistrat von Charlottenburg hat jetzt seine Zustimmung zu dem Bau und der Einrichtung einer derartigen Linie erteilt. Die Pläne für die Ausführung sind bereits bei den zuständigen Behörden eingereicht. Vom Ringbahnhof Wilmersdorf-Friedenau ausgehend wird die Linie ihren Weg durch folgende Straßen nehmen: Durlacherstraße, Hildegardstraße, Schrammstraße, Mecklenburgstraße, Westfälischestraße, hier mit Benutzung der bereits liegenden Geleise, über den Fehrbelliner Platz, den Kurfürstendamm, durch die Wilmersdorferstraße in Charlottenburg bis zum Stuttgarter Platz an dem Bahnhof Charlottenburg.

„Der bestrafte Socialdemokrat". Unter dieser Spitzmarke konnten wir im vorigen Jahre berichten, daß einer unsrer Spandauer Parteigenossen, der Stadtverordnete Hallecker, wegen seiner „anrüchigen" politischen Gesinnung geradezu fürchterlich bestraft wurde, daß man ihn nicht für würdig hielt, militärische — Einquartierung zu bekommen, und die bei ihm bereits einquartiert gewesenen Soldaten, die sich eben an den Mittagstisch gesetzt hatten, schleunigst durch einen Polizeibeamten wieder aus dem Quartier bei unsrem Genossen fortholen ließ. Nicht wenig überrascht war darum unser Genosse, über dessen Restauration zudem seit langem der Militärboykott verhängt ist, als ihm dieser Tage nun plötzlich wiederum „zwei Mann Einquartierung" angekündigt wurden.

Unser Genosse wandte sich flugs an die Kommandantur mit einem Schreiben, in welchem er in zarter Anspielung darauf hinwies, daß er auch heute noch immer Socialdemokrat sei. Er mochte wohl mit dem Schreiben beabsichtigen, die Kommandantur davor zu bewahren, etwa unabsichtlich selbst zur Verbreitung des roten Bacillus, wenigstens bei den beiden Soldaten, beizutragen.

Andren Tages wurde unser Genosse durch den Besuch eines Sergeanten, eines Feldwebels und eines Hauptmanns höchlichst beehrt, welche ungeachtet des auf der Schankwirtschaft ruhenden Militärverbots gekommen waren, das Quartier in Augenschein zu nehmen. Letzteres hatte unser Genosse recht geschmackvoll und sinnig mit Fahnen und Emblemen, sowie mit den Büsten unsrer Vorkämpfer Marx und Lassalle dekoriert. Der Spruch: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch" fiel besonders wirkungsvoll ins Auge! Trotz aller dieser Anstrengungen unsres Genossen, das Quartier recht anheimelnd herzurichten, mag diese Aufmerksamkeit aber wohl nicht den Beifall der Kommandantur gefunden haben, denn — unser Genosse wartete vergeblich auf das Eintreffen der Einquartierung. Geschieht dem Soci schon ganz recht! — —

Die Gemeinde Friedrichsfelde ist wegen ihres Kanalisations-Projektes in arger Verlegenheit. Für die Summe von 600 000 M. will sie das sogenannte Filtriersystem mit Rieselfeldern nach Berliner Muster einrichten. Voraussetzung dabei war, daß, wie aus früheren Aeußerungen allgemein als selbstverständlich angenommen wurde, Herr Rittergutsbesitzer v. Treskow der Gemeinde Rieselland zur Verfügung stelle. Nunmehr hat aber der Amtsvorsteher mitgeteilt, daß Herr v. Treskow es ablehnt, der Gemeinde einen Teil seiner Ländereien zu Rieselzwecken zu überlassen. Der Herr berieselt den in Betracht kommenden Grund und Boden selbst von dem Berliner Rittergut Falkenberg aus. Es wurde nicht gesagt, ob Herr v. Treskow auch einem Kaufangebot gegenüber unzugänglich bleibt.

Die Rixdorfer Stadtverordneten-Versammlung erledigte in ihrer Sitzung vom 22. Mai verschiedene Vorlagen, Straßenbau- und Pflasterung betreffend und stimmte einer Abänderung der Gebührenordnung für die städtischen Begräbnisplätze zu. — Eine Vorlage, welche die Ausbildung von geeigneten Personen zu Desinfektoren bezweckt, führte zu einer lebhaften Debatte über die Rixdorfer Gesundheitsverhältnisse und die städtische Desinfektion im allgemeinen. Der Magistrat führte in der Begründung der Vorlage aus: Vom Regierungspräsidenten sei bereits im Jahre 1899 die zweckmäßige Regelung der Wohnungs-Desinfektion vom Magistrat verlangt worden. Seit dieser Zeit habe der Polizeipräsident von Berlin und die Rixdorfer Polizeidirektion wiederholt dringlich gemahnt, diesem Verlangen nachzukommen. In nächster Zeit werde eine Polizeiverordnung erlassen werden, die das Desinfektionswesen regele und ausgebildete Desinfektoren voraussetze. Im April 1901 habe der Magistrat mit mehreren Barbieren wegen Ausführung der Desinfektion Verträge geschlossen. Jedoch habe sich gezeigt, daß sie mangels der erforderlichen Erfahrung und Ausbildung eine sachgemäße Desinfektion nicht ausführen konnten. Eine nicht sachgemäße und nicht gründliche Desinfektion sei aber völlig wertlos. Diesem Umstande möge es zuzuschreiben sein, daß schwere Infektionskrankheiten, — die alljährlich viele Opfer fordern, in Rixdorf noch in manchen Häusern vorkämen. — Die betreffenden Personen sollen, womit sich der Berliner Magistrat einverstanden erklärt hat, der Desinfektions-Anstalt in der Reichenbergerstraße zu Berlin ausgebildet werden. Stadtrat Dr. Zimmer begründete die Vorlage noch mündlich

und wiederholte die Angabe über verschiedene Rixdorfer Häuser als Seuchenherde. — Das rief den Stadtv. Rahmig, einen der Vertreter der Hausbesitzervereine, auf den Plan, die Interessen der Hausbesitzer zu schützen. Die Verhältnisse in Rixdorf seien in gesundheitlicher Beziehung sehr günstig, die Häuser durchaus nicht verseucht. Nur die Herren Aerzte malten immer alles so schwarz. Von Herrn Dr. Zimmer als einem Stadtrat hätte er solche Aeußerungen nicht erwartet, beim Stadtverordneten Dr. Silberstein würde er sich darüber nicht weiter wundern. — Stadtverordneter Dr. Silberstein erklärte namens der socialdemokratischen Fraktion, daß seine Freunde den Schritt, der hier gethan werden solle, als ganz bescheidenen Anfang einer ordnungsmäßigen Desinfektion betrachteten. Betrübend sei es, daß das Gewissen des Magistrats erst durch mehrfache Mahnungen der Polizei und des Regierungspräsidenten geschärft werden mußte. Die Socialdemokraten stimmten der Vorlage nur in der Voraussetzung zu, daß sehr bald eine ordnungsmäßige Desinfektion eingeführt werde. — Die Vorlage wurde schließlich angenommen. — Bei der Osteraufnahme von Schülern an der höheren Lehranstalt war der Andrang so stark, daß zur Teilung der II. Vorschulklasse geschritten werden mußte. Die Versammlung bewilligte die Mittel für die Anstellung eines neuen Volksschullehrers. Danach wurden noch eine Reihe Beamtenangelegenheiten erledigt.

Schöneberg im Zeichen des Kirchenbaus. Man schreibt uns: Ein wahres Wettrennen auf dem Gebiete des Kirchenbaus scheint sich in Schöneberg vorzubereiten. Nachdem für den Friedenauer Ortsteil auf dem Platz F an der Rubensstraße dieser Tage der erste Spatenstich zu einer evangelischen Kirche gethan worden ist, soll nun auch der Berliner Ortsteil nicht zu kurz kommen und seine Kirche erhalten. Es kommt ein Platz J nördlich der verlängerten Grunewaldstraße in Betracht. Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten-Versammlung um Zustimmung zu folgendem Beschluß: Der genannte Platz soll dem Gemeindekirchenrat unter folgenden Bedingungen „unentgeltlich" überlassen werden: 1. Die Kirche muß in einer der Bedeutung des Platzes in dem zukünftigen Stadtbilde entsprechenden würdigen künstlerisch monumentalen Weise ausgebildet werden. 2. Mit den Vorbereitungen zur Feststellung des Bauprogramms muß baldigst begonnen werden. 3. Mit der Bauausführung muß bis zum 1. April 1905 begonnen sein. 4. Dem Magistrat steht eine Einwirkung auf die Projektbearbeitung zu. — Bewundern kann man hierbei nur die Schnelligkeit der Verhandlungen, die man bei wichtigeren Sachen sehr vermißt. Wir erinnern nur an die Krankenhaus-Angelegenheit. Unsre Vertreter werden jedenfalls mit Nachdruck eine solche „Schenkung" bekämpfen, umsomehr, als die Kirchengemeinde bei Abtretung ihr gehöriger Gelände an die Kommune nicht so entgegenkommend zu verfahren pflegt.

Gerichts-Zeitung.

Unter der Anklage der schmählichen Mißhandlung ihres eignen Kindes standen gestern der Stationsassistent Otto Gutsch und dessen Ehefrau Marie vor dem Schöffengericht des Amtsgerichts II. Sie waren beschuldigt, ihre 1892 geborene Tochter Elise mit gefährlichen Werkzeugen und in einer das Leben gefährdenden Behandlung mißhandelt zu haben. Herr Gutsch ist hier auf der Frankfurter Allee stationiert, wohnt aber in Mahlsdorf. Die dort gleichfalls wohnende Frau Büttner hörte eines Tages auf ihrem Flur das Wimmern eines Kindes und als sie nachsah, fand sie die kleine Elise Gutsch, ein für sein Alter körperlich sehr zurückgebliebenes Mädchen, auf dem Fußboden kauernd vor. Das Kind klagte über große Schmerzen am ganzen Körper und erklärte, sich nicht bewegen zu können. Frau Büttner beförderte sie in ihr Zimmer, und während ein Arzt herbeigeholt wurde, entkleidete sie in Gegenwart mehrerer andrer Frauen das Mädchen, um zu sehen, welches Leiden sie habe. Da zeigte sich denn, daß das Mädchen in einem schrecklichen Zustande der Verwahrlosung sich befand. Die Leibwäsche war so schmutzig und verlumpt, daß es so aussah, als sei sie monatelang nicht vom Körper gewesen. Der ganze Körper war mit eiternden, völlig vernachlässigten Geschwüren bedeckt, an den Füßen zeigten sich Frostbeulen, die aufgegangen und gleichfalls nicht kunstgerecht behandelt waren, blutunterlaufene Striemen waren an verschiedenen Stellen des Körpers bemerkbar, am Ohrläppchen fehlte ein Stück Haut, am Kopf zeigte sich eine 1½ bis 2 Centimeter lange Quetschwunde, die offenbar durch das Schlagen mit einem harten Gegenstande verursacht worden war. Das Kind war sehr hungrig und verzehrte die ihm dargereichten Nahrungsmittel mit großer Gier. Nachdem der herbeigerufene Arzt die Wunden und die stark vernachlässigten Geschwüre am Körper des Mädchens festgestellt hatte, wurde dieses dem Rummelsburger Krankenhause überwiesen. Dort hat es den Pflegeschwestern das wiederholt, was es vorher schon den hilfreichen Frauen und zwei Aerzten mitgeteilt hatte: es werde von seinen Eltern sehr schlecht behandelt und fortgesetzt geschlagen. Die Wunde am Kopf habe ihr der Vater durch einen Schlag mit dem Stiefelknechte beigebracht, das fehlende Hautstück am Ohrläppchen sei darauf zurückzuführen, daß ihre Mutter sie mit einem Seidel geschlagen, die blutigen Striemen rühren von Schlägen mit einem Seile her 2c. Außerdem müsse sie zu Hause hungern und bekomme nur trocken Brot und des Mittags nackte Kartoffeln ohne Sauce. Die beiden Angeklagten bestritten entschieden jedwede Mißhandlung und gaben nur zu, das Mädchen mehrmals mit Recht gezüchtigt zu haben, da es boshaft, trotzig, faul und lügnerisch sei. Die beiden letztgenannten Eigenschaften wurden von dem Lehrer des Mädchens in gewissem Umfange bestätigt. Neben mehreren Frauen trat auch das kleine Mädchen selbst als Belastungszeugin auf, sagte aber zu allgemeiner Ueberraschung nur zu Gunsten der Eltern aus, indem sie behauptete, sie habe sich sowohl die Wunde auf dem Kopf als auch am Ohr durch Fallen auf einen Stein zugezogen. Nach der Bekundung der einen Pflegeschwester hat der angeklagte Vater das Mädchen eines Tages im Krankenhause besucht und ganz leise etwas mit ihr gesprochen. — Der Staatsanwalt hob hervor, daß die Beweisaufnahme ein erschreckliches Bild elterlicher Pflichtvergessenheit und Brutalität entrollt habe; die Angeklagten hätten ihr leibliches Kind so behandelt, wie man eigentlich kaum ein Tier zu behandeln pflege. Er beantragte je fünf Monate Gefängnis. — Rechtsanwalt Hugo Marcuse hielt dagegen eine Freisprechung für geboten, da in keiner Weise eine Mißhandlung seitens der Angeklagten erwiesen sei und zur Erklärung der an dem Kinde festgestellten Verletzungen die verschiedensten Möglichkeiten vorlägen. — Der Gerichtshof sprach den Angeklagten ganz frei, da gegen ihn genügende Schuldbeweise nicht erbracht seien, verurteilte dagegen die Ehefrau zu 50 M. Geldstrafe eventuell 10 Tagen Gefängnis, indem er die arge körperliche Vernachlässigung des Kindes als Körperverletzung ansah.

Gerichtsschutz für einen angetrunkenen Polizeibeamten. Ein für preußische Zustände bezeichnender Prozeß fand dieser Tage vor dem Ober-Verwaltungsgericht statt. Bei einer Kneiperei des Polizeiwachtmeisters Herwig in Erfurt im dortigen Café Roland war es zwischen ihm und andern Gästen zu Reibereien gekommen, die sich auf der Straße fortsetzten. Einige Leute hielten ihm vor, daß er als Beamter sich nicht betrinken dürfe. Herwig zog schließlich seinen Säbel und schlug um sich. Einem Manne, der fortgehen wollte, warf er den Säbel zwischen die Beine. Drei Arbeiter, die vorher ebenfalls im Café gewesen waren, wurden unerheblich verletzt; sie brauchten ihre Arbeit nicht auszusetzen. — Der Regierungspräsident nahm Herwig wegen seines Verhaltens in eine Disciplinar-Ordnungsstrafe von acht Tagen Arrest. Herwig beschwerte sich vergeblich bei Oberpräsidenten und klagte dann bei Oberverwaltungsgericht. Dieses veranstaltete eine Beweiserhebung und änderte dann die Arreststrafe in eine Geldstrafe von zwanzig Mark um, indem es begründend ausführte: Durch die Beweisaufnahme habe sich das Bild erheblich zu Gunsten des Wachtmeisters verbessert. Allerdings sei soviel ersichtlich, daß Herwig nicht nüchtern gewesen sei. Es müsse aber davon ausgegangen werden, daß er von der Waffe Gebrauch machen konnte, als ihn eine Mehrheit von Menschen umringte und bedrängte und er, nach einer Bekundung, auch von jemand gestoßen wurde. Außer in der leichten Angetrunkenheit sei darin eine Verfehlung zu sehen, daß H. den Säbel einem Mann nach und zwischen die Beine warf, wodurch er sich der Gefahr aussetzte, waffenlos dazustehen. Eine Ordnungsstrafe von 20 M. genüge.

Der Mann ist also verurteilt worden nicht so sehr, weil er mit seinem Säbel einen gemeingefährlichen Unfug verübte, sondern weil er sich durch diesen Unfug seiner Waffe entledigte und so sich der „Gefahr" aussetzte, im angetrunkenen Zustande das Tötungsinstrument nicht weiter benutzen zu können. Zu Ehren der Polizei-Allmacht haben deutsche Gerichte ja schon viel gethan, dies ist aber jedenfalls der drastischte Urteilsspruch.

In dem großen Diebstahls- und Hehlerprozeß Böhm und Genossen kam es am Donnerstag mitten in der Verhandlung zu der Verhaftung einer Zeugin. Als solche wurde die Braut des angeklagten Partiewarenhändlers Raphael, unverehelichte Biese, vernommen. Sie war als Belastungszeugin vorgeladen worden, denn sie hatte in der Voruntersuchung verschiedene belastende Aussagen gemacht und insbesondere auch bekundet, daß Raphael mit dem jetzt vernehmungsunfähigen Rosenberg gemeinschaftliche Geschäfte gemacht habe. Bei ihrer Vernehmung vor Gericht machte sie hiervon völlig abweichende Angaben und erklärte auf Vorhalt, daß ihr die belastenden Aussagen von dem Untersuchungsrichter geradezu in den Mund gelegt worden seien und sie für diese nicht verantwortlich gemacht werden könne. Der Vorsitzende hielt ihr vor, daß eine solche Beschuldigung gegen einen lange Jahre im Amte befindlichen bewährten Richter denn doch geradezu unerhört sei und die Zeugin unmöglich annehmen könne, daß ihr ein Mensch dies glauben werde. Trotz wiederholter eindringlicher Vorhaltungen verblieb aber die Zeugin bei ihrer Behauptung. Nunmehr beantragte der Staatsanwalt, die Zeugin in Haft zu nehmen; Rechtsanwalt Dr. Davidsohn bekämpfte diesen Antrag, da es an einem gesetzlichen Grund fehle und die Zeugin einen Eid noch nicht geleistet habe. Darauf beantragte der Staatsanwalt die Verhaftung wegen Verdachts der Mitthäterschaft, erklärte dann aber, daß es eines solchen Antrages nicht bedürfe, sondern daß er die Zeugin wegen Verdachts der Mitthäterschaft festnehme. Fräulein Biese mußte demgemäß ins Untersuchungsgefängnis wandern. Der Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Herr, wurde zu Sonnabend vorgeladen. — In der Verhandlung tritt auch ein Agent Paul Mendelsohn als Zeuge auf. Der Stadtreisende Paul Mendelsohn, Solmsstr. 28, bittet uns, mitzuteilen, daß er mit diesem Zeugen nicht identisch ist.

Der Beginn der Verhandlungen gegen Sauden und Genossen ist, wie wir hören, auf acht Tage, bis zum 2. Juni vertagt worden. Die Erkrankung eines der Sachverständigen soll zu diesem Beschluß den Anlaß gegeben haben.

Aushilfsweises Engagement und Einverständnis mit der Lösung des Arbeitsverhältnisses wandte der Fabrikant Sigismund gegen eine, wegen ungerechtfertigter plötzlicher Entlassung vom Hausdiener K. angestrengte Entschädigungsklage ein. Das Einverständnis mit der Entlassung entnimmt der Beklagte daraus, daß der Kläger bei der Entlassung und Lohnzahlung keinerlei Ansprüche erhoben hat. Das Gewerbegericht stellte fest, daß der Kläger 3½ Wochen beim Beklagten war und verurteilte diesen, an K. 36 M. Lohnentschädigung zu zahlen. Begründend wurde ausgeführt, es könne hier ein aushilfsweises Arbeitsverhältnis nicht mehr angenommen werden, da die Dauer von 3½ Wochen über die Dauer einer Aushilfe hinausgehe. Die gesetzliche Kündigungsfrist sei demzufolge maßgebend. Auch liege in der Nichterhebung eines Anspruchs bei der Entlassung noch nicht ein Einverständnis mit dieser.

Versammlungen.

Der socialdemokratische Wahlverein Charlottenburg hielt am 22. Mai im großen Saale des Volkshauses seine ordentliche Generalversammlung ab. Stadtverordneter Dr. Borchardt sprach daselbst über „Kommunale Streitfragen". Redner hielt es für dringend notwendig, sich in den Vereinsversammlungen mehr wie bislang mit kommunalen Angelegenheiten zu beschäftigen, weil die Parteipresse infolge chronischen Raummangels dieses Feld nur sehr ungenügend beackern könne. Er ging sodann auf die Ursachen der Charlottenburger Finanzklemme und den städtischen Millionenpump ein und legte klar, daß bei einer gerechten, vernünftigen Besteuerung, hauptsächlich aber bei der von uns angestrebten Ueberführung des Grund und Bodens in Gemeineigentum, derartige Finanzkalamitäten einfach unmöglich sein würden. Seine Stellungnahme zu dem 10 Millionenprojekt betr. die durch Verbreiterung der Bismarckstraße zu bewirkende Anlage einer Prachtstraße von den Linden bis zum Grunewald präcisierte er dahin, die Stadt würde jedenfalls gut daran thun, das bekannte Anerbieten der Regierung anzunehmen, wonach der Stadt 180 Morgen Waldterrain zum Preise von 400 M. pro Morgen unter der Bedingung zur Verfügung gestellt sind, daß die geplante Straße eine Breite von 50 Meter erhält. — Da diese Ausführungen den teilweisen Widerspruch der Genossen Störer, v. Oppel und Menge zur Folge hatten, so wurde die weitere Diskussion hierüber im Hinblick auf die noch zu erledigenden Punkte vertagt.

Den Bericht des Vorstandes giebt Baake. Danach haben trotz der bislang so schwierigen Lohnverhältnisse die Genossen eine eifrige Thätigkeit für die Partei entfaltet. Zeugnis hiervon legen ab: die präcise Landagitation, die mustergültig verlaufene Arbeitslosenzählung, sowie die rege Beteiligung an den Kommunalwahlen. Jetzt aber, nachdem die Lokalschwierigkeiten durch Schaffung des Volkshauses behoben seien, gelte es noch mehr zu thun wie bisher. Zwecks Gewinnung von Anhängern würden in Zukunft außer den regelmäßigen Versammlungen noch außerordentliche abgehalten werden. Neuaufnahmen erfolgten im Laufe des Quartals 80, so daß der Verein gegenwärtig über 900 Mitglieder zählt. Hierauf gab Paasche den Kassenbericht. Die Einnahme betrug 476,49 M., der eine Ausgabe von 410,68 M. gegenüberstand. Den Bericht der Parteispedition verlas Scharrnberg. Beiden wurde Decharge erteilt. Die Vorstandswahlen hatten folgendes Ergebnis: gewählt wurden als: erster Vorsitzender Baake, zweiter Vorsitzender Bunge, Kassierer Wernicke, Schriftführer Tatusch, Beisitzer E. Müller, Revisoren Jost, Jander und Flemming. Zum Schluß teilte der Vorsitzende noch mit, daß die Abhaltung des diesjährigen Sommerfestes am 8. Juni erfolgen werde. Er ersuchte um zahlreiche Beteiligung und forderte wiederholt die Genossen auf, für einen möglichst regen Versammlungsbesuch zu agitieren.

Lokalverband der Elektromonteure. Abends 9 Uhr Kl. Andreasstraße 3: Sitzung. Kollegen als Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt.

Melodia. Uns unbekannt.

Erbschaft 100. Nein.

Zwei Streitende. Die Central-Roßschlächterei ist 1867 eröffnet worden.

Witterungsübersicht vom 23. Mai 1902. morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. = °R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. = °R.
Swinemünde	767	N	2	wolkenl	9	Haparanda	770	S	4	wolkenl	5
Hamburg	769	NW	2	wolkenl	8	Petersburg	763	NO	2	Regen	8
Berlin	767	N	2	wolkig	9	Cork	773	N	2	bedeckt	13
Frankf./M.	769	O	1	wolkig	7	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	769	W	5	wolkig	6	Paris	768	S	1	bedeckt	8
Wien	765	NW	1	hlb. bed.	7						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 24. Mai 1902.
Zunächst etwas wärmer, vorherrschend wolkig mit leichten Regenfällen und mäßigen südwestlichen Winden, später aufklarend, aber etwas kühler.
Berliner Wetterbureau.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
(Süd-Osten.)

Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied 243/9

Wilhelm Huchthausen

Schlesischestraße 44 (Bez. 106) nach langen, schweren Leiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet Sonntagnachmittag 4 Uhr vom Trauerhause Schlesischestraße 44 aus, nach dem Emmaus-Kirchhof statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter
Berlins und Umgegend.

Am 21. Mai starb unser treues und langjähriges Mitglied

Wilh. Huchthausen.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 25. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Schlesischenstraße 44 nach dem Emmaus-Kirchhof in Brig statt.

Um recht rege Beteiligung ersucht
75/12 **Der Vorstand.**

Allen Verwandten und Bekannten sowie dem Verband der Porzellandreher und -Maler, sagen wir für die rege Beteiligung und die reichen Kranzspenden meines unvergeßlichen Mannes und Vaters, des Porzellandrehers

Karl Huve

unsren tiefgefühlten Dank.

Ottilie Huve, geb. Wehowsky.
Otto Linke. 27736

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
(Osten.)

Todes-Anzeige.

Am Freitag, den 23. d. M., starb unser langjähriges Mitglied, der Drechslermeister

Albert Werdermann.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 25. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Friedrichsfelderstraße 33 nach dem Freireligiösen Friedhof in der Pappel-Allee statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
243/8 **Der Vorstand.**

Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.
(E. H. 29 Hamburg.)
(Filiale Rummelsburg.)

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gürtler

Louis Heyne

am 20. d. M. an Herzlähmung verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 25. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Rummelsburger Kirchhofes aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
115/8 **Die Ortsverwaltung.**

Die Beerdigung meines Sohnes, des Bautechnikers

Otto Ritter

findet nicht, wie irrtümlich angegeben, um 4 Uhr, sondern Sonntagnachmittag 3½ Uhr statt.

Ritter.

Freie Kranken- und Begräbniss-Kasse der Schuhmacher u. Berufsgenossen Berlins (E. H. Nr. 27).

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied

Karl Plath

gestorben ist.

Die Beerdigung findet Sonntagnachmittag 4 Uhr, von der Leichenhalle der Luther-Kirche in Lankwitz statt.

Um rege Beteiligung ersucht
27565 **Der Vorstand.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß der Böttcher

Max Trautmann

am 21. d., früh 4½ Uhr, sanft entschlafen ist.

Die Beerdigung findet Sonnabendnachmittag 5 Uhr, auf dem Kirchhof zu Friedrichsfelde statt. 27605
Die trauernden Hinterbliebenen.

Statt besonderer Meldung!

Am 22. d. M., ½11 Uhr früh, verschied nach kurzem Krankenlager meine liebe Frau, unsre gute Mutter

Wilhelmine Schneider

verw. **Amelung**

im 49. Lebensjahre.

Berlin, Jagowstraße 11.

Ewald Schneider, Schankwirt, **nebst Kindern.**

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 25. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilands-Kirchhofs, Plötzensee, aus statt.

Danksagung.

Für die rege Teilnahme bei der Beerdigung meines unvergeßlichen Mannes sage allen meinen herzlichen Dank.

Wilhelmine Lenz.

Danksagung. 27765

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die großen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unsres guten Vaters, des Gastwirts

August Brunn

sage ich allen Freunden u. Bekannten, insbesondere dem Lotterieverein „Unter uns", der Tischlerwerkstatt von Plautz u. Kummer meinen innigsten Dank.

Witwe Auguste Brunn.

Strand-Restaurant am Müggelsee zwisch. Müggelschloß u. Ausflichtsturm.

Empfehle Fabriken, Vereinen und Korporationen für Sommervergnügen u. Ausflüge mein grobartig gelegenes Lokal. Saal für ca. 3000 Personen, Hallen, genügende Nebenräume. Belustigungen aller Art. Coulante Preise. 35139*
M. Degebrodt,
„Strandschloß", Köpenick.

Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 26. Mai, abends 8½ Uhr:

Versammlungen.

1. Weißensee, Rölkestraße Nr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Karnow über Berufskrankheiten. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Lokalfrage und Verschiedenes.

2. Lichtenberg, Friedrich Karlstraße Nr. 11.
Tages-Ordnung:
1. Welche Betriebe sollen in der Holz-Berufsgenossenschaft versichert sein? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

3. Berlin Südost, Admiralstraße Nr. 18c.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Der Arbeitsnachweis der Tischlermeister. 3. Verschiedenes und Ausgabe der Billets zur Dampferpartie am 29. Juni nach Hessenwinkel am Dämeritzsee.

Die Kollegen werden ersucht, heute abend in den Zahlstellen ihre Beiträge zu entrichten und daselbst ein Flugblatt in Empfang zu nehmen.

Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt Montag 7—8 Uhr Blumenstraße 38. 146/5 **Der Vorstand.**

Gewerkschaftlicher Frauenverein

sämtlicher Berufe Berlins und Umgegend.

Montag, 26. Mai, abends 8½ Uhr, im großen Saal des Herrn Balduin Franke, Sebastianstr. 39:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. **Bernstein.** 2. Diskussion. 3. Einrichtung unsres Arbeitsnachweises und Wahl einer Vertreterin. 4. Bericht der Delegierten vom Gewerkschafts-Kartell. 5. Bericht über unsre Dampferpartie und Wahl eines Komitees. 5. Aufnahme neuer Mitglieder. 7. Verschiedenes. 289/6

Gäste, Herren und Damen, haben Zutritt.
Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

Verband der Maschinisten u. Heizer

sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Sonntag, den 25. Mai, nachmittags pünktlich 4 Uhr, in **Berlin** in **Frankes Festsälen,** Sebastianstraße 39:

Kombinierte Versammlung

der Mitglieder der Zahlstellen: Berlin, Charlottenburg, Köpenick, Friedrichshagen, Herzfelde, Königs-Wusterhausen, Oranienburg, Spandau, Treptow und Velten.

Tagesordnung: Wahl des stellvertretenden Verbandsvorsitzenden und zweier Beisitzer. Wahl von fünf Mitgliedern der Zeitschriftkommission.

Der Eintritt ist den Mitgliedern nur gegen Vorzeigung des Quittungsbuches der vorstehenden Zahlstellen gestattet. Die Mitglieder werden gebeten, sich recht zahlreich an der Versammlung zu beteiligen und pünktlich zu erscheinen. **Der Verbandsvorstand.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 24. Mai.

Opernhaus. Mara. — Hänsel und Gretel. — Slavische Brautwerbung. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. König Richard der Dritte. Anfang 7½ Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Verdi-Festspiel VIII. Un ballo in maschera. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Unter blonden Bestien. — Der Thor und der Tod. — Paracelsus. — Post festum. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Die Weber. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Alt-Heidelberg. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. So leben wir. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Der Zigeunerbaron. Anfang 7½ Uhr.
Renes. Die Großstadtluft. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Einquartierung. Anfang 7½ Uhr.
Central. Coralie u. Cie. Anfang 7½ Uhr.
Thalia. Gastspiel der Schlierseer. Jägerblut. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Hierauf: Er. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Geschlossen.
Carl Weiß. Die Viper. Anfang 8 Uhr.
Secessionsbühne. Heinrich Heine. Ein gerissener Schwiegersohn. Anfang 8 Uhr.
E. v. Wolzogens Buntes Theater (Ueberbrettl). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Serenissimus-Zwischenspiele. Der Fall Moncel. Schöne Seelen. Kollegen. Anfang 8½ Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lumpacivagabundus, oder: Das liederliche Kleeblatt. Anfang 7½ Uhr.
Orpheus. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Charivari. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Metropol. (Morwitz-Oper.) Der Wildschütz. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Lysistrata. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Palast. Ben-Ali-Bey und sein orientalisches Zauber-Ensemble. Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater. Hochzeitsreise. Endlich. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Specialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage-Panopticum. Specialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal.) Abends 8 Uhr: Die deutsche Ostseeküste. Nachmittags 4 Uhr zu kleinen Preisen: Frühlingstage an der Riviera.
Invalidenstraße 57/62. Täglich: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Sonnabendabend 8 Uhr: **Unter blonden Bestien.** Komödie in 1 Akt von Max Dreyer.
Der Thor und der Tod. Von Hugo v. Hofmannsthal.
Paracelsus. Versspiel in 1 Akt von Arthur Schnitzler.
Post festum. Lustspiel in 1 Akt von Ernst Wichert.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Einsame Menschen.**
Sonntagabend 8 Uhr: **Mein Leopold.**
Montagabend 8 Uhr: **Zwei Wappen.**

Central-Theater.

Heute, abends 7½ Uhr:
„Coralie u. Cie."
Schwank in 3 Akt. v. Albin Valabrègue und Maurice Hennequin.
Sonntag, den 25. Mai, nachmitt. 3 Uhr **halbe Preise: Coralie & Cie.** — Abends 7½ Uhr: **„Coralie u. Cie."**

Thalia-Theater.

Dresdenerstraße 72/73.
Anfang 8 Uhr.
Gastspiel der Schlierseer.
Jägerblut.
Volksstück mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Benno Rauchenegger.
Sonntag: **Jägerblut.** Montag zum erstenmal: **Der Amerika-Seppi.**
Bei günstiger Witterung: **Grosses Garten-Konzert.**

Metropol-Theater

Anfang **8** Uhr. **Morwitz-Oper.**
Bei halben Preisen:
Der Wildschütz. Komische Oper in 3 Akten von Lortzing.
Sonntag: **Heinrich Bötel: Der Troubadour.** Montag: **Moran-Olden: Die lustigen Weiber.**

Casino-Theater

Lothringerstr. 37.
8 Uhr glänzender Erfolg! **„Hochzeitsreise". „Endlich".**
6 erstklassige Specialitäten.
Sonntagnachmittag 4 Uhr: **Extra-Gala-Vorstellung.**
Anf. Wochent. 8 Uhr, Sonnt. 7½ Uhr.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Die deutsche Ostseeküste.
Nachmittags 4 Uhr zu kleinen Preisen:
Frühlingstage an der Riviera.

CASTANS Panoptikum

Friedrich-Strasse 165.
Nur noch kurze Zeit:
Das **Bärenweib!**
Neu! Neu! **Riesenphotographien von Martinique** der vom Erdbeben heimgesuchten Insel in West-Indien.
Neu! **Der Boerenkrieg.**

Passage-Panopticum.

Die Seejungfer.
Annetta, tätowierte Schönheit.
Der Tigerknabe, seltsamste Abnormität.
Von 4 Uhr nachmittags halbstündlich:
Damen-Ringkampf.

Passage-Theater.

Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5, Ende 11 Uhr.
16 Elite-Nummern.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
Anfang 8 Uhr.
Die Viper.
Kriminal-Schauspiel in 7 Bildern von H. M. Revel.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Jeder Abonnent des „Berliner Lokal-Anzeiger" erhält an der Kasse gegen Vorzeigung der Abonnementsquittung ein nummeriertes Parkett für 60 Pf. Sonntagnachm. 3 Uhr: **Der Doppelgänger.**
Im Garten: Täglich: Gr. Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung. Anfang 5½ Uhr.

Apollo-Theater

Um **7** Uhr:
Grosses Garten-Konzert.
Um **8** Uhr:
Die vorzüglichen Specialitäten.
Um **9** Uhr:
Kolossaler Lacherfolg:
Lysistrata
mit dem Luftballott **„Grigolatis".**
Kassenöffnung 7 Uhr.

Belle-Alliance-Theater.

Abends 7½ Uhr: Zum **153.** Male:
Die Dame aus Trouville.
Schwank mit Gesang u. Tanz in 3 Akten.
Emil Sondermann a. G. Ferd. Worms. Mizzi Birkner. Rosa Narton.
Hierauf: **„Er".** Lebensbild in 1 Akt. — Morg.: Dieselbe Vorstellung.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
Heute, Sonnabend, den 24. Mai:
Große Extra-Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Nord und Süd.
Operette in 1 Akt von Rob. Linderer. Musik von Richard Thiele.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Schall und Rauch

(Kleines Theater)
Unter den Linden 44.
Sonnabend, 24. Mai, ab. 8½ Uhr:
Serenissimus-Zwischenspiele
Gastspiel von **Emanuel Reicher.**
Der Fall Moncel. Schöne Seelen. Kollegen.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7—9.
Täglich:
Durch fremde Schuld.
Volksstück mit Gesang in 3 Akten.
Ballettges. Catrini. Tyrolienne Mary Ellys. Groteske-Kom. Paul Coradini. Brothers Fred, musik. Excentrics. Mr. Bartling, led. Photogr. Fred Marzahni Troupe, Pantom. Musikantenstreiche. Bartlings elektrische Feerie. (3000 Glühkörper.) **Konzert u. Ball.** Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., numerierter Platz 50 Pf. **Kalbo.**

Palast-Theater

(früher Feen-Palast)
Burgstr. 22.
Täglich abends 8 Uhr:
Ben-Ali-Bey
u. sein orient. Zauber-Ensemble.
Vorverkauf d. Logen u. num. Sitze an der Theaterkasse des Warenhauses **A. Wertheim,** Leipzigerstr. Preise der Plätze: Logensitz 2,50 M., Sperrsitz 1,50, numer. Parkett u. numer. Rang-Balkon 1 M., Parterre 50 Pf., Stehpart. u. unnum. Rg. 30 Pf.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz. Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a,
Station der Hochbahn.
Täglich im Garten, bei ungünstig. Witterung im Saal:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger und Konzert.
Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Soiree: **Tanzkränzchen, Tanz frei!**
Anfang des Konzerts 6 Uhr, der Soiree 8 Uhr. Entree 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageskasse 11—1½ Uhr.

Fröbels
Allerlei-Theater

früher **Pahlmann**
Schönhauser-Allee No. 148.
Durchweg glanzvoll erneuert!
Täglich: **Gr. Gartenkonzert, Theater, Specialitäten-Vorstellung.**
Kommen! Sehen! Staunen!
Allabendlich stürmischer Beifall des erstklassigen Riesenprogramms.
Im Prachtsaal: **Gr. Ball.**
Anfang Konzert **5** Uhr, Vorst. **6** Uhr. Entree **30** Pf., Sperrsitz **50** Pf.
Vorzeiger dieser Annonce zahlen auf all. Plätzen d. Hälfte.
Vereinen u. Gesellschaften steht mein Lokal unter günstig. Bedingungen zur Verfügung. **Wilhelm Fröbel.**
Bei ungünstiger Witterung finden die Vorstellungen im Saale statt.

Wintergarten.

Heute:
Das neue Mai-Programm!
Interessant! Amüsant! Sensationell!

Schweizer Garten

Am Königsthor 42029*
Am Friedrichshain
Täglich: **Theater. Specialitäten** und **Ball.** — Bis 7 Uhr **freier Damentanz.** — Kaffeeküche. Volksbelustigungen. — Entree **30** Pf.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.
Specialarzt für 22/5*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Gewerbegericht zu Berlin.

J. Nr. 209 Gew.-Ger. 02.
In Sachen
des Ausstandes der bei der Aktien-Gesellschaft für Fabrikation von Bronzewaren und Zinkguß vorm. J. C. Spinn u. Sohn, Wasserthorstraße 9, beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wird in Gemäßheit des § 70 des Gewerbegerichts-Gesetzes und des § 75 des Ortsstatuts für die Stadt Berlin vom 26. Oktober / 2. November 1892, betreffend das Gewerbegericht zu Berlin, öffentlich bekannt gemacht, daß in der Sitzung des sowohl von der Arbeitgeberin als auch von den Arbeitnehmern als Einigungsamt angerufenen Gewerbegerichts vom 30. April 1902, an welcher teilgenommen haben:

1. Gewerberichter von Schulz als Vorsitzender,
2. Fabrikbesitzer Engel,
3. Hutmachermeister Lucht als Vertrauensmänner der Arbeitgeber,
4. Former Körsten,
5. Drucker Behrend als Vertrauensmänner der Arbeitnehmer,

folgender Vergleich geschlossen worden ist:

1. Die Arbeitgeberin wird sofort 21 männliche und 6 weibliche Arbeiter, welche vor der Arbeitsniederlegung in der Brennerabteilung thätig waren, sobald sich dieselben bis Sonnabendabend dieser Woche melden, in diese Abteilung wieder einstellen. Wenn die Einstellung weiterer Arbeitskräfte notwendig wird, sollen in erster Linie die übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen der Brennerabteilung der Firma, welche vor der Arbeitsniederlegung in der Abteilung arbeiteten, und augenblicklich nicht eingestellt sind, vor fremden Arbeitern Berücksichtigung finden.
2. Es wird eine Schlichtungskommission gebildet, bestehend aus zwei Vertretern der Arbeitgeberin und zwei Vertretern der Arbeitnehmer unter dem Vorsitz eines unparteiischen Beisitzers des Gewerbegerichts, über dessen Person sich die Parteien zu einigen haben.

Sollten Differenzen in Zukunft entstehen, welche der Fabrikausschuß zusammen mit dem Direktor der Aktien-Gesellschaft zu beseitigen nicht in der Lage ist, so hat die Schlichtungskommission zusammenzutreten. Falls mit den Vorschlägen dieser Kommission auch nur eine der Parteien nicht einverstanden ist, soll dieselbe berechtigt sein, innerhalb acht Tagen zur endgültigen Erledigung der Streitigkeiten das Gewerbegericht anzurufen.

Die genannte Kommission soll insbesondere gehalten sein, bei drohenden Streiks und Aussperrungen in Thätigkeit zu treten.

3. Die Arbeitgeberin wird in Zukunft zahlen:
   a) für Galerien und Böcke nieten inkl. Einstecken für 1000 Stück . . . . . 2 M.
   b) für Füße schneiden ohne Streifen schneiden für 1000 Stück . . . . . 0,17 „
   c) für Verbindungsscheiben ohne Streifen schneiden für 1000 Stück . . . . . 0,15 „
   d) für Luftregulatoren für 100 Stück . . . . . 0,25 „
   e) für Wulsten mit der Neu-Einrichtung zum Festhalten für 1000 Stück 0,60 „
4. Die Arbeiter verpflichten sich, den in der Zwischenzeit eingestellten Arbeitern in keiner Weise zu nahe zu treten. Auch die Arbeitgeberin wird die Arbeiter, welche bisher gestreikt haben, nicht zurücksetzen.

Berlin, den 30. April 1902.
gez. von Schulz. Max Scholz.
Wojciechowski. O. Galle. Otto Engel. Paul Lucht. A. Körsten. M. Behrend.

Dampfervermietung

für
Vereine u. Gesellschaften
für halbe und ganze Tage. Zu erfragen bei **Rudolf Hartefiel,** Mühlenstraße 67a. 37512*

Sauerstoffwasser

nach ärztlicher Verordnung
grosse Flasche 10 Pf. exkl. Glas.
Zu haben in unseren ca. **300 Niederlagen.**
Von 30 Flaschen an frei Haus.

Selterswasser
grosse Flasche à 5 Pf. exkl. Glas.

Brauselimonaden.
Himbeer, Citronen, Waldmeister à 10 Pf. exkl. Glas, nur aus **frischen Früchten** bereitet.
Zu haben in unseren ca. **300 Niederlagen.**
Von 30 Flaschen ab frei Haus.

Fruchtsäfte
Himbeer-, Citronen-, Kirsch-, Erdbeer-, Johannisbeersaft, in feinster Raffinade eingekocht, **a Literflasche 1,30** exkl. Glas.

Citronensaft zur Kur
aus frischer Frucht a Fl. **1,50, 1,00** und **0,55 M.**
Zu haben auch in unseren ca. **300 Niederlagen.**
Bestellungen frei Haus bitten direkt an uns zu richten.

Hermann Meyer & Co., Wattstr. 11/12.
Fernsprecher Amt III No. 3524. 4146L*

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Sonntag, den 25. Mai 1902, vormittags 10 Uhr, bei **Wetzel,** Wrangelstr. 136: 115/9
Morgensprache der Schraubendreher.
Die Vertrauensleute der Schraubendreher sind ganz besonders eingeladen. Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Steglitz. Birkenwäldchen. Steglitz.

Inhaber **E. Felsch.**
Größtes und schönstes Vergnügungs-Etablissement von Berlin und Umgegend.
Mit der Wannseebahn für 10 Pf. bequem zu erreichen.
Sonntag, den 25. Mai 1902:
Grosses Militär-Konzert
ausgeführt von dem Trompeter-Corps des 1. Garde-Ulanen-Regiments in Potsdam unter persönlicher Leitung des Stabstrompeters Herrn L. Löser.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf. Kinder frei.
Im Saale: **Ball.**
Donnerstag, den 29. Mai: **Tanzkränzchen.**
Empfehle den geehrten Vereinen mein Etablissement zur Abhaltung von Sommerfesten, Ausflügen 2c. bestens. 42439*

Extra-Dampferfahrt

nach Schmöckwitz,
Restaurant Seddin-See
jeden Sonntag 9 Uhr und 2 Uhr, Fahrpreis hin und zurück 75 Pf.,
jeden Montag u. Mittwoch 2 Uhr, Fahrpreis hin und zurück 50 Pf.
Abfahrt zwischen Jannowitz- und Waisenbrücke (Dampferstation Kuffhäuser).
Das herrlich am Seddin-See gelegene Lokal bietet für Vereine und Gesellschaften angenehmen Aufenthalt. Auch angenehme Sommerwohnungen sind zu empfehlen. Das Lokal steht zur freien Verfügung. 3575U*
Es ladet freundlichst ein **August Noack.**

Paul Hilperts Restaurant u. Garten

Halensee, Kurfürstendamm 126.
Erste Haltestation für Kremser, Fuhrpartien usw. am Bahnhof Halensee.
Vorzüglich gepflegte Biere. Reichhaltige Speisenkarte zu kleinen Preisen. Familien können Kaffee kochen. [*
Zahlreichem Besuch sieht entgegen **Paul Hilpert.**

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme

(Endstation der „Stern"-Dampfer)
Inhaber: **Hermann Peter.** Telephon: **Grünau Nr. 39.**
Empfehle mein allbekanntes, herrlich an Wald und Wasser belegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.
Ausspannung und Dampferstege, Kegelbahnen, große Kaffeeküche.
Gute Küche und bestgepflegte Biere zu soliden Preisen. [3577U*

Hüte! Herrenhüte von 1,50 an Knabenhüte „ 0,75 „

Größtes Lager in Strohhüten
von den einfachsten bis zu den feinsten Genres
Schirme zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Mützen. Krawatten. [3724U*
Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2, Ecke Skalitzerstraße.

Noch nie so billig

somit jetzt Vorrat kaufen.
100 St. Senftenb. Briquetts 6 Zoll 0,50
100 „ Riesenkohle . . . . . 7 „ 0,60
ungepackte Preßkohlen, Centner . 0,65
1 Scheffel Nuß II Königshütte . 0,85
1 Hekt. fl. gemahlener Gascoaks 1,10
Zum Abholen borge 25 Handwagen.
Ins Haus bei 3000 Stück à 1,25 M. mehr. **Josef Fischer,** Mitte **Brombergerstraße 19.** *

Filialen:

Berlin, Chausseestraße 54 und Belleallianceстraße 98.
Stettin, Magazinstraße 2 und Hohenzollernstraße 3.

Mass-Anzüge

24 und 30 M.
Paletots nach Mass 22 M.
Alle diejenigen
welche in irgend einer Weise mit ihren Maß-Anzügen nicht zufriedengestellt wurden, sollen unbedingt bei mir den Versuch machen.
Liefere von prima 25915*
Stoffresten
die **feinsten** Maß-Anzüge unter Garantie des Gutsitzens zu obigen Preisen.
Engros-Rester-Handlung
Belleallianceстraße 98, 1 Tr.
und
Chausseestraße 54, 1 Tr.
Wegen großen Andrangs bitte recht zeitig zu bestellen.

74. Erich Lazarus 74.
Prakt. Zahn-Arzt, Berlin NO.
74. Gr. Frankfurterstr. 74.
Nahe Kaiserstr., Alexanderplatz.
Sprechstunden: 9—7 Uhr.
Schmerzl. Zahnziehen m. Bromaethyl (gefahrloses Betäubungsm.) 3 M. Plomben, künstl. Zähne v. 2 M. an.
Auf Wunsch wöchentl. oder monatl. Teilzahlung! Umarbeitung schlecht sitz. Gebisse. Zahnarzt bei Berliner Orts-Krankenkassen.

Kinderwag., Sport-, Kasten-Leiter- u. Ziegenbockwagen, Eiserne Bettstellen u. Krankenwagen für Erwachsene u. Kinder. Preise bill. Auch Teilzahlg. **A. W. Schulz** N. Brunnenst. 95 a. Bhf. Gesundbr. Fernsp. III, 1767

Honig! Unverfälscht. Deutscher Bienenhonig, best. Qualit. vers. die 10 Pfunddose zu 6,50 M., 5 Pfd. 4 M. franko. Garant. Rücknahme. **E. Reil,** Nordloh, Bahnhof Augustfehn, Oldenbg.

Eigene Confection.
Elegante Costümröcke
enorm billig
in Tuch, Zibeline, Kammgarn und Cheviot.
6 M., 7 M., 10 M., 12 M., 15 M. **Seidendamast** 25 M., Alpacca 4.50 M., 6 M., bis 30 M., **weiss** Cheviot und Piqué 3, 5, 7—15 M.
Jaketkleider
elegante Façons
Cheviot, Covercoat und Homespun 41919*
15 M., 20 M., 25 M.
Bolerokleider
Saccokleider
Blusenkleider
letzte Neuheit
12 M., 15 M., 18 M.
Seidenblusen
6,50 M., 8 M., 10 M., 15 M.
Blusenhemden
1.35 M., 1.75 M., 2.50 M.
Golfcapes 6 M., 8 M., 10 M.
Schwarze, glatte u. bestickte **Capes** und **Kragen**
8 M., 10 M., 12 M.
Jakets, Sackpaletots,
moderne Façons
in vorzüglichem Sitz und tadelloser Verarbeitung, glatt und mit bestickten Kragen 10 M., 12 M., 15 M.
Sielmann & Rosenberg
Kommandanten-Straße, Ecke Lindenstraße.
Backfisch-Sacres u. Jakets 10 M.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Internationaler Bergarbeiter-Kongreß.

Düsseldorf, den 23. Mai.

Der Tagespräsident Sachse-Zwickau eröffnet die Sitzung mit einer scharfen Polemik gegen das Düsseldorfer ultramontane Blatt „Volksblatt". Das Blatt veröffentlichte einen total entstellten Bericht über die gestrigen Verhandlungen.

Man tritt ein in die Verhandlungen über den Punkt: Minimum-Lohn.

Der Antrag lautet: „Daß die Bergarbeiter aller Länder einen Minimum-Lohn anstreben."

Die verschiedenen Präsidenten geben die Erklärung ab, man sei einig geworden, die Verhandlungen abzukürzen, indem auf längere Ausführungen zu den einzelnen Punkten verzichtet werde und nur die Hauptargumente hervorgehoben werden sollen.

Zuerst erhält das Wort: Pawot-England, ihm folgt Edward-Pas de Calais, für die Belgier spricht Marvilles, für die Deutschen Sachse. Sämtliche Redner sprechen für gesetzlichen Minimallohn. Der Delegierte Colin-St. Etienne muß abreisen, er verabschiedet sich. Darauf spricht noch Ebert-Oestreich für ein Minimallohn-Gesetz, worauf der obige Antrag einstimmig angenommen wird.

Zum nächsten Punkt „Pensionen für Bergarbeiter", liegen folgende Anträge vor:

„Dieser Kongreß beschließe, die Regierungen aller Länder aufzufordern, für alte Arbeiter und Invaliden eine Versorgungskasse zu schaffen". — „Pension für Bergarbeiter". — „Für Bergarbeiter, die 25 Jahre gearbeitet haben, ohne Unterschied des Alters eine Pension von 2 Fr. pro Tag zu schaffen". —

Im Sinne dieser Forderung sprach zunächst Stanley-England. Derselbe bemerkte, daß die Engländer seit dem letzten Kongreß keine Fortschritte auf diesem Gebiete gemacht; eine gesetzliche Regelung dieser Materie sei dringend geboten. Breuez-Belgien führt aus, in Belgien sei es mit der Fürsorge für Invaliden noch sehr schlecht bestellt. Es bestehe eine Versicherung, auf Grund deren eine Pension von 50—60 M. pro Jahr gezahlt wird. Edward-Pas de Calais erörtert die Verhältnisse auf diesem Gebiete in Frankreich. Eine Altenpension kenne man dort überhaupt nicht, gezahlt werde nur Invalidenpension. Man erhebe eine Pension von 2 Fr. Minimum pro Tag ohne Rücksicht auf die Dauer des Dienstalters. Meier-Gelsenkirchen schildert die Verhältnisse in Deutschland, giebt in kurzen Zügen einen Grundriß der deutschen Knappschaftskassen und Alters- und Invalidenversicherung, sowie des Unfallversicherungs-Gesetzes.

Bank-Oestreich kritisiert die Knappschaftskassen in Oestreich, bemängelt besonders, daß Arbeiter bedingungsweise pensioniert werden und so immer abhängig vom Arzte, jederzeit wieder zur Arbeit kommandiert werden können. Bei der Abstimmung werden die ersten beiden zu diesem Punkt gestellten Anträge einstimmig angenommen. Der letzte Antrag wird dahin abgeändert, daß es heißt: „. . . eine Pension von mindestens 2 Fr. pro Tag zu schaffen." Der so geänderte Antrag findet dann ebenfalls einstimmig Annahme. Die Erledigung des Antrages: „Bericht der Kohlenproduktion aller Länder", gestellt von Belgien, wurde dem zu errichtenden internationalen Sekretariat überwiesen.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: Die Lohnfrage, liegen folgende, von Belgiern und Franzosen gestellten Anträge vor: „Bericht über die Arbeitslöhne aller Länder und über die Arbeitszeit." — „Die Besitzer zu verpflichten, einem Arbeiter-Syndikat eine Liste zur Einsicht vorzulegen, aus welcher zu ersehen ist: 1. Die 14tägige Stundenzahl der Arbeiter, 2. Arbeitsstunden von Einfahrt bis Ausfahrt, 3. Arbeitslohn nach Abzug des Werkzeugs, Pulver 2c."

Nach kurzer Begründung durch Sprecher der Franzosen und Belgier werden die Anträge genehmigt.

Der Kongreß tritt nun ein in Verhandlungen über den Punkt: „Nationalisierung der Bergwerke". Dazu liegt folgender Antrag der Franzosen vor:

„Dieser Kongreß möge beschließen, alle Bergwerke zu Staatseigentum zu machen. Besitzer oder Konzessionäre, welche ihre Gruben nicht ausbeuten, sollen dazu gezwungen werden, widrigenfalls sie durch ein Arbeiter-Syndikat auszubeuten sind."

Edward-Pas de Calais verlangt, daß der Staat nicht nur die Bergwerke übernehme, sondern auch betreibe; wo dies nicht geschieht, soll die Ausbeutung der betreffenden Bergwerke Arbeiter-Gewerkschaften überwiesen werden. — Leimpeter-Deutschland erklärt namens der Deutschen mit der Forderung der Franzosen sich einverstanden. Beeinflußt durch die Konzentration des Bergwerkseigentums in immer weniger Hände, haben die Deutschen ihren früheren gegensätzlichen Standpunkt aufgegeben. (Bravo! bei den Franzosen.) Nach kurzen Erklärungen der übrigen Nationalitäten wird der Antrag der Franzosen einstimmig angenommen. — Der folgende Antrag: „Bericht über den Fortschritt der Arbeiter aller Länder" wird ohne Diskussion ebenfalls dem Sekretariat zur Erledigung überwiesen.

Seitens der Franzosen ist zum folgenden Punkt dieser Antrag gestellt: „Das Verhalten der Arbeiter aller Länder bei Ausbruch eines Streiks."

Edward-Pas de Calais begründet den Antag. Notwendig sei, bezüglich der zu unternehmenden Abmachungen innerhalb eines Ausschusses zu verhandeln. — Lombart-Belgien ist mit dem Vorschlage der Franzosen einverstanden, wünscht jedoch eine principielle Erklärung des Kongresses. — Sachse-Deutschland bemerkt, daß die Deutschen principiell mit der Regelung der Materie einverstanden sind, er schlägt vor, zu beschließen, daß im Fall des Ausbruches eines Streiks die nationalen Vertreter des internationalen Sekretariats zwecks Beschlußfassung der zu unternehmenden Schritte zusammentreten. — Lombart-Belgien besteht auf eine principielle Erklärung, er ist der Meinung, daß, wenn der Achtstundentag nicht anerkannt werde, die Bergarbeiter aller Länder den Generalstreik proklamieren würden. Auf Vorschlag des Vorsitzenden Sachse-Deutschland erklärt der Kongreß sich im Princip mit internationaler Regelung der Streikfrage einverstanden, die Ausarbeitung eines Reglements wird dem internationalen Komitee überwiesen, die Beschlußfassung darüber wird jedoch auf Vorschlag des Delegierten Abraham-England für den Punkt 13 der Tagesordnung zurückgestellt. Dasselbe geschieht mit Punkt 10 der Tagesordnung.

Der Antrag zu Punkt 13, von den Deutschen eingebracht, hat folgenden Wortlaut:

„Dieser Kongreß beschließt die Einsetzung eines ständigen internationalen bergmännischen Sekretariats mit dem Sitz in Brüssel. Der Sekretär hat die Aufgabe, regelmäßig alle Vierteljahr, unter Umständen auch öfter, an die nationalen Sekretäre Situationsberichte über den Stand der internationalen Bewegung und des Weltmarktes zu versenden. Das Material zu den Berichten ist den amtlichen Berichten zu entnehmen, und, ergänzt durch eigne Wahrnehmungen, von den nationalen Sekretären dem internationalen Sekretariat zu übersenden. Bei eintretenden Streiks ist davon dem internationalen Sekretär sofort Mitteilung zu machen, dieser hat die nationalen Sekretäre sofort zu benachrichtigen. Wenn große Bewegungen bevorstehen, hat das internationale Sekretariat eine Konferenz der nationalen Vertreter einzuberufen. — Die Kosten des internationalen Sekretariats sind von den angeschlossenen Nationen aufzubringen. — Dieser Kongreß bestimmt, nach welchem Modus die Beitragszahlung erfolgen soll."

Die Engländer geben bekannt, daß sie zu diesem Antrage einen Abänderungs- resp. Zusatzantrag vorlegen und ersuchen, zu bestimmen, daß das Geschäftskomitee in Verbindung mit den Dolmetschern eine einheitliche Fassung der beiden Anträge redigieren und dem Kongreß vorlegen solle. Der Kongreß erklärt hierzu sein Einverständnis.

Sodann wird verhandelt über Punkt 11, zu welchem folgender Antrag der Franzosen vorliegt: „Bericht in allen Sprachen der vertretenen Nationen herauszugeben. Die Kosten trägt jede Nation im Verhältnis des Bedarfs." — Nach längerer Diskussion schlägt Sachse vor, es beim alten Modus zu belassen, so daß jede Nation für sich ein Protokoll herstellen läßt. Der Vorschlag wird ohne Widerspruch acceptiert. — Als Tagespräsident für morgen wird sodann noch gewählt: Ebert-Oestreich.

Der internationale Kürschner-Kongreß

tagte vom 18. bis 20. Mai in Hamburg. Die Verhandlungen wurden durch den internationalen Sekretär Schubert eröffnet. Vertreten sind fünf Länder durch 15 Delegierte, wovon je ein Vertreter auf Belgien, England, Frankreich und Oestreich, sowie 11 auf Deutschland entfallen, während Ungarn keinen Vertreter entsendet hat. Außerdem sind vertreten das internationale Sekretariat (Sitz Hamburg) durch drei Delegierte und der Redacteur des in Brüssel erscheinenden internationalen Verbandsorgans „Der Kürschner" durch einen Vertreter. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vertritt Umbreit.

Den Bericht des Sekretariats giebt Schubert-Hamburg für die 1¾ Jahre, während welcher das Sekretariat sich in Hamburg befindet. Das Sekretariat hat geleistet, was ihm möglich war. Die größten Schwierigkeiten erwuchsen ihm auf dem Gebiete der Streiks. Ueber Ausstände selbst zu beschließen, könne seine Aufgabe nicht sein. Und doch werde Unterstützung für Angriffsstreiks gefordert, die keinen Erfolg versprechen; da müsse es bedauert werden, daß das Sekretariat solche Ausstände nicht verhindern kann. Auch die Agitation im Lande selbst müsse von besonderen Landes-Vertrauensleuten betrieben und für Zusammenschluß aller Berufskollegen gesorgt werden, wogegen dem internationalen Sekretariat die Pflicht obliege, die Organisationen der einzelnen Länder zu unterstützen und zu fördern, die Statistik zu pflegen und für die Durchführung von Abwehrstreiks dann Mittel zu beschaffen, wenn dies über die Kräfte der einzelnen Landesorganisationen hinausgeht. Redner geht auf die Mängel der Organisation im allgemeinen und in einzelnen Ländern näher ein. Einer der größten Schäden des Berufs sei die Heimarbeit. In Berlin sei die Heimarbeit besonders verbreitet. Hinsichtlich der Presse habe das Sekretariat dafür gesorgt, daß das Berufsorgan durch zahlreiche Abonnements und später durch Einführung des Obligatoriums für Deutschland lebensfähig wurde. Die Abrechnung des Sekretariats ergiebt an Einnahmen 415,86 M., an Ausgaben 376,14 M. (davon Agitation, Zeitschrift 287,60 M., Verwaltungskosten 60,64 M., sachliche Ausgaben 27,90 M.); Kassenbestand 36,22 M. Undurchführbar sei ein früher gefaßter Beschluß, wonach jeder Kollege bei Streiks wöchentlich 1 M. oder 1 Fr. steuern solle, weil ein Teil der Kollegen nur im Winter, der andre nur im Sommer Arbeit habe.

In der Debatte treten alle Redner für die Erhaltung des Sekretariats ein; doch wird die Notwendigkeit betont, denselben anstatt der bisher freiwilligen Beiträge einen bestimmten Beitrag zuzuführen, wofür auch mehrere darauf hinzielende Anträge vorliegen. Ferner müßten die Vertrauensleute der einzelnen Länder zu regelmäßiger Berichterstattung verpflichtet werden.

Die Debatte zeitigte eine Resolution folgenden Wortlauts, die mit großer Mehrheit angenommen wird:

„In Erwägung, daß das Unternehmertum durch Organisation in weitestem Maße in industriellen und Innungsverbänden darauf hindrängt, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verschlechtern, und daß die Arbeiter, um das zu verhindern, den Unternehmern eine ebenso umfassende wie festgeschlossene Organisation gegenüberstellen müssen; in weiterer Erwägung, daß das internationale Zusammenwirken der Berufskollegen sich nur stützen kann auf centralistische Landesverbände mit ausreichenden Kampfesmitteln und Unterstützungseinrichtungen; in endlicher Erwägung, daß das internationale Sekretariat seine Aufgaben auf den Gebieten der Organisationsförderung, des Abschlusses von Gegenseitigkeitsverträgen, Pflege der Statistik und Unterstützung außerordentlich schwerer Kämpfe nur erfüllen kann bei dem Vorhandensein gut gefügter Landesverbände: — erachtet es der internationale Kürschner-Kongreß zu Hamburg 1902 als die nächste Pflicht aller Berufskollegen, sich in centralisierten Landesverbänden zusammenzuschließen. Die Landesverbände sind gehalten, das Sekretariat in jeder Weise zu unterstützen und zu fördern. Das Sekretariat ist verpflichtet, alle Centralisationsbestrebungen zu fördern."

Einstimmig wird dann beschlossen, das Sekretariat weiter bestehen zu lassen. Der Sitz desselben soll in Hamburg bleiben. Das Sekretariat soll aus dem Sekretär und einer viergliedrigen Kommission bestehen, in letzterer sollen die Berufsbranchen nach Möglichkeit vertreten sein. Die angeschlossenen Organisationen haben halbjährlich 20 Pf. pro Mitglied an das Sekretariat abzuführen. Dem Sekretär werden 5 Proz. der Einnahmen als persönliche Entschädigung bewilligt. Die angeschlossenen Organisationen sind gehalten, dem Sekretariat alljährlich Situationsberichte einzusenden. Die Uebertragung schiedsrichterlicher Funktionen an das Sekretariat wird abgelehnt. Dem Sekretariat wird Decharge erteilt.

Aus den Situationsberichten ist ersichtlich, daß die Berufs- und Organisationsverhältnisse überall zu wünschen lassen. So sind in Deutschland die Kollegen in Berlin, Leipzig und Umgegend, Hamburg, Kiel, Breslau, Braunschweig, sowie Hamm, Dresden und Cannstatt organisiert, und, mit Ausnahme von Berlin, dem Centralverbande angeschlossen. In Berlin sind von 450 Kürschnern der verschiedenen Branchen etwa 120 lokalorganisiert, während etwa 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen teils vorübergehend, teils als Heimarbeiter thätig sind, aber außerhalb jeder Organisation stehen. Die Arbeitslosigkeit betrifft zu gewissen Zeiten des Jahres 900—1000 Kollegen. In Wien sind ca. 85 von 450 Berufsangehörigen, in Paris ca. 120 organisiert. Hier liegen die Organisationsverhältnisse besonders im argen. In Brüssel ist die Hälfte der qualifizierten Arbeiter organisiert. In London sind von ca. 700 Kollegen 56 organisiert. Neben Löhnen von 3 Pfund Sterl. bestehen solche von 8—10 Schill., und weibliche Arbeiter in Accord in Ostende geben auch mit 2½ Schill. nach Hause. Mit dem Unterstützungswesen habe man schlechte Erfahrungen gemacht, und die Arbeiterinnen haben sich schlechthin als organisationsunfähig erwiesen.

Beschlossen wird, daß bei Aufnahme ehemaliger Mitglieder aus angeschlossenen Vereinen die Nachzahlung rückständiger Beiträge verlangt werde.

Der Bericht des Redacteurs und Verlegers Schmerberg-Brüssel veranschaulicht die Schwierigkeiten, mit denen das Fachorgan finanziell zu kämpfen hat. In 5½jährigem Zeitraum, bis 31. Dezember 1901, betrugen die Einnahmen 6017,77 Fr., die Ausgaben 5657,75 Fr., es verbleibt ein Bestand von 145,71 Fr. Der Redner giebt zu, daß die Verlegung des Erscheinungsortes der Zeitung nach Deutschland praktisch wäre, da der Hauptteil der Auflage nach Deutschland kommt und das Organ daher auch den deutschen Verhältnissen angepaßt werden müsse.

Es wird schließlich die Verlegung des Organs „Der Kürschner" ab 1. Oktober d. J. nach Hamburg beschlossen. Dasselbe soll vorläufig monatlich weiter erscheinen, doch soll dem halbmonatlichen Erscheinen nähergetreten werden, sobald finanziell die Möglichkeit dazu gegeben ist, und soll dann das Sekretariat eine Abstimmung der beteiligten Organisationen herbeiführen. Das Organ soll vom 1. Oktober 1902 ab obligatorisch von allen Organisationen eingeführt werden. Die Entschädigung des Redacteurs wird auf 12 M. pro Nummer festgesetzt.

Hinsichtlich der Taktik bei Streiks liegen verschiedene Anträge vor, einen internationalen Streikfonds zu schaffen und dem Sekretär die Entscheidung über den Ausbruch und die Fortführung von Streiks sowie deren Unterstützung zu übertragen.

Die Debatte beschäftigt sich hauptsächlich mit der Erhebung einer ständigen Streiksteuer von 75 Pf., die schließlich mit großer Mehrheit abgelehnt wird, ebenso die Anträge auf Gründung eines internationalen Streikfonds und auf Entscheidung über Streiks durch das Sekretariat. Dagegen wird folgende Resolution angenommen:

„1. Jede Organisation ist verpflichtet, sich durch genügend hohe Beiträge einen Fonds zuzulegen, um bei eventuellen Streiks gesichert dazustehen;

2. Jeder in Aussicht genommene Angriffsstreik ist dem Sekretariat mindestens vier Wochen vor Beginn anzumelden;

3. Jeder Abwehrstreik ist dem Sekretariat sofort anzumelden;

4. Bei außergewöhnlich hartnäckigen Streiks hat das Sekretariat, wenn alle Mittel der streikenden Organisation aufgebraucht sind, sofort für Geldmittel durch Ausschreiben von Sammlungen zu sorgen."

Zum internationalen Sekretär wird Kodis-Hamburg, zum Redacteur wird Schubert-Hamburg gewählt. Der Verlag des Fachorgans wird dem Sekretariat übertragen. Der nächste Kongreß soll in Berlin stattfinden und vom Sekretär nach Bedürfnis einberufen werden. Einstimmig wird dann eine die Bekämpfung der Hausarbeit betreffende Resolution angenommen, welche die gesamten Berufsgenossenschaften verpflichtet, der Ausbreitung der Heimarbeit entschieden entgegenzuwirken, und von den angeschlossenen Organisationen erwartet, daß sie die Agitation gegen dieselbe in Wort und Schrift betreiben und fördern, und alle Bestrebungen andrer Gewerkschaften, eine gesetzliche Regelung der Heimarbeit herbeizuführen, nachhaltig unterstützen.

Nach Erledigung der letzten geschäftlichen Angelegenheiten wir der Kongreß am Abend des dritten Verhandlungstages geschlossen.

Die zweite Konferenz der Isolierer und Rohrumhüller Deutschlands

fand zu Hannover statt. Die Orte Berlin, Hannover, Celle, Dortmund, Bochum und Witten a. R. waren durch Delegierte vertreten. Leipzig, Halle und Ludwigshafen konnten infolge beruflicher Verhältnisse keine Delegierten entsenden.

Als Vertreter der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften war Genosse Hinrichsen-Berlin anwesend. Ebenfalls waren vertreten die Metallarbeiter-Gewerkschaft und der Verband der Maschinisten und Heizer.

Westphal gab nach Erledigung der Bureauwahl und Prüfung der Mandate seinen Situationsbericht als bisheriger Vertrauensmann. Aus demselben ging hervor, daß auch die Isolierer-branche durch die wirtschaftliche Krise stark in Mitleidenschaft gezogen war. Lohnbewegungen haben während der Berichtszeit nicht stattgefunden, neue Organisationen sind inzwischen gegründet, und in fast allen für die Isolierer in Betracht kommenden Ortschaften seien die Verbindungen mit den dortigen Kollegen hergestellt. Aufgabe der zweiten Konferenz müsse es sein, die Grundlage einer Centralisationsform für die verschiedenen Vereine zwecks Einheitlichkeit und Gegenseitigkeit herbeizuführen.

Gegen den Bericht wurden keine Einwände erhoben und erhielten daher die Delegierten das Wort zu ihrer Berichterstattung. Die eigentümlichen Berufsverhältnisse der Isolierer erhielten eine recht kritische Beleuchtung. Die überwiegende Mehrzahl der Kollegen ist gezwungen zur Ausübung ihres Berufes, wochen- und monatelang unterwegs zu sein. Nur eine einzige Berliner Firma konnte genannt werden, welche neben dem Fahrgeld auch Reisespesen vergütigt. Der Durchschnittslohn beträgt 50 Pf. pro Stunde, eine Firma in Hannover hat vor kurzem den üblichen Stundenlohn bis auf 40 Pf. reduciert. Verhältnisse wurden zu Tage gefördert, die einer dringenden Verbesserung bedürftig sind. Allgemein wurde betont, daß nur durch eine einheitliche Berufsorganisation Wandel geschaffen werden könnte.

Unter Punkt Organisation und Agitation unterbreitete der Vertrauensmann den Delegierten das Ergebnis der Vorarbeiten in Form eines Regulativs, wie es die erste Konferenz beschlossen hatte.

Das Regulativ enthielt 12 Paragraphen und hatte zur Voraussetzung einen engeren Zusammenschluß aller bestehenden Vereine der Isolierer Deutschlands, Ferner die Regelung der Rechte und Pflichten der einzelnen Orte bei ausbrechenden Differenzen mit den Unternehmern. Herausgabe von einheitlichem Material, planmäßige Agitation, Einführung einer Fachpresse, Name und Sitz der Centralisation, sowie die Wahl einer Geschäftsleitung.

Dieses Regulativ wurde einer eingehenden Kritik unterworfen. Verschiedene Punkte erhielten eine andre Fassung. Das Regulativ wurde nach mehrstündiger Diskussion in der veränderten Fassung einstimmig angenommen. Demnach nennt sich die Centralisation: „Freie Vereinigung der Isolierer und Rohrumhüller Deutschlands" (Sitz Berlin)". Als Fachorgan wurde „Die Einigkeit" anerkannt. Die Geschäftsleitung besteht aus fünf Personen. Als Geschäftsleiter wurde der Kollege Albert Westphal einstimmig wiedergewählt. Die nächste Konferenz soll um Ostern 1903 stattfinden. Nach Erledigung der Tagesordnung verwies der Vorsitzende nochmals auf die Beschlüsse, welche die zweite Konferenz gefaßt hat. Es sei Pflicht der Delegierten, unablässig danach zu streben, daß die Organisation der Isolierer als ein starkes Glied in der Kette der deutschen Gewerkschaftsbewegung ihren Platz findet und behauptet.

Die 9. Generalversammlung des Centralvereins der deutschen Böttcher

tagte in Braunschweig. Sie nahm am 1. Pfingstfeiertage mit der Begrüßung durch den Vorsitzenden Winkelmann ihren Anfang. Auf der Generalversammlung sind außer den 33 Delegierten des deutschen Vereins auch Vertreter der niederländischen, schweizerischen und dänischen Bruderverbände anwesend.

Am 2. Feiertage begannen die Verhandlungen mit dem Bericht der Mandats-Prüfungskommission. Hierauf gab Winkelmann-Bremen den Bericht des Vorstandes. In Hinsicht auf den gedruckt vorliegenden Bericht beschränkte er sich auf einige ergänzende Ausführungen. Er gab ein Bild von der Entwickelung des Vereins, von seinen Kämpfen, Lohnbewegungen und Erfolgen und von der allgemeinen Lage des Böttchergewerbes. Aus dem gedruckten Bericht, der die Zeit vom 1. Mai 1899 bis 1. Mai 1902 umfaßt, ist folgendes hervorzuheben: Streiks fanden in den drei Jahren 71 statt, die eine Ausgabe von 46 547,38 M. bedingten. Die Mitgliederzahl stieg von 4339 in 100 Zahlstellen im Jahre 1898 auf 6193 in 146 Zahlstellen im Jahre 1901. Unterstützung an reisende Kollegen wurde in 10 868 Fällen in Höhe von 17 848,96 M. gezahlt. Die Einnahme vom 1. Januar 1897 bis 31. Dezember 1901 betrug 221 317,46 M., die Ausgabe 204 927,54 M., so daß sich ein Ueberschuß von 16 398,92 M. ergiebt.

In der Nachmittagssitzung erstattete Winkelmann den Kassenbericht, an den sich der Bericht der Revisionskommission schloß. Die Debatte drehte sich hauptsächlich um den Streik in der Brauerei „Glückauf"-Gelsenkirchen und zwei Kollegen in Dortmund, welche ausgeschlossen sind. Es wurde ein Antrag eingebracht, der Filiale Dortmund anheim zu geben, die Ausgeschlossenen wieder aufzunehmen und Frieden zu schließen, womit der anwesende Delegierte von Dortmund sich einverstanden erklärte.

Die weiteren Verhandlungen betrafen interne Verbandsangelegenheiten ohne allgemeines Interesse.

Am Dienstag erstattete Lefevre-Hamburg den Bericht des Ausschusses für die Geschäftsperiode 1899—1902. Er besprach das

Verhältnis des Ausschusses zum Centralvorstand sowie einzelne Beschwerden der Filialen und der Mitglieder. Weiter verbreitete er sich über die Agitation und über die Revision der Centralkasse und die Thätigkeit des Ausschusses als Preßkommission. An diesen Bericht schloß sich eine rege Diskussion, in der besonders der Centralvorsitzende Winkelmann-Bremen die Angriffe auf den Centralvorstand zurückwies. Eine Differenz, die zwischen dem Ausschuß und Centralvorstand infolge einer Revision bestand, wurde nach längerer Debatte beigelegt. Es folgte der Bericht über die Presse, der von Redacteur Holtmann-Bremen gegeben wurde. Die Auflage der Zeitung stieg von 6500 Exemplaren im Jahre 1899 auf 8500 im Jahre 1901. In der folgenden Diskussion wurden verschiedene Beschwerden laut über die Haltung des Blattes, besonders in einigen Briefkasten-Notizen, weiter wurde die Abfassung der Gratulationsgedichte im Annoncenteil gerügt und der Wunsch geäußert, daß in Zukunft derartige Erzeugnisse nicht mehr aufgenommen werden sollen. Einige Anträge auf Aenderung des Zeitungstitels, auf eine Vergrößerung der Zeitung, auf eine Trennung der Preßkommission von dem Ausschuß und auf eine Verpflichtung des Redacteurs, bei Nichtaufnahme von Berichten im Briefkasten Kenntnis zu geben, wurden abgelehnt. Ein Antrag, die Verkürzung der Protokolle zur Durchführung zu bringen, um für nützlichere Sachen mehr Raum zu gewinnen, wurde angenommen. In seinem Schlußwort verteidigte Redacteur Holtmann-Bremen nochmals die Haltung der Zeitung und wies die Angriffe auf seine Person zurück.

Am dritten Verhandlungstage wurde nach sehr lebhafter Debatte in namentlicher Abstimmung mit 28 gegen 11 Stimmen die Arbeitslosen-Unterstützung angenommen.

Die Central-Arbeitsvermittelung wurde dem Centralvorstand überwiesen.

Dem Brauer-Verband wird der Vorwurf gemacht, daß er der Organisation der Böttcher Mitglieder abzutreiben suche. Ein zu diesem Punkt gestellter Antrag, den Delegierten zu beauftragen, auf dem Gewerkschaftskongreß in Stuttgart dahin zu wirken, daß in der Angelegenheit endlich eine Regelung zu stande kommt, wird angenommen.

Punkt 13 der Tagesordnung behandelte die internationalen Beziehungen. Mit Oestreich, der Schweiz und Dänemark sind Vereinbarungen getroffen betreffs der Reise-Unterstützung, die gleichen Vereinbarungen werden auch für den holländischen Küfergesellenbund beschlossen. Mit Amerika soll in schriftliche Korrespondenz getreten werden, um auch derartige Vereinbarungen zu treffen.

Der dänische Delegierte Borring überbrachte die Grüße der dänischen Bruderorganisation.

Grosse Fänge.

Seefische billig!

Schellfische in allen Grössen **18, 20-25 Pf.** pro Pfd.

Cabliau (zum Kochen und Braten sehr empfehlenswert) ohne Kopf u. im Anschn. **20–22 Pf.**

Seelachs 20 Pf., im Anschnitt . . 27 Pf.

Rotzungen 30–35 Pf., Schollen 35–40 Pf.

Bratflundern (3 Pfd. 55 Pf.) 20–25 Pf.

Alle andern Sorten ebenfalls billig.

Lebende Hummer 2,30 Mk. pro Pfd.

Feinste Steinbutten 1,00–1,20

„ **Seezungen** 0,90–1,20

Geräucherte Seefische.

Schellfische (schöner als Bücklinge) **30–35 Pf.** pr. Pfd.

Seelachs 45 Pf. **Rothe** (Ersatz für Stör) **50–60 Pf.** **Flundern** . . . . . **60–70 Pf.**

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft **„Nordsee“**

Hauptfiliale Berlin C. 28, **Bahnhof Börse**, Bogen 9–10.

II. Filiale: **Lüneburgerstrasse**, Ecke Paulstrasse.
III. „ **Prinzenstrasse 30.**
IV. „ **Madaistr. 22**, im Schlesischen Bahnhof.

Johs. Skorczyk, Generalvertreter.

Begründung des Geschäfts 1878.

M. Schulmeister

en gros — Schneidermeister — en détail

Dresdenerstr. 4, am Kottbuser Thor. Telephon Amt IV 447.

Hauptstraße 143, Schöneberg. Telephon Amt IX 5950.

Sommerpaletots	von Mk. 13,50 an	Beinkleider	von Mk. 5 an
Gehrock-Anzüge	27 .	Jünglings-Anzüge	12 .
Rock-Anzüge	23 .	Knaben-Anzüge	3 .
Jackett-Anzüge	15 .	Berufskleidung für jedes Gewerbe.	

Anfertigung nach Maass

in elegantester Ausführung unter meiner persönlichen Leitung. 37032*

Grosse Auswahl in deutschen, englischen u. französischen Stoffen.

Streng feste Preise.

Morrow

Freilauf-Hinterräder.

Fertig gespannt zum Einsetzen in jedes Rad.

Zusammengesetzt aus: Prima amerikanischen Doppeldickend-Speichen, auf Kupfer hochfein vernickelt, Kronprinz-Stahlfelge bestens schwarz lackiert, auf Wunsch weiß oder hellfarbig, und Morrow Freilauf-Nabe mit automatischer Bremse, Modell 1902. 40769*

M. 27,–

einschließlich Porto und Verpackung frei Deutschland und Oestreich-Ungarn. Nachnahme oder Vornusbezahlung.

Bei Bestellung ist nur Kettenlinie, Kettenraddrette, Teilung und Zähne-Anzahl sowie die Größe und Breite des Reifens anzugeben.

Zu beziehen durch: **Otto Sieber**, Berlin N., Bergstraße 19. **Julius Hopfer**, Berlin N., Badstr. 20. **Richard Kaethner**, Berlin N., Ackerstraße 163. **Richard Buckow** Berlin SO., Oranienstr. 171.

Restauration Paul Scholz

Ecke Baruther- und Zossenerstraße. **Gutes Weiß- und Bayrisch-Bier. Billard.** 31/89*

Vereinszimmer für 30-40 Personen.

Wo? ist ein schöner Aufenthalt, schön zu Fuß, Rad und Kremser zu erreichen? Beim **alten Freund auf Pichelswerder.** — Für **gute Küche usw.** ist immer bestens gesorgt! [37762*

Musik: Elektrisch.

In Folge grosser Abschlüsse

in

Teppichen, Portieren, Gardinen, Stores, Divan-, Tisch- und Steppdecken, Läufern, Möbelstoffen und Plüschen

sind wir in der Lage, solche für die **Hälfte des regulären Wertes** zum **Verkauf** zu stellen, und können wir Lagerbesuch nur dringend empfehlen. 41689

Teppichhaus Adler & Co.,

Königstr. 20–21, dicht am Rathaus.

Jede Uhr zu **reparieren** und **reinigen** kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens **nur 1 Mk. 50 Pf.,** außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Großes Lager in **Uhren, Goldwaren, Ketten** zu erstaunlich billigen Preisen. **Dukaten-Trauring. 900 gest.** 1½ Dukaten 15,50, 2 Dukaten 20,50. Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. Echt Rathenower Brillen Pincenes, Operngläser. 38134*

T. Stolz, Chausseestr. 78, P. Stolz, Badstr. 57.

Kufeke's

BESTE NAHRUNG FÜR gesunde & darmkranke Kinder

Kindermehl.

Restaurant „Wilhelmshof“, Hirschgarten.

Am Bahnhof Hirschgarten. Inh. **W. Keller,** Gastwirt.

Empfiehlt den **Vereinen und Gesellschaften** seinen schönen schattigen Garten, ca. 2000 Personen fassend, großen Saal, Kegelbahnen, Kaffeeküche. Gutgepflegte Biere u. Speisen zu jeder Tageszeit. **Volksbelustigungen.** Auch zu erreichen Köpenick von Bahnhofstraße, Kaiser Wilhelmstraße, Studentrauchstraße (neue Straße nach Friedrichsh.) **Radfahrer Pumpstation.**

„Pferdebucht“, Restaurant b. Köpenick.

Empfehle mein allbekanntes, in herrlichem Laubwalde gelegenes Lokal den geehrten Gesellschaften und Vereinen zu Ausflügen und Landpartien. Sommerwohnungen mit und ohne Pension. Großartige Promenaden. 100 Morgen Spielplätze. 5000 Sitzplätze. Ausspannung für 80 Pferde. **Gute und berühmte Küche.** — Es ladet zum Besuch freundlichst ein 40368* **Wilhelm Brüsewitz,** Besitzer.

„Marienlust“.

In den Müggelbergen, direkt an der Dahme gelegen, mit circa 150 Meter Wasserfront, nimmt es als Ausflugsort in der näheren Umgebung Berlins in landschaftlicher Beziehung einen hervorragenden, wenn nicht den ersten Platz ein.

Das Restaurant bietet einen **wohlgepflegten, geräumigen Garten** mit herrlichem Blick auf die verkehrsreiche „wendische Spree“, **drei große Säle mit Pianinos, vier Kegelbahnen, große Spielplätze,** besitzt eigne **Dampfer-Anlegestelle. Stege für Ruder- und Segelboote,** sowie auch Ausspannung; Aufstieg nach dem Müggelturm. — Regelmäßige „Stern“-Dampfer-Verbindung zwischen Berlin—Cöpenick—Grünau—Schmöckwitz. — Gediegene Küche. Ausschank von Münchener und Böhmischem Brauhaus-Bier. Kaffeeküche.

Bei größeren Partien von Vereinen, Fabriken 2c. bitte um vorherige Anmeldung. Hochachtend 40992*

Richard Streichhan, Restaurateur. — Telephon: Amt Cöpenick: „Marienlust“.

Brodts Gesellschafts-Haus

Erkner am Dämeritz-See

3 Minuten vom Bahnhof — herrlich am Wald und Wasser gelegen — empfiehlt sich den Genossen der Ausflüge per Eisenbahn und Dampfer, den geehrten Familien, Vereinen und Fabriken zu angenehmem Aufenthalt. Im Monat **Mai, Juni, Juli** und **August** sind noch **Sonnabende** und **Sonntage** zu vergeben. 37392*

Restaurant am Weinberg, Bahnhof Hirschgarten.

Empfehle Vereinen und Gesellschaften mein Lokal mit Kaffeeküche (Liter 70 Pf.), Kegelbahnen 2c. zur gefälligen Benutzung. Vorzügliche Speisen und Getränke. 40009* **M. Ermisch.**

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: **5** Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restauration, Ruppinerstraße 42, Ecke Schönholzer, billig zu verkaufen, unter günstigen Bedingungen. 7722b*

Plättgeschäft krankheitshalber sofort billig zu verkaufen Reminetenerstraße 2. [†104*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Vorjährige elegante Herren-Anzüge und Sommerpaletots aus feinsten Stoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II.

Tuchstoffreste, spottbillig, Aachener Fabrikate, Hohensteinweg 15, Hof. *

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Hutfabrik, Comptoir Kaiserstraße 25A, früher Barnimstraße 4 und 5. Sonntags geöffnet. 10888*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 111/7*

Teppiche, gute Qualität, kleine Webfehler, alle Größen, spottbillig. Fritz Stoehr, Münzstraße 17. *

Bettfedern, Pfund von 45 Pf an, echt chinesische Mandarinendaunen Pfund 1,90. Fabrikloger Landsbergerallee 37, I. 1009K*

Möbel, mehrere Zimmer, sofort verkäuflich, Vertiko, Muschelschrank 26,00, Taschensofa, wie neu, 45,00, Spiegel 10,00, Säulen-Trumeau 35,00, Paneelsofa, Bettstellen, Säulenschränke, Tische, Rohrstühle 3,00, Teppiche, Oelgemälde, Küchenmöbel spottbillig Gartenstraße 148 I, links.

Pianino, spottbillig. Pfandleihe Alexandrinenstraße 73. 24/10*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabriklniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Fahrräder, „nur gute“ und Reparaturen macht Carl Miethe, Große Frankfurterstraße 123. 2520b*

Zwei ganz gute „etwas gebrauchte“ Herrenräder (davon eines aus 3. S. A.-Teilen) zu verkaufen bei Carl Miethe, Große Frankfurterstraße 123.

Nähmaschinen, spottbillig. Riesenauswahl. Pfandleihe Alexandrinenstraße 73. 24/9*

Verfallene Pfänder, goldene Uhren, Ringe und andre Goldsachen, sauber und schön, werden billig verkauft; auch altes Gold wird in Zahlung genommen in der Pfandleihe Prinzenstraße 28, I, Ecke Ritterstraße. [2744b

Cigarren aus rein überseeischen Tabaken, Mille Mark 30, 34, 42, 48, 60, Probezehntel, enthaltend 20 Stück jeder Sorte, 4,80 franko. Heinrich Gelhaus, Cigarrenfabrik, Rehme (Westfalen). 1145K*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Papageienauswahl, 50 junge, zahme, sprechgelehrige, graue, 18,00 an, Nachtigallen, Sprosser, Grasmücken, Heidelerchen, Buchfinken. Besichtigung frei. Richter, Oranienstraße 87. 2738b*

Kleider, Betten, Wäsche, Nachlässe, für eignes Geschäft, höchstzahlend. Nachbar, Langestr. 32. 24/15*

Junge Staare zum Anlernen, Zippdrosseln, Waldvögel, Vogelbauer billig. Schnelle, Große Frankfurterstraße 13.

Herrenrad wegen Abschaffung für 50 Mark verkäuflich, Tauentzienstraße 17 II. 2752b

Schankgeschäft, 11 Jahre selbst betrieben, Preis 2000 Mark, Miete 900 Mark, will ich verkaufen. Bernhard Lange, Berlin O., Wartenbergstraße 67. †104*

Ringschiff, Bobbin, Adler, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00, Lieferung sofort. Postkarte genügt. Köpnickerstraße 60/61, Landsbergerstraße 82, I. †90*

Restauration, gutgehend, umständehalber billig zu verkaufen. Zu erfragen bei Benthin, Beusselstraße 63.

Obst- und Gemüsegeschäft, im flotten Gange, auch große Zukunft noch zu erwarten, ist Umstände halber billig zu verkaufen. Gefällige Offerten sind an die Expedition dieser Zeitung unter L. 1 zu richten. 2702b

Cigarrenkisten, leere, Wickelformen, Schaufensterkyra, abzugeben. Möckernstraße 85, Hardenbergstraße 42.

Vermischte Anzeigen.

Rechtsbureau Fabisch, Andreasstraße dreiundsechzig. Rechtshilfe, Eingabengesuche, Raterteilung. [2715b*

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Putzger, Stegligerstraße 65. 2542b*

Kostenfreie zahnärztliche Behandlung, Zahnziehen. Zahnärztliche Poliklinik, Chausseestraße 1a. 1155K*

Augusta-Bad, Köpnickerstraße 60, Bäder jeder Art für sämtliche Krankenkassen. 1126K*

Vivisektion! Wer sich über diese ruchloseste Grausamkeit unsrer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Vivisektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Tierschutzverein, Königgrätzerstraße 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 161b*

Uhren-Reparaturwerkstatt Wilhelm Flade, Putbuserstraße 20. †143*

Pfandscheine, Bücher kauft Leihhaus Elsasserstraße 59 I. 143/3*

Kunststopferei von Frau Kokosky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre.

Zum gemütlichen Thüringer, vis-à-vis den Kirchhöfen in Wilhelmsberg. Empfehle mein Lokal, Kaffeeküche, Garten, Kegelbahn. August Günther. †118*

2 Vereinszimmer, 20 bis 75 Personen fassend, noch zwei Tage in der Woche zu vergeben. Restaurant Freischütz, Fruchtstraße 38a. †104*

Vereinszimmer, 35 Personen, empfiehlt Glaue, Krausenstraße 18.

Allen Freunden und Genossen zur Nachricht, daß ich das Lokal von Rudolf Müller, Rummelsburg, Türrschmidtstraße 37, in Vertretung übernommen habe. Hugo Lindner, Mechaniker. Zahlstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. 1165K*

Restaurants, gut gehend, in verschiedenen Preislagen, verkäuflich. Auskunft erteilt Hagen, Muskauerstraße 20, Ecke Pücklerstraße. †147

Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Eingabengesuche, Raterteilung. Falk, Brunnenstraße vierzig. 2768b

Vermietungen.

Zimmer.

Leere, einfenstrige Vorderstube, Grüner Weg 70, III, Millitz. [2705b*

Leeres freundliches Zimmer vermieten ruhige, anständige Leute. Krautstraße 33, Brückner. †104

Möbliertes Zimmer, Nähe Görlitzer Bahnhof, vermietet Runge, Pücklerstraße 24. 2770b

Möblierte Stube für 1 Herrn zum 1. Juni. Nähe Kottbuser Thor. Skalitzerstraße 145, III, Rittau.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle zu vermieten Naunynstraße 4, Hof I, Hoffmann. 2753b

Möblierte Schlafstelle, Herren. Grüner Weg 70, vorn III, links, separat. 2704b*

Freundliche Schlafstelle Prinzenstraße 111, vorn II. 2750b*

Oranienstraße 63 eine Schlafstelle bei Walter. 2749b

Schlafstelle für Herrn. Bülowstraße 56, Aufgang 3, III, Wendt.

Mietsgesuche.

Herr sucht freundliches Zimmer, Norden. Offerten Preis, Ehrt, Wilhelmstraße 2. 2762b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Dirigent wünscht Montag, Sonnabend, Gesangvereine zu leiten. Stib, Josephstraße 2. 2748b*

Dirigent sucht noch für einen Tag einen Gesangverein. Franz Apel, Gesanglehrer, Frankfurterstraße 127.

Musiker aller Instrumente. Musiker-Börse Falkensteinstraße 40. †147

Ein Maurer und Maler sucht Arbeit. Adresse D. 20, Hauptpostamt.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Mulackstraße 27, A. Gläser. *

Stellenangebote.

Klempner, auf Buchstaben, Brandenburgerstraße 30/31. 2764b

Schriftmaler, geübte, verlangt Heckert, Prinzenstraße 32. 2763b*

Barockvergolderin. Farbigmacher verlangt. Weißensee, Königs-Chaussee Nr. 47b. †127

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Zwei Töpfer- und Ofensetzer-Lehrlinge, sowie ein **Schmiedelehrling** werden unter günstigen Bedingungen nach außerhalb sofort gej. Offerten unter M. 1 an die Exped. des „Barwärts“. 4204Q*

Achtung! Holzarbeiter!

Gesperrt sind folgende Werkstätten: Leide u. Co., Großbeerenstr. 54. Tischler und Maschinenarbeiter. Grün u. Hottwig, Gneisenaustr. 44/45. Wegner, Wilmersdorf. 83/3* **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Holzarbeiter!

Zuzug von Tischlern und Drechslern Werkstatt Max Kirchstein, Spandau, ist fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Spandau.

Achtung!

Brauerei-Arbeiter!

Die Differenzen in der Patzenhofer Brauerei (Abteilung I) sind noch nicht geregelt. 41/4*

Die Agitations-Kommission.

Verantwortlicher Redacteur: **Carl Leid** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.